



Landtag von Baden-Württemberg

112. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 4. März 2020 • Haus des Landtags

Beginn: 9:05 Uhr

Schluss: 13:25 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin.	6923	Abg. Rainer Stickelberger SPD	6943, 6951
Umbesetzung im Notparlament	6923, 6973	Abg. Klaus Dürr AfD	6944, 6951
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Sascha Binder	6923	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	6946
Gedenken an die Toten und Verletzten des Terroranschlags in Hanau	6923	Minister Thomas Strobl	6947
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung)	6923	Abg. Daniel Karrais FDP/DVP	6949
Beschluss	6924	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung)	6952
1. Regierungsinformation durch den Minister für Soziales und Integration zur aktuellen Lage hinsichtlich der Ausbreitung des Coronavirus (SARS-CoV-2) in Baden-Württemberg und zu den Maßnahmen der Landesregierung zu seiner Eindämmung		3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Aufhebung des Bildungszeitgesetzes Baden-Württemberg (Bildungszeitgesetzaufhebungsgesetz – BzGAufhG) – Drucksache 16/7045	6952
und Aussprache	6924	Abg. Carola Wolle AfD	6953
Minister Manfred Lucha	6924	Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE	6955
Abg. Andreas Stoch SPD	6929	Abg. Claus Paal CDU	6957
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	6931	Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	6958
Abg. Stefan Teufel CDU	6933	Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP	6959
Abg. Bernd Gögel AfD	6934	Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut	6961
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	6936	Beschluss	6961
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	6937	4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg) – Drucksache 16/7463	6961
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	6938	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	6961, 6970
2. Aktuelle Debatte – Stempel, Faxgerät und Personal Computer – sieht so eine moderne Verwaltung als Rückgrat des smarten Ländles aus? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	6939	Abg. Sandra Boser GRÜNE	6962
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	6939	Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU	6964
Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE	6940, 6950	Abg. Daniel Born SPD	6965
Abg. Andreas Deuschle CDU	6941	Abg. Dr. Rainer Balzer AfD	6966
		Abg. Harald Pfeiffer (fraktionslos)	6967
		Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	6968
		Ministerin Dr. Susanne Eisenmann	6968
		Beschluss	6971

5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG) – Drucksache 16/7780	6972	Nächste Sitzung	6972
Beschluss	6972	Anlage	
		Vorschlag der Fraktion der FDP/DVP – Umbesetzung im Notparlament	6973

Protokoll

über die 112. Sitzung vom 4. März 2020

Beginn: 9:05 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 112. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Fischer, Herr Abg. Halder, Herr Abg. Dr. Rösler, Frau Abg. Senger, Herr Abg. Weber sowie Herr Abg. Dr. Weirauch.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt sind Frau Staatssekretärin Schütz und ab 11 Uhr Herr Minister Lucha.

Außerdem ist Frau Staatsrätin Erler entschuldigt.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt ist Frau Abg. Martin, die Frau Staatssekretärin Schütz auf ihrer Delegationsreise nach Frankreich begleitet.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau vom 17. Februar 2020 – Wohnraumförderung 2020/2021 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung in Baden-Württemberg – Drucksache 16/7720

Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

2. Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit vom 15. Februar 2020 – 2. Informationsfreiheits-Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg für das Jahr 2018/2019 – Drucksache 16/7778

Überweisung an den Ständigen Ausschuss.

*

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der FDP/DVP für eine Umbesetzung im Notparlament (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie der vorgeschlagenen Umbesetzung zustimmen. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, wir haben heute ein Geburtstagskind in unserer Mitte. Herr Kollege Sascha Binder hat heute Geburtstag.

(Beifall im ganzen Haus – Abg. Dr. Wolfgang Reinhardt CDU: Wo steigt die Party?)

Lieber Herr Kollege Binder, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen sehr herzlich zum Geburtstag und wünsche alles Gute. Schön, dass Sie mit uns feiern.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten: Heute findet die zentrale Trauerfeier im Gedenken an die Toten und Verletzten des Terroranschlags in Hanau statt. Die Angehörigen stellen die Trauerfeier unter des Leitmotiv „Die Opfer waren keine Fremden“.

Es liegt auch in unserer Verantwortung als Politikerinnen und Politiker, diese Botschaft „Die Opfer waren keine Fremden, sie waren Teil von uns“ aufzunehmen.

Tragen wir gemeinsam zu einer Debattenkultur bei, die Rechtsextremismus den Nährboden entzieht, und zwar indem wir uns klar gegen jeden Versuch stellen, Menschen oder Menschengruppen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion auszugrenzen oder abzuwerten.

Ich bitte Sie, sich diesem Gedenken mit einer Schweigeminute anzuschließen.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Vielen Dank.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein. – Herr Abg. Dr. Fiechtner, zur Geschäftsordnung.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Nach § 84 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg stelle ich folgenden Geschäftsordnungsantrag: das Abhalten einer Gedenkminute für die Opfer von Krieg und Vertreibung.

Zur Begründung:

Aktuell haben wir wieder einmal eine massive Bedrohung unseres Vaterlands und mittelbar auch der gesamten EU, in die unser Vaterland eingegliedert ist, durch einen kriegerischen Akt eines Diktators eines der großen Nachbarländer, nämlich der Türkei.

An dieser Stelle fordere ich auch den – nicht anwesenden – Ministerpräsidenten bzw. seinen Stellvertreter, Innenminister Strobl, auf, darauf hinzuwirken, dass Bundesminister Maas vor dem Sicherheitsrat in New York eine Verurteilung dieses Staates und dieses Staatsmanns bewirkt, weil dieser Zivilisten für seine kriegerischen Aktivitäten zu missbrauchen sucht,

(Dr. Heinrich Fiechtner)

um die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland unter Druck zu setzen.

Es erinnert an die Schrift von Raspail, „Das Heerlager der Heiligen“, indem unbewaffnete große Menschenmassen benutzt werden, um Staaten und Völker in die Knie zu zwingen.

Ich möchte diese Gedenkminute deshalb, weil wir bereits die Folgen eines ersten Verbrechens zu erleiden haben, nämlich die Öffnung der Grenzen im Jahr 2015,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt haben wir es!)

die unsäglich viele Gewaltverbrechen nach sich gezogen hat, Verbrechen wie Sachzerstörungen und sonstige Dinge.

Auch die Ereignisse in Hanau hängen mittelbar damit zusammen. Sie werden hier zudem in unbilliger Weise instrumentalisiert, um einen politischen Kampf zu führen. Man sollte Hanau betreffend sehr gut auf die grüne Partei schauen;

(Unruhe)

denn der Täter hatte ja Verbindungen dorthin. Man sollte sehr genau auf die SPD schauen;

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

denn die SPD hat versäumt, diesem Mann Waffen zu nehmen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sind ja wohl nicht ganz dicht!)

der offensichtlich irre und verrückt ist. Man sollte auf die CDU schauen, deren Bundesstaatsanwalt versäumt hat, diesem Mann die Waffen abnehmen zu lassen;

(Abg. Reinhold Gall SPD: Man sollte eher mal auf Sie schauen!)

obwohl er genau gewusst hat, was diesen Mann innerlich treibt, hat er dies trotzdem zugelassen.

Das Gedenken für die Toten hier und heute ist recht und billig. Ich würde mir wünschen, dass dieser Landtag auch an anderer Stelle der Opfer von Krieg und Vertreibung, von illegaler Immigration in dieser Weise gedenken würde.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Alles wirt!)

Ich bitte also den Landtag, der bereits zum Opfer Gefallenen – deutsche Staatsbürger und „Migrationshintergrundsbürger“ – hier in Deutschland zu gedenken, aber auch der immensen Gefährdung, die jetzt an der Grenze zu Griechenland besteht, damit unser Volk bewahrt bleibe.

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag gehört. Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer dem Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Interessant!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungsinformation durch den Minister für Soziales und Integration zur aktuellen Lage hinsichtlich der Ausbreitung des Coronavirus (SARS-CoV-2) in Baden-Württemberg und zu den Maßnahmen der Landesregierung zu seiner Eindämmung

und Aussprache

Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Lucha.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Binder, auch von mir herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag und auf weiterhin gute, tatkräftige Zusammenarbeit in unserem Lieblingskreis Göppingen und bei unseren großen Aufgaben in der Gesundheitsversorgung. Ich bedanke mich auch und wünsche Gesundheit, damit wir das weiterhin so machen können.

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Präsidentin, herzlichen Dank, dass Sie mir und uns heute die Gelegenheit geben, Sie aktuell über die Situation und die Herausforderung im Umgang mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 zu informieren. Dieses ist genetisch eng mit dem SARS-Virus verwandt. Was uns dabei am meisten besorgt, ist, dass es eine Lungenkrankheit auslösen kann, die sogenannte Coronavirus-Infektion Covid-19.

Laut aktuellem Bulletin der Weltgesundheitsorganisation von heute Morgen um 6 Uhr Ortszeit sind 93 062 Menschen erkrankt. Der Großteil dieser Fälle betrifft und betraf China. In China stellen wir fest, dass der sogenannte Peak erreicht ist und ein Abflauen eintritt. Außerhalb von China sind 12 640 Menschen in 76 Ländern erkrankt. In Europa verzeichnen wir derzeit 2 774 Infektionen und 56 Todesfälle.

Wir müssen davon ausgehen, dass die Inkubationszeit 14 Tage beträgt. Unsere derzeitige Wahrnehmung ist, dass wir in Baden-Württemberg bei den uns bekannten Fällen eine durchschnittliche Inkubation von sechs Tagen feststellen. Wir haben jetzt in manchen Fällen in Kleinstclustern auch schon festgestellt, dass es sich um eine zweitägige Inkubation handeln kann.

Wir haben – Stand heute – in Deutschland etwa plus/minus 200 bestätigte Fälle.

Das Geschehen begann mit dem ersten Infektionscluster in Bayern und einzelnen Fällen deutscher Staatsbürger, die dann aus Wuhan ausgeflogen wurden. Ab dem 25. Februar wurden dann in mehreren Bundesländern Infektionen bekannt, so auch bei uns genau heute vor einer Woche in Baden-Württemberg der erste Fall, in Göppingen.

Der Bund hat eine Koordinierungsstelle beim Robert Koch-Institut eingerichtet, der offiziellen Behörde für Infektionsschutz und die Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes. Diese Behörde führt das Koordinierungsverfahren nach dem Infektionsschutzgesetz durch. Die am Robert Koch-Institut angesiedelte Arbeitsgemeinschaft Influenza, AGI, überwacht

(Minister Manfred Lucha)

mittlerweile auch das Erkrankungsgeschehen im Hinblick auf das Coronavirus.

Das Robert Koch-Institut schätzt das Risiko für die Gesundheit der Bevölkerung aktuell als „mäßig“ ein. Es erfolgte eine Höherstufung; bis vor wenigen Tagen war die Einstufung noch „gering bis mäßig“.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wir wiederholen China!)

Aber wir – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist schon schwierig, gell, Herr Lucha! – Abg. Nicole Razavi CDU: Weiterreden! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Lasst ihn einfach reden! – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, es ist gut, dass ich das jetzt gerade nicht richtig verstanden habe.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Es wäre auch gut gewesen, wenn Sie es verstanden hätten!)

– Ja, was soll man da noch sagen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nichts mehr!)

Meine Damen und Herren, alle von Ihnen sind sehr engagiert. Ich zitiere heute Herrn Lindner und andere Kollegen. Ich bekomme von ihnen Rückmeldungen. Natürlich wissen wir, dass wir weitere Übertragungen, Infektionsketten und lokale Infektionsgeschehen erwarten müssen. Selbstverständlich kann es weitere Fälle durch Einreisende aus anderen Ländern geben.

Laut aktuellem Stand – wir hatten gerade eine Lagebeurteilung – gibt es in Baden-Württemberg 44 Fälle. Diese Fälle beziehen sich auf mehrere sogenannte Kleincluster – Kleingruppen, Familienmitglieder, die miteinander in Verbindung waren – und Einzelpersonen. Wir haben in allen Fällen über die gezielte Nachverfolgung von Kontaktpersonen und über Quarantänemaßnahmen die Maßnahmen ergriffen, um Ansteckungen einzudämmen. Stand heute weisen die in Baden-Württemberg bekannten Fälle milde Verläufe auf.

Was haben wir bereits getan? Wir konnten Sie schon darüber informieren, dass wir die Zusammenarbeit bereits im Januar beschlossen hatten, als es schon sehr viele Aktivitäten bezüglich des Umgangs mit Verdachtsfällen – die sich seinerzeit noch nicht bestätigten – gab. Wir haben beim Landesgesundheitsamt – als erstes Landesgesundheitsamt – Ende Januar eine eigene Labortestung angeboten. Diese gibt es mittlerweile an den Unikliniken und sieben weiteren Privatlaboren. Schon zu diesem Zeitpunkt haben wir abgestimmt gehandelt.

Das Innenministerium, lieber Herr Innenminister Strobl, hat den internen Verwaltungsstab einberufen, der zurzeit täglich tagt. Das Sozialministerium hat einen eigenen Verwaltungsstab einberufen, um die Lage nach den Infektionsschutzgesetzen die ganze Zeit im Blick zu behalten.

Ich bedanke mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Ihnen, Herr Innenminister, und auch bei allen anderen Ressortkolle-

gen, vor allem im Kultusministerium, für die gute, ja exzellente, verantwortungsgemeinschaftsorientierte Zusammenarbeit, meine Damen und Herren. Es herrscht eine Lage, in der es nicht um Zuständigkeiten geht, sondern um Verantwortlichkeit.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Doch, es geht auch um Zuständigkeit!)

An dieser Stelle noch einmal ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Bei der ganzen Dimension von etwaigen Verläufen – auch in anderen Bundesländern, siehe Nordrhein-Westfalen – sehen wir auch, dass wir mit unserer besonnenen, klugen, abgestimmten, transparenten Lagebewältigung auf der richtigen Spur sind. Ich glaube, das kann man sagen.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, die Pandemieplanung hat vier Stufen. Wir befinden uns derzeit noch in Stufe 1, der frühen Diagnostik und der Eindämmung der Ausbreitungsdynamik – in meinem Migrationsschwäbisch und im Fachjargon: „Detection and Containment“: Der Detektiv fängt es und sperrt es in kleine Container, das Virus wie die Kontaktpersonen. Wir stützen uns auf den jeweils aktualisierten Pandemieplan, den wir am 25. Februar aktualisiert haben, am 2. März aktualisiert haben und heute im Lauf des Tages weiter aktualisieren werden.

Lieber Kollege Hinderer, Herr Ausschussvorsitzender, ich bin Ihnen sehr dankbar für die Frage zum Seuchenalarmplan. Diesen haben wir in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium aktualisiert und für das behördliche Verfahren in die Intranets und in die vorhandenen Informationskanäle gegeben, sodass alle Kommunen, alle Gemeinden, alle Behörden über den aktualisierten Plan verfügen.

An dieser Stelle darf ich Ihnen auch sagen, dass wir die Vorgehensweise für die Ortspolizeibehörden als Schema festgelegt haben und über das Innenministerium an alle 1 100 Gemeinden und alle Institutionen weitergeleitet haben.

Wir verfolgen immer noch die Bewältigung dieser Pandemie durch die vorgesehene Eindämmungsstrategie. Ziel ist nach wie vor die frühe Erkennung und die Eindämmung der Ausbreitungsdynamik. Dadurch können wir Verdachtsfälle sofort dem Labor zuführen und damit die Ausbreitung eindämmen. Wir müssen aber davon ausgehen, dass sich das Virus weiter ausbreiten kann und ausbreiten wird.

Deshalb ist es das oberste Gebot, die Infektionsdynamik, so gut es geht, in Form, Menge und zeitlichem Geschehen zu beeinflussen. Die Gesundheitsbehörden haben deswegen schon frühzeitig eng zusammengearbeitet.

(Zuruf: Was ist frühzeitig?)

Wir haben mittlerweile die AG Corona ins Leben gerufen – lieber Herr Innenminister, Herr Ministerpräsident –, mit allen wesentlichen Partnern, die dafür Sorge tragen, dass wir diese Aufgabe bewältigen. Ich werde Ihnen bei den aktuellen Maßnahmen noch sagen, wie wir das für die nächsten Tage und Wochen konzipieren.

(Minister Manfred Lucha)

Unsere Strategie, liebe Kolleginnen und Kollegen, lautet grundsätzlich: höchste Aufmerksamkeit, höchste Achtsamkeit, aber kein Alarmismus.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Aus vielerlei Gründen ist es notwendig, das öffentliche Leben mit all seinen Funktionen aufrechtzuerhalten und – genau in dieser Spannbreite von Schutz, richtigen Maßnahmen und Besonnenheit – gleichzeitig alles dafür zu tun, dass an richtiger Stelle, selbst bei Krankheitsausbreitung, das öffentliche Leben weitergeht,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

in Versorgung, Unterstützung, Behandlung, Infrastruktur, Wirtschaftsleistung, Kultur. Da gibt es viele Abwägungsprozesse. Zu dieser Eindämmung wurden in enger Abstimmung alle Behörden,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Da darf man nicht einfach abwarten!)

Institutionen, Einrichtungen, Bürgerinnen und Bürger auf verschiedenen Wegen über eine umfassende Palette von Vorichtsmaßnahmen informiert.

Wenn Sie sich jeden Tag unsere Dossiers, unsere Aktualisierungen auf diversen Internetseiten, den Hinweis auf Verhaltensmaßregeln, den Hinweis auf unseren Frage-und-Antwort-Katalog für Kommunen und Bürgerinnen und Bürger, unsere Hinweise für Reiserückkehrer anschauen, sehen Sie: Für uns sind das Allerwichtigste – es hört sich vielleicht etwas einfach an – die allgemeinen Hygieneempfehlungen, nicht nur im Hinblick auf eine mögliche weitere Ausbreitung, sondern auch immer noch im Hinblick auf die Grippewelle, auch wenn sich diese schon im Abklang befindet. Denken Sie daran: ordentlich Hände waschen, richtig Hände waschen,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Auch den richtigen Abstand beachten!)

in die Beuge niesen, Abstand halten, bitte nicht ins Gesicht langen. Ich selbst als leichter ADHSler habe bei mir im Selbsttest festgestellt, wie oft man das macht. Hier sind unsere empfindlichen Schleimhäute.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: ADHS ist da hinten! – Vereinzelt Heiterkeit)

Auch das sind alles Dinge, die wir bewältigen können und beherzigen sollten.

Ich darf Ihnen an dieser Stelle sagen, meine Damen und Herren – wir machen da eine ganz wichtige Erfahrung –: Beim Umgang mit dieser Viruserkrankung ist die Bevölkerung außergewöhnlich selbstkompetent und verantwortungsvoll.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die können sich auf den Staat nicht verlassen!)

– Ach!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Lass es! Es hat keinen Wert!)

– Ja, was kann man da noch?

(Unruhe)

Ich habe mein ganzes Leben lang auch mit therapieresistenten Menschen zu tun gehabt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr gut! Die Erfahrung hilft dir! – Zurufe von der AfD)

Ich glaube, wir lassen es in diesem Sinn einfach so stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich darf mich an dieser Stelle bei den zahlreichen Medienvertreterinnen und Medienvertretern bedanken, die wirklich ausreichend informieren. Wir haben sie gebraucht, etwa in ihren Radioschaltungen für die Urlaubsrückkehrer aus dem Winterurlaub.

Wir stellen fest, dass die Leute eigenverantwortlich sind, dass sie zusammenarbeiten, dass sie sich an die Maßnahmen halten, dass sie sich eben nicht ins Arztzimmer setzen, sondern anrufen. Diese Besonnenheit gemeinsam zu transportieren, dieses abgestimmte und kluge Handeln ist, glaube ich, unser aller Aufgabe. Darum bedanke ich mich, dass wir auch heute hier aus dem Parlament heraus diese Information noch einmal setzen können.

Bei der Rückkehr aus Risikogebieten sollte man für 14 Tage in jedem Fall Kontakte meiden und möglichst zu Hause bleiben.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Kann man alles nachlesen! Das brauchen Sie nicht vorzulesen!)

In Fällen, in denen man in einem Gebiet war, in dem Fälle aufgetreten sind, das aber nicht als Risikogebiet eingestuft wurde, sollte man beim Auftreten von Symptomen zu Hause bleiben und Kontakte meiden. Wie gesagt: Vor dem Gang zum Arzt bitte anrufen und dies auf dem telefonischen Weg abstimmen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Lesen wir alles auf den Seiten!)

Darüber hinaus – geben Sie es bitte in der digitalisierten Welt weiter – hat das Robert Koch-Institut Hinweise herausgegeben, wie zu verfahren ist, wenn Kontakt zu einer infizierten Person bestand, und Hinweise dazu, wie wir mit Großveranstaltungen umgehen. Das ist ein Thema, das uns alle wirklich sehr bewegt, das wir – Stand heute – lageorientiert entscheiden, noch nicht pauschaliert und generalisiert. Aber in einer dynamischen Lage kann sich das – das wissen Sie, meine Damen und Herren – auch in kurzer Zeit wieder ändern. Derzeit sehen wir jedoch ein lage- und einzelfallorientiertes Handeln vor, auch wieder mit der Botschaft, so gut es geht die notwendigen Normalitätsmuster aufrechtzuerhalten.

Das Innenministerium, lieber Kollege Strobl, hat allen Behörden den Frage-und-Antwort-Bogen zum Umgang mit dieser

(Minister Manfred Lucha)

Situation zur Verfügung gestellt. Wir haben für alle Bürgerinnen und Bürger sieben Tage in der Woche von 9 bis 18 Uhr eine Hotline geschaltet:

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Da kommt man doch gar nicht durch! Da funktioniert ja gar nichts!)

0711 90439555. Auch für die Bürgerinnen und Bürger haben wir den Frage-und-Antwort-Bogen erarbeitet.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Haben Sie nichts anderes zu sagen als das, was wir selbst lesen können? – Gegenrufe von den Grünen, u. a.: Meine Güte! – Herrgott noch mal! – Dann gehen Sie doch raus! – Zuruf: Das kommt auf jedem Fernsehkanal!)

– Ich meine, jeder definiert sich in seiner Selbstwahrnehmung so, wie er sich definiert.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das merkt man bei Ihnen!)

Aber zwischen Fremd- und Selbstwahrnehmung ist häufig die Wirklichkeit, Herr Fiechtner.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf von der AfD: Schwacher Beifall!)

Wir haben 44 bestätigte Fälle, und wir werden weiter an unserem Vorgehen – identifizieren, Abstriche machen, also Labortests, wenn nötig,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

häusliche Absonderung, Quarantäne – festhalten.

Wenn einschlägige Symptome vorliegen und innerhalb von 14 Tagen vor Erkrankungsbeginn Kontakt zu einem bestätigten Erkrankungsfall oder ein Aufenthalt in einem Risikogebiet bestanden, dann reden wir von einem begründeten Verdachtsfall. Es wird dann immer auf SARS-CoV-2 getestet. Bei solchen Verdachtsfällen wird grundsätzlich das örtliche Gesundheitsamt eingebunden.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir haben – ich habe es schon erwähnt – das Zusammenwirken der Gesundheitsbehörden in Baden-Württemberg beim Auftreten von Infektionskrankheiten im Grundsatz gut eingeübt. Das Kompetenzzentrum Gesundheitsschutz am Landesgesundheitsamt hat die zentrale Koordination für die Gesundheitsämter im Land übernommen und unterstützt bei Bedarf die Ämter vor Ort. Der Bereitschaftsdienst des Landesgesundheitsamts ist rund um die Uhr für die Gesundheitsämter und die Behörden der Gefahrenabwehr erreichbar.

Wenn ein Verdachtsfall vorliegt, werden Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz im Hinblick sowohl auf die betroffenen Personen als auch auf deren Kontaktpersonen eingesetzt. Es findet dann – das ist ganz entscheidend – eine gezielte Kontaktpersonennachverfolgung statt, um weitere Fälle aufzudecken und Infektionsketten zu stoppen.

Im Fall einer positiven Testung besteht eine Meldepflicht nach dem Infektionsschutzgesetz an das Gesundheitsamt vor Ort sowie eine Übermittlungspflicht des Gesundheitsamts über das Landesgesundheitsamt an das Robert Koch-Institut. Parallel wird das Ministerium für Soziales und Integration informiert.

Bisher konnten die Infektionsketten bei den aufgetretenen Fällen ganz überwiegend – bei einem der Fälle sind wir damit noch beschäftigt – nachvollzogen werden. In allen Fällen wurden die eben beschriebenen Maßnahmen getroffen, um die Ausbreitungsdynamik einzudämmen. Wichtig: Das Risikomanagement erfolgt einzelfallbezogen, vor allem durch die Klärung, welche Kontaktpersonen untereinander in wie engem Kontakt standen. Auch hier ist das Know-how bei den Gesundheitsbehörden angesiedelt.

Meine Damen und Herren, wir haben die Lage in permanenter Beurteilung. Das Innenministerium nimmt mit seinem Stab eine umfassende Lagebeurteilung in größerem Stil vor und teilt uns die Ergebnisse mit. Beobachtet wird auch die Medienlage und wie die Bevölkerung in den sozialen Medien reagiert. Dort liest man oft sehr rüde Töne; es sind aber auch konstruktive und nachvollziehende Töne zu hören.

Was tun wir ganz aktuell? Ich habe Ihnen gesagt, dass eine der wichtigsten Maßnahmen dieses Durchführungsschema

(Der Redner hält ein Blatt in die Höhe.)

mit Handlungsempfehlungen für alle Ortspolizeibehörden war, für die Sicherstellung – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Tun Sie mal was für die Ärzte! Wir sind total von Ihnen im Stich gelassen! Wir haben keine Ausrüstungen! Wie sollen wir die Patienten versorgen?)

Des Weiteren, meine Damen und Herren – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Tun Sie doch mal was! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was tun Sie denn? – Gegenruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich bin Arzt!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, jetzt hat Herr Minister Lucha das Wort.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ich komme zu diesem Punkt noch. – Des Weiteren haben wir bei der Landesarbeitsgemeinschaft Corona die Landesärztekammer, die Kassenärztliche Vereinigung, die Landesapothekerkammer, die Kolleginnen und Kollegen aus den Ressorts, aus dem Innenministerium, der Wissenschaft etc. beteiligt. Wir haben den Landkreistag, den Gemeindegtag, den Städtetag, Regierungspräsidien, Krankenkassen und alle entscheidenden Player dabei. Wir haben uns darüber verständigt, wie wir mit der Lage weiter umgehen.

Ja, es stimmt: Wir haben festgestellt, dass bei Schutzkleidung Engpässe entstehen, entstehen können.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die sind schon da! Wann kriegen wir die denn? – Gegenruf: Oh Mann! – Unruhe)

(Minister Manfred Lucha)

Sie haben verfolgt, dass wir mit Bundesgesundheitsminister Spahn in sehr engem Austausch stehen. Er hat mich übrigens, als er letzte Woche aus Rom zurückkam, noch nachts um zwölf angerufen und Rückmeldung gegeben; wir haben täglich Kontakt. Er hat uns heute einbestellt; darum werde ich die Sitzung anschließend auch verlassen. Wir haben ausgemacht, dass wir alle Möglichkeiten zur Beschaffung von Schutzkleidung aktivieren.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ende Februar!)

Das ist sehr wichtig. Wir haben jetzt intern auch schon geschaut, wo es im Land noch Reserven gibt. Wir werden gemeinsam, Herr Ministerpräsident, Frau Finanzministerin, Herr Strobl, natürlich ganz schnell überlegen müssen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Jetzt! Nach zwei Monaten!)

Wir können da nicht nach Beschaffungsgrundsätzen der Ausschreibung vorgehen, sondern müssen schnell handeln, wenn wir die Möglichkeiten haben. Das alles klären wir in wenigen Tagen ab.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] meldet sich.)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister Lucha, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Nein.

(Vereinzelt Heiterkeit – Unruhe)

Er könnte sich einfach einmal vor einen Spiegel stellen, auf der Toilette, und diese Ansprachen halten. Ich glaube, das ist sein Ansinnen.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Widerspruch des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Ich möchte sagen, dass wir auf dieser Basis äußerst bald die notwendige Schutzkleidung haben werden. Wir haben in der Arbeitsgruppe Corona von den Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung die Rückmeldung erhalten, dass sie sich dann imstande sehen, in mobilen Diensten mobile Abstrichentnahmen zu organisieren.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich glaube, Sie sollten zurücktreten! Sie haben es einfach nicht im Griff!)

Parallel und weiter gehend dazu haben wir uns am Montagmittag dieser Woche in dieser Arbeitsgruppe darauf verständigt, dass wir ausgehend von dem bereits existierenden exzellenten Gerüst unserer 84 KV-Notfallpraxen Anlaufzentren machen, unter Umständen natürlich – das wissen Sie – im Rahmen einer Containerlösung am Rande der Klinik – selbstverständlich nicht mittendurch. Da haben wir tatsächlich auch die Zeit und die Möglichkeiten, weil wir uns im Grundsatz darauf verständigt haben, das durchzusetzen. Das geschieht mit Ressourcen der Kassenärztlichen Vereinigung, die auch angekündigt hat, Stundenzeiten nach vorn zu ziehen, mit den

Angeboten der Krankenhäuser, die ihre Ressourcen einbinden.

Wir haben von der Landesärztekammer den Hinweis, dass – ähnlich wie in der Geflüchtetenhilfe – die 7 000 pensionierten Ärztinnen und Ärzte, die sich für einen Pool zur Verfügung stellen könnten, um mitzuwirken, angeschrieben werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir bekommen Rückmeldungen, dass diese mitmachen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass wir eine dynamische Lage mit Augenmaß, mit Verantwortungsbewusstsein, mit der Bereitschaft aller demokratischen Kräfte, aller Institutionen wirklich tatkräftig und verantwortungsvoll bewältigen.

Ich darf mich bei der Frau Finanzministerin und allen anderen Kabinettskolleginnen und -kollegen, persönlich beim Ministerpräsidenten, dafür bedanken,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

dass sie gestern den Vorschlag gemacht haben, dass die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um auf diese Lage auch haushaltsrechtlich angemessen reagieren zu können. Das ist ein sehr wichtiges Zeichen für alle Akteure. Sie können sich vorstellen, dass die Ärztinnen und Ärzte in den Stäben in den Gesundheitsämtern, aber auch die Kolleginnen und Kollegen in meinem Haus und im Landesgesundheitsamt wirklich rund um die Uhr arbeiten, die Situation ausgesprochen ernst nehmen. Dafür darf ich, glaube ich, stellvertretend ein ganz herzliches Dankeschön sagen. Das ist nämlich gemeinsinnorientiertes Handeln,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist ihre Pflicht, in Gottes Namen!)

dass für uns alle weiterhin das gesellschaftliche Leben möglich bleibt.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist ihre Pflicht!)

Meine Damen und Herren, unsere Devise muss lauten: Wir schützen und unterstützen die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg. Wir schützen sie, aber wir schützen sie auch in besonderer Weise vor unnötiger Panikmache und Fake News.

In diesem Sinn: Danke an Sie alle,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Fast alle!)

dass Sie uns, das Ministerium, die Landesregierung, die Handelnden, so aktiv unterstützen. Wir werden ganz intensiv weiterarbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Treten Sie ab!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, für die Aussprache zu der Regierungsinformation haben die Fraktionen eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion vereinbart.

In der Aussprache erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mit dem Coronavirus steht heute ein Thema auf der Tagesordnung, das die Nachrichten beherrscht und uns alle beschäftigt. Es ist ein Thema, von dem wir vor einem guten Vierteljahr noch nicht das Geringste wussten. Man hätte in den vergangenen Wochen also kaum mehr tun können, als getan wurde und immer noch getan wird.

Es gilt aufzuklären, es gilt zu beraten, es gilt, medizinisches Wissen zu bündeln und vor allem medizinische Betreuung bereitzustellen, wo sie notwendig ist. Es gilt auch – das ist, glaube ich, das Signal, das auch von dieser Debatte ausgehen muss –, sich für alle Fälle vorzubereiten, und zwar mit Vernunft und Vorsicht und vor allem ohne Panik. Angesichts des von Verunsicherung geprägten Gefühls in der Bevölkerung

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

brauchen wir eine handlungsfähige Regierung, eine handlungsfähige Verwaltung, ein Gemeinwesen, das den Menschen Sicherheit in dieser schwierigen Situation verspricht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Ich möchte vorwegschicken: Aus meiner Sicht, aus Sicht der SPD-Fraktion geschieht dies auch im Land. Dafür möchte ich allen, auch der Landesregierung und vor allem dem Haus von Gesundheitsminister Lucha, herzlich danken. Ich möchte aber auch ganz herzlich all denen danken, die in der ersten Reihe stehen, nämlich den Ärztinnen und Ärzten in unserem Land, den Helfern, den Pflegerinnen und Pflegern in Kliniken, Praxen und Heimen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Danken möchte ich auch den Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen, den Erzieherinnen und Erziehern in den Kitas, den Verantwortlichen nicht nur in den Verwaltungen, nicht nur in Firmen und Betrieben, sondern auch in Vereinen und bei Veranstaltungen. Es geht darum, dass wir besonnen agieren, dass wir abwägen, was im Einzelfall die richtigen Maßnahmen sind; denn der Eindruck, wir würden jetzt das öffentliche Leben lahmlegen, wäre verheerend für die Stimmung in unserer Gesellschaft. Wir brauchen Vernunft.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Ich möchte an dieser Stelle auch ganz bewusst den Medien danken; denn die Medien haben in den letzten Wochen in ganz überwiegender Zahl sehr sachlich und besonnen über diese Virusinfektion, über das Coronavirus, informiert. Ich glaube, dies ist Ausdruck dessen, dass wir in Deutschland noch eine besonnene Diskussion über dieses Thema führen.

Ich wünsche uns allen vor allem auch, dass wir das Coronavirus im Griff halten und es auch vollends in den Griff bekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Ich wünsche vor allem den Erkrankten gute Besserung und allen Ärzten, Helfern und Angehörigen viel Kraft und Geduld bei der Versorgung der Menschen, die jetzt auf unsere Hilfe und auf die Hilfe der Ärztinnen und Ärzte angewiesen sind.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Aber – ich glaube, das ist ganz wichtig – wir sollten aus der aktuellen Situation auch die richtigen Schlüsse ziehen. Wir sollten aus der aktuellen Situation auch lernen, und dabei geht es nicht nur um die einfachen und effektiven Hygieneregeln – die ja nicht nur bei einer Corona-Infektion gelten;

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

sie gelten nicht nur bei einem neuartigen Virus, sondern sind bei jeder Grippewelle sinnvoll. Ich wünsche uns, dass wir unsere Augen aber auch für Konsequenzen über den Tag hinaus öffnen, an dem wir – hoffentlich bald – feststellen, dass die Zahl der Erkrankten wieder sinkt und das Virus den Rückzug antritt. Denn schon jetzt, nach nur wenigen Wochen, erkennen wir, dass unsere medizinische Vorsorge an manchen Punkten dünner gestrickt ist, als es die Menschen in diesem Land erwarten und als es auch uns vielleicht – außerhalb oder vor einer solchen Pandemie – bewusst war.

Wir müssen erleben, wie wir uns vor einem in China ausgebrochenen Virus genau deswegen schlechter schützen können, weil uns Medikamente oder Medizinprodukte aus China fehlen. Wir erleben, wie verletzlich eine globale Medizinwirtschaft durch die globale Ausbreitung eines Virus wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das muss uns eine Lehre für die Zukunft sein.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns in Abhängigkeit begeben, haben wir im Krisenfall keine Möglichkeit, schnelle Hilfe zu gewährleisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stoch, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Andreas Stoch SPD: Nein, Frau Präsidentin. – So sollten wir uns auch die Frage stellen, ob es immer klug ist, bei Medikamenten oder Medizinprodukten nur auf Discounterpreise zu achten, und ob es nicht klüger wäre, manche Fertigung, zumindest in Teilen, wieder nach Europa, nach Deutschland zurückzuverlegen.

(Zurufe)

Wir sollten uns auch die Frage stellen, warum manche europäischen Nachbarländer ein deutlich dichteres und leistungsfähigeres Netz von Infektionsstationen in Kliniken haben,

(Andreas Stoch)

auch wenn diese Stationen im Regelfall niemals auch nur halb voll belegt werden können. Die Nachbarländer sind nicht reicher als unser Land, aber sie leisten sich diese Vorsorge, weil dies eine wichtige Vorsorge für das Sicherheitsgefühl der Menschen in diesen Ländern ist.

Wir sollten uns auch fragen, warum in unserem Land schon in kurzfristigen, mit Bedacht erstellten Plänen sehr schnell mit Tausenden Ärzten im Ruhestand kalkuliert werden muss, die für die medizinische Betreuung möglicherweise benötigt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Und es sollte uns zu denken geben, wenn sich Arztpraxen schon jetzt fragen müssen, was sie tun sollten, falls ihnen der nötige Schutz ausgeht.

Noch einmal: Wir haben unsere gesundheitliche Vorsorge bestimmt oft genug in Augenschein genommen. Jetzt aber und genau in einem solchen Krisenfall, da Wind aufkommt, merken wir: An manchen Stellen ist unser Gesundheitssystem nicht optimal aufgestellt.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Aber es gibt Auswirkungen, die über den Bereich der Gesundheitsvorsorge und des Schutzes hinausgehen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie tragen die Verantwortung!)

Nicht nur sozialdemokratische Minister in der Bundesregierung haben dieser Tage darüber gesprochen, wie wir Unternehmen helfen können, die durch die Folgen des Coronavirus in Schwierigkeiten geraten, auch der Herr Ministerpräsident hat das gestern getan. Ich kann Ihnen versichern: Auch für uns, die SPD, ist es wichtig, dass ein Gemeinwesen in diesem Fall funktioniert, dass ein Gemeinwesen, ein Staat funktioniert, um eine solche Krise zu überstehen,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Aber er funktioniert ja nicht!)

sich auch kümmert. Und wenn es notwendig ist, zu helfen, werden wir, die SPD, an Ihrer Seite stehen.

Wir begrüßen es, wenn sich die Landesregierung bei betroffenen Unternehmen über Instrumente wie Hilfen beim Kurzarbeitergeld oder auch der Sicherung der Liquidität Gedanken macht und vorsorglich darüber nachdenken will, wie wir das finanzieren können. Aber wir sollten eben auch darüber nachdenken, wie ein Gemeinwesen, das sich kümmert und kümmern soll, mit seinem Gesundheitswesen umgeht. Es ist noch keinen Monat her, als in diesem Haus bei Fragen der Gesundheit wieder das Geld, das Sparen im Vordergrund stand. Wenn uns allein die bisherigen Erfahrungen mit dem Coronavirus hier eine Lektion wären, wenn wir in Zukunft beim Gesundheitswesen wieder zuerst

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

über die Gesundheit nachdenken, dann hätten wir dieser schlimmen Geschichte wenigstens einen positiven Effekt abgerungen.

Es gibt viele löbliche Gründe, dass in diesem Land kein wütender Mob vor Kliniken steht und vom Coronavirus infizierte Mitmenschen beschimpft,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

wie das z. B. in der Ukraine der Fall war. Es gibt auch viele löbliche Gründe, dass in diesem Land keine unsinnigen Märchen in Umlauf sind wie in den USA, wo große Fernsehsender behauptet haben, das Coronavirus sei dadurch entstanden, dass Chinesen Fledermaussuppe essen. Es gibt zum Glück auch viele gute Gründe, warum Menschen bei uns nicht ernsthaft überlegen, gegen das Virus mit Chlorbleiche zu gurgeln. In den USA macht dies ernsthaft die Runde.

Es gibt gute Gründe, dass in unserem Land niemand ernsthaft behauptet, das Virus sei nur eine Erfindung der Obrigkeit – wie es im Irak passiert, wo viele Menschen ihrer Regierung offenbar nichts mehr außer Lügen zutrauen.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Dass es bei uns anders ist, dafür gibt es – –

Präsidentin Muhterem Aras: Meine – –

Abg. Andreas Stoch SPD: Wes Geistes Kind Sie sind, zeigt Ihre Reaktion. Sie haben nichts, aber auch gar nichts begriffen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Ich möchte Ihnen sagen, was ein ganz wichtiger Grund dafür ist, dass diese Märchen, diese Geschichten keine Runde machen. Ein wichtiger Grund ist, dass die Menschen in diesem Staat noch ein Grundvertrauen in das Funktionieren des Gemeinwesens haben. Deswegen ist es gerade wichtig, alle Fragen, die uns gestellt werden, zu beantworten. Und einige Fragen, die über den Tag hinaus zu beantworten sind, lauten u. a.: Sind unsere – –

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

– Herr Fiechtner, haben Sie eigentlich nicht das Gefühl, dass Sie mit Ihrem ständigen Reingebrülle die Würde dieses Parlaments verletzen? Das ist eine Unverschämtheit – eine Unverschämtheit!

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU, Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Klaus Dürr AfD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Die Fragen, die sich stellen, sind u. a. – –

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Moment! – Herr Abg. Dr. Fiechtner, jetzt ist Ruhe! Herr Abg. Stoch hat das Wort, und Sie sind jetzt ruhig. Ansonsten muss ich Ihnen einen Ordnungsruf erteilen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Dann tun Sie es doch!)

Abg. Andreas Stoch SPD: Die Fragen, die sich stellen, lauten u. a.: Sind die Pandemiepläne in den kommunalen Gesundheitsämtern überall aktuell genug und kompatibel mit dem Pandemieplan für Baden-Württemberg? Wie funktioniert die Informationsweitergabe an Schulen, und wie ist die Information von Eltern koordiniert? Gibt es ein Netzwerk von Kompetenzzentren und Spezialkliniken, und wie wird die Kommunikation darunter organisiert?

Je mehr sich das Virus ausbreitet, umso mehr muss man sich auch die Frage stellen: Wie würden die nächsten Schritte aussehen? Was folgt auf die Containmentstrategie, und wie weit wird darüber schon mit allen Akteuren gesprochen? Wie sieht die Planung aus, sollte Baden-Württemberg zum Risikogebiet erklärt werden? Sind unsere Gesundheitsämter, ist die öffentliche Gesundheitsvorsorge personell gut aufgestellt?

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die wissen zum Teil doch gar nicht Bescheid!)

Und wie ist vor allem der Stand der Versorgung in Altersheimen und Altenpflegeheimen? Reichen die Kapazitäten für Betten für Patienten mit infektiösen Krankheiten aus, wenn die Zahl der Fälle sprunghaft steigt?

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich habe vorhin über die unglaublich wichtige Rolle unseres Gemeinwesens gesprochen. Wir dürfen auch in einer solchen Situation das Vertrauen in das Gemeinwesen nicht verspielen. Und das Coronavirus ist in der jüngeren Geschichte beispiellos. Es verbietet sich daher, den Finger zu heben und Versäumnisse anprangern zu wollen.

Wir müssen aber aus dieser Krise die richtigen Schlüsse ziehen. Und deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir erleben jetzt, was das Gemeinwesen kann, wenn es gefordert ist, das Gemeinwohl und unsere Gesundheit zu sichern. Vergessen wir das nicht, und sorgen wir dafür, dass das Vertrauen in das Gemeinwesen eine gesunde Grundlage hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihnen, Herr Minister Lucha, herzlichen Dank für die ausführlichen Informationen. Wir alle müssen jetzt besonnen, beherzt und entschlossen handeln.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wie wir gehört haben, sind die baden-württembergischen Gesundheitsbehörden und ist das Gesundheitswesen auf das neuartige Coronavirus gut vorbereitet.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] meldet sich. – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Die Pandemiepläne werden laufend aktualisiert. Deswegen betone ich ausdrücklich: Panikmache und Hamsterkäufe sind fehl am Platz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Ein einheitliches Vorgehen ist in Baden-Württemberg gewährleistet. Alle relevanten Akteure sind sensibilisiert, sind mit den wesentlichen aktuellen Informationen versorgt, und das Hausarztssystem bei uns funktioniert. Deswegen konnten die Infektionsketten weitestgehend nachvollzogen werden. In allen Fällen sind Maßnahmen zur Eindämmung des Geschehens getroffen worden.

Die Behörden verfolgen derzeit für die erste Phase der Bewältigung einer Pandemie die vorgesehene Strategie zur Eindämmung der Viren. In dieser Phase ist es das Ziel, die Erkrankung frühzeitig zu erkennen und die Ausbreitungsdynamik einzudämmen.

Wir appellieren daher an die Bevölkerung, alle sinnvollen Maßnahmen gegen die Verbreitung der Erkrankung zu ergreifen. Hier gilt es, insbesondere die Hinweise des Sozialministeriums und des Robert Koch-Instituts zu beachten.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Das Zusammenwirken der Gesundheitsbehörden beim Auftreten von Infektionskrankheiten ist in Baden-Württemberg gut eingespielt. Die Behörden sind gut vorbereitet.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Woher wissen Sie das, Herr Schwarz? Woher wissen Sie das?)

Das nationale und das weltweite Geschehen wird aufmerksam beobachtet. Hausärzte und Kliniken machen eine gute Arbeit.

Deswegen will ich an dieser Stelle allen Beteiligten meinen Respekt und meinen Dank für die geleistete Arbeit aussprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Trotzdem müssen wir realistischerweise davon ausgehen, dass die Zahl der Erkrankungen hier in Baden-Württemberg weiter steigen wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen leider damit rechnen, dass es in den nächsten Tagen weitere Fälle geben wird. Ebenso realistisch ist aber auch, dass laut Robert Koch-Institut der Großteil der Erkrankungen relativ harmlos verläuft. Das ist ermutigend. Auch weltweit nimmt die Zahl der vormals Erkrankten und nun wieder vollständig Genesenen zu.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das wissen wir doch gar nicht!)

Das ist ermutigend.

In Baden-Württemberg sind bislang Fälle im niedrigen zweistelligen Bereich bekannt. Bei elf Millionen Einwohnern bei uns sind das wenige Fälle.

(Andreas Schwarz)

Klar ist aber auch: Da kann man nichts schönreden. Jeder Fall ist einer zu viel. Aber das Verhältnis zwischen Einwohnerzahl und Fällen im niedrigen zweistelligen Bereich lässt erwarten, dass die Krankheit rechtzeitig eingedämmt werden kann und dass Risikogruppen geschützt werden können.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Nichtsdestotrotz ist die Sorge der Bevölkerung verständlich, sich zu infizieren und zu erkranken. Ich bitte daher uns alle hier im Parlament und auch die Bürgerinnen und Bürger, sich nicht verunsichern zu lassen und keinen zweifelhaften Social-Media-Informationen zu vertrauen. Es gibt seriöse Quellen, die aktuelle Informationen bereithalten. Auf Bundesebene sind das in erster Linie das Robert Koch-Institut, das Bundesgesundheitsamt und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Vor allem die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts stellen die Leitlinien für uns im Bundesland Baden-Württemberg zur Verfügung.

Herr Minister, Ihr Ministerium hat einen sehr informativen Frage-und-Antwort-Bogen zur Verfügung gestellt, der nach meinem Kenntnisstand ständig aktualisiert wird. Hier finden alle Bürgerinnen und Bürger hilfreiche Antworten zu relevanten Fragen: Wann und wie ist denn das Gesundheitsamt und sind die Behörden zu erreichen? Oder eine Frage, die sich auch viele Menschen stellen: Besteht Gefahr, sich über importierte Lebensmittel oder importierte Gegenstände zu infizieren? Die Antwort ist übrigens: Nein. Importierte Lebensmittel, importierte Gegenstände übertragen das neuartige Virus nicht.

Herr Minister, Sie haben die Telefonhotline angesprochen, an die sich Bürgerinnen und Bürger wenden können. Die Gesundheitsämter vor Ort sind ebenfalls wichtige Ansprechpartner. Wir begrüßen es, Frau Kultusministerin, dass Ihr Haus bereits am vergangenen Wochenende alle Kindertageseinrichtungen und Schulen informiert hat. Wie ich selbst als Elternteil erfahren konnte, sind die Informationen am Wochenende an alle Eltern weitergegeben worden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Alle Beteiligten haben hier gut und schnell gehandelt. Die Empfehlungen Ihres Hauses sind umgesetzt worden. Ich finde, da macht die Verwaltung einen guten Job, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Sascha Binder SPD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Was können wir selbst tun, um einer weiteren Ausbreitung entgegenzuwirken? Auch hier gilt es, den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts zu folgen. Herr Minister, Sie haben es schon angesprochen, und ich glaube, wir alle wissen es auch schon: Dazu gehören die Grundsätze der guten Hygiene – wir müssen diese im Alltag einfach befolgen –: regelmäßig 20 Sekunden lang die Hände waschen, den Körperkontakt reduzieren, Abstand zu anderen halten.

Relevant ist dabei ein starkes, ein gesundes, ein gestärktes Immunsystem. Denn ein starkes Immunsystem kann Viren besser bekämpfen. Daher ist es auch wichtig, sich gegen andere Infektionskrankheiten wie z. B. Grippe impfen zu lassen,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Haben Sie meinen Film gesehen?)

um einer Schwächung des Immunsystems und so dem Risiko einer schweren Corona-Erkrankung entgegenzuwirken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Der Herr Schwarz hat meinen Film angeschaut!)

Herr Minister, Sie haben dargestellt, dass bei Symptomen vor einem Praxisbesuch der Hausarzt telefonisch zu kontaktieren ist und dass mit dem Hausarzt die entsprechenden Schritte abzustimmen sind. Das ist ein zielgerichtetes Vorgehen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass 84 Notfallpraxen an Krankenhausstandorten eingerichtet werden. Auch das ist ein wichtiges Signal an die Bevölkerung, dass sie hier weitere Anlaufstellen hat. Auch Ihren Vorschlag, aufsuchende mobile Dienste einzurichten, begrüßen wir. Das sind wichtige Maßnahmen zur Eindämmung dieser Krankheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir möchten an dieser Stelle an die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg appellieren, Ruhe zu bewahren, Solidarität untereinander zu zeigen, gegenseitig Rücksicht zu nehmen und – Herr Kollege Stoch, Sie haben ähnlich gesprochen – den Gemeinsinn unserer Gesellschaft wieder in den Vordergrund zu stellen. In unseren Augen ist es in einer solchen Zeit wichtig, die Solidarität und den Gemeinsinn unter den Bürgerinnen und Bürgern zu betonen.

Deswegen finden wir es richtig, dass viele Bürgerinnen und Bürger, auch viele Unternehmen besonnen handeln. Viele Unternehmen bieten ihren Mitarbeitern Homeoffice an, um so den Kontakt zu reduzieren und gleichzeitig die Sicherstellung des Wirtschaftssystems zu gewährleisten.

Was aber nicht geht, meine Damen und Herren, ist, dass es Anfeindungen gegenüber Erkrankten gibt. Wir wehren uns dagegen, und wir stellen uns diesen Anfeindungen gegenüber Erkrankten ausdrücklich entgegen. Wir wünschen uns, dass die Bevölkerung das ebenfalls tut. Baden-Württemberg ist ein starkes Bundesland, und solche Anfeindungen haben bei uns keinen Platz.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch sagen, dass wir sehr wohl die Auswirkungen auf die exportorientierte baden-württembergische Wirtschaft in den Blick nehmen. Wir müssen insbesondere Liquiditätsspielräume von kleinen und mittleren Unternehmen sicherstellen. Frau Wirtschaftsministerin, Sie selbst haben das Stichwort Kurzarbeitergeld schon in die Diskussion gebracht. Das sind wichtige Maßnahmen, um insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen für den Fall, dass sie betroffen sind, zu helfen. Das werden wir noch stärker in den Blick nehmen.

Wichtig ist aber jetzt, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zu gewährleisten. Denn ohne gesun-

(Andreas Schwarz)

de Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist die ganze Wirtschaft nichts, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Herr Minister Lucha, die Landesregierung hat das Forum Gesundheitsstandort ins Leben gerufen, ein Forum, bei dem auch gesundheitswirtschaftliche Fragen thematisiert werden. Wir regen an, in diesem Diskussionsformat zu prüfen, wie künftig Arzneimittel und pharmazeutische Produkte verstärkt in Baden-Württemberg hergestellt werden können. Wir haben dafür das Know-how.

(Zurufe)

Viele Produkte kommen aber inzwischen aus anderen Ländern. Deshalb lautet hier die Frage: Wie können wir den heimischen Arzneimittel- und Pharmastandort stärken?

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir bitten Sie, das im Forum Gesundheitsstandort einzubringen. Das ist ein sehr gutes Vorgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir alle sollten jetzt beherzt, besonnen und entschlossen handeln, um eine weitere Ausbreitung einzudämmen und gefährdete Gruppen zu schützen. Dafür sage ich vielen herzlichen Dank.

Bleiben Sie gesund!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Teufel.

Abg. Stefan Teufel CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach wie vor ist die Lage beim Coronavirus in Baden-Württemberg und in Deutschland unübersichtlich. Vor diesem Hintergrund begrüßt unsere Fraktion die heutige Regierungsinformation durch den Sozialminister.

Die aktuelle Regierungsinformation belegt zum einen, dass die Ressorts sowohl den Aufklärungs- und Informationsbedarf des Parlaments als auch das Bedürfnis der Bevölkerung nach Transparenz, Orientierung und Vorsorge sehr ernst nehmen.

Für unsere Fraktion sind in dieser Situation drei Punkte wichtig. Erstens: Wir müssen den Pandemieplan in Baden-Württemberg und in Deutschland ständig anpassen. Zweitens: Qualität und Erreichbarkeit der medizinischen Versorgung sind in dem Gesundheitswesen unseres Landes zwei wichtige Parameter und wichtige Schwerpunkte in der Daseinsvorsorge für unsere Gesellschaft. Drittens: Der Bevölkerungsschutz muss in den Fokus genommen werden.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist völlig klar, dass uns die Ausbreitung des Coronavirus in Baden-Württemberg, in Deutschland und in der Welt vor eine ernste Herausforderung stellt. Das ist eine Akutsituation, ist aber auch die Stunde der Exekutive. Wir sind gut beraten, auf die Empfehlungen zu hören.

Besonnenheit und konsequente Handlungsempfehlungen sind in dieser Stunde das Leitmotiv.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei allem Verständnis für die Ängste und Sorgen in der Bevölkerung möchte ich bei dieser Gelegenheit auch an die Vernunft der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land appellieren. Die wichtigsten und effektivsten Maßnahmen zum persönlichen Schutz sowie zum Schutz anderer Personen vor der Ansteckung mit dem Coronavirus hat der Sozialminister bereits dargelegt.

Es gibt drei bedeutende Punkte, die auch in den Schulen, in den Kindergärten, in den Kitas sowie in den Pflegeeinrichtungen des Landes Baden-Württemberg momentan intensiv beachtet werden müssen: erstens gute Händehygiene, zweitens korrekte Hustenetikette und drittens Einhaltung eines Mindestabstands zu krankheitsverdächtigen Personen.

Wenig zielführend scheinen auch für uns demgegenüber Hamsterkäufe zu sein, und zwar insbesondere dann, wenn sie sich auf medizinische Produkte beziehen, die in Arztpraxen, Krankenhäusern, Alten- und Pflegeeinrichtungen dringend benötigt werden. Ich denke hier z. B. an Schutzbrillen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nudeln!)

Infektionsschutzanzüge, Masken oder Desinfektionsmittel.

Wenn es uns nicht gelingt, unser medizinisches Personal von Anfang an durch eine angemessene Schutzausstattung zu schützen, werden wir uns einen Bärendienst erweisen. Hier sehen wir sowohl in Baden-Württemberg als auch in Deutschland noch Handlungsfelder, denen wir dringend weitere Aufmerksamkeit widmen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich ist schon jetzt absehbar, dass uns das Coronavirus vermutlich noch an Grenzen bringen wird. Angesichts der weltweiten Nachfrage stellen wir bereits heute Lieferengpässe bei Arzneimitteln, aber auch Medizinprodukten fest.

Mit Blick auf den bestehenden Fachkräftemangel in den Krankenhäusern werden bei einer deutlichen Ausweitung der Infektion noch besondere Anstrengungen erforderlich werden. Hierfür möchte sich die CDU-Landtagsfraktion bei allen Menschen, die gerade Tag und Nacht in einem Gesundheitsberuf ihren Dienst leisten, herzlich bedanken.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bedanken uns bei der Landesregierung für die Information. Wir wünschen

(Stefan Teufel)

uns allen im Land Baden-Württemberg, in Deutschland den größtmöglichen Erfolg beim Umgang mit dem Coronavirus.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Angst und Panik vor dem Virus sind in unserem Land Baden-Württemberg mittlerweile schlimmer als das Virus an sich. Atemschutzmasken sind ausverkauft, Regale mit Konserven und mit Hygieneartikeln leergefegt. Die Angst, am Coronavirus zu erkranken oder in Quarantäne zu kommen, ist in unserem Land enorm hoch, meine Damen und Herren.

Woher kommt diese Angst? Die Landesregierung hätte die Bevölkerung rechtzeitig, schnell, sachlich und umfassend über Schutzmaßnahmen informieren müssen.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Jawohl!)

Das hätte umgehend nach dem Ausbruch der ersten Coronar-Erkrankungen in China Anfang Dezember 2019 geschehen müssen.

(Staatssekretärin Bärbl Mielich: So ein Quatsch!)

Inzwischen gibt es 44 Fälle in Baden-Württemberg; deutschlandweit sind es 200. Diese Zahlen können sich minütlich verändern, und sie werden sich bedauerlicherweise auch minütlich nach oben verändern. Deshalb ist es müßig, hier einen Stand festzustellen. Aber erst jetzt, da die Lage ernst wird, greift die Landesregierung nach präventiven Maßnahmen – zu spät, meine Damen und Herren, viel zu spät!

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Jawohl!)

Sie hätten schon Anfang Dezember reagieren müssen. Denn in der von Ihnen so hochgelobten globalisierten Welt ist es nur eine Frage von Stunden bzw. Tagen, bis eine Epidemie nach Europa, nach Deutschland überschwappt. Das hätten Sie berücksichtigen müssen, und zwar schon Anfang Dezember.

Ein wirksames Mittel gegen das Coronavirus gibt es derzeit nicht. Wer könnte dieses herstellen?

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Gögel, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Bernd Gögel AfD: Nein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Oh!)

Wer könnte dieses herstellen? Ich sehe zwei Möglichkeiten, die ich Ihnen einmal aufzeigen möchte. Die erste: grüne Kräuterweiblein in ihrem Öko-Bio-Töpfchen am Bächlein vor der Haustür, wo das Fröschlein quakt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Und die zweite: ein großer, milliardenschwerer Pharmakonzern mit Hunderten von Wissenschaftlern und massenweise Chemie. – Keine Sorge: An Impfstoffen gegen das Coronavirus arbeitet schon China, unser großer Medikamentenlieferant, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Und Israel!)

– Auch Israel.

Was wissen wir bereits über dieses Virus? Erstmals wurde das Coronavirus nach Angaben des Robert Koch-Instituts Mitte der Sechzigerjahre identifiziert. Lothar Wieler, der Präsident des Robert Koch-Instituts, deutete darauf hin, dass die neue Lungenerkrankung Covid-19 in China ähnlich wie eine schwere Grippewelle verläuft. Warum gibt es dann erst jetzt eine so große Panik in unserem Bundesland?

Die Landesregierung wusste schon seit Längerem von der möglichen Ansteckungsgefahr und hat nichts dagegen unternommen, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So ist es! So ist es!)

Für unseren Ministerpräsidenten, Herrn Kretschmann, ist das Wichtigste in der ganzen Pandemie, die Infizierten ja nicht zu diskriminieren.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Man muss diskriminieren!)

Ich wüsste nicht, wer auf solche Ideen kommt.

Seien wir ehrlich: Die Landesregierung hat unsere Bevölkerung nicht darauf vorbereitet, obwohl immer versichert wurde, dass es so gewesen sei. Baden-Württemberg sei für mögliche Coronavirus-Infektionen gut gewappnet, hieß es – vielleicht, weil sich die Landesregierung aus Angst, das Falsche zu tun, letztlich dazu entschieden hat, fast gar nichts zu tun,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Gar nichts!)

nur zu sitzen, abzuwarten und zu beobachten, was passiert.

Bereits Anfang Februar sagte Frau Krebs von den Grünen – ich zitiere –:

Die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg können sich auf ein starkes Gesundheitssystem verlassen. Gute Versorgungs- und Behandlungsmöglichkeiten sind vorhanden.

(Staatssekretärin Bärbl Mielich: Sehr richtig!)

Im Ernst: Wie erklären Sie dann folgende Aussage? Schutzmasken gegen das Coronavirus gehen den Praxisärzten im Südwesten aus. Die Zwischenrufe eines Arztes heute Morgen hier im Parlament bestätigen dies.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Hat er überhaupt noch Patienten? Lächerlich!)

(Bernd Gögel)

Er wird darüber sicher in seiner zweiminütigen Einlassung noch genügend zu erzählen haben.

Jetzt frage ich Sie, liebe Grüne: Ist das eine gute Vorsorge?

Werner Baumgärtner, Vorsitzender des MEDIVERBUNDS, sagte am Montag – ich zitiere –:

Schutzkleidung ist rar, und wir verfügen nur noch für wenige Tage über Schutzmaterial für die Abstriche. ... Diese Woche ist Ende Gelände!

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Praxen werden deswegen schon geschlossen!)

In Heinsberg wurde der Ärztenotstand ausgerufen. Wir werden sehen, wie sich das in Baden-Württemberg noch entwickelt.

Aber keine Panik, liebe Kollegen Abgeordnete, keine Panik! Das Land Baden-Württemberg hat doch einen fast 80-seitigen Pandemieplan mit Leitlinien.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Abg. Klaus Dürr AfD: Und Christoph Sonntag!)

Das ist typisch deutsch

(Abg. Carola Wolle AfD: Papier ist geduldig! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Keine Ahnung! Sie wissen doch gar nicht, wofür das gut ist!)

und löst die Probleme mit Sicherheit nicht.

Der Plan geht von einer erheblichen Zunahme der Belastung der medizinischen Versorgungssysteme aus. So viel mal zu „keine Ahnung“. Die Gemeinden sollten bestehende Sozialstrukturen verstärken, um durch häusliche Pflege die Kliniken zu entlasten, meine Damen und Herren. Dazu ist eine Rekrutierung von Pflegekräften aus der zweiten Reihe erlaubt. Lehrfilme sollen die Pflegekräfte schulen. Jetzt werden auch Ärzte aus dem Ruhestand geholt, um in 84 Notfallpraxen für Behandlungsfälle gewappnet zu sein. Und das Ganze, obwohl doch bis vor wenigen Tagen nur mit einem geringen Anstieg der Zahl der Fälle gerechnet wurde.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Einzelfälle, sagte Lucha!)

– Einzelfälle.

Die AfD fordert Daseinsvorsorge für die Bürger in unserem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Der deutsche Staat muss die Daseinsvorsorge im Gesundheitssystem allen Bürgern gegenüber vertreten und garantieren. Das ist unser Recht, das ist eines unserer Grundrechte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Jawohl!)

Sie sind dazu verpflichtet, dies zu gewährleisten.

Es ist schön, zu hören, Herr Minister Lucha, dass Sie sich heute in Berlin endlich auf den neuesten Sachstand bringen lassen wollen

(Beifall des Abg. Klaus Dürr AfD)

und sich gemeinsam mit Herrn Spahn auf die Suche nach Reserampen von Schutzkleidung machen.

(Heiterkeit der Abg. Carola Wolle AfD – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Auch den Apothekern soll unter Umständen das Recht eingeräumt werden, Desinfektionsmittel herzustellen.

Meine Damen und Herren von der Regierung, Sie behandeln die Symptome auf niederstem Niveau. Das eigentliche Problem, dass unsere Pharmaindustrie nicht in der Lage ist, die dringend erforderlichen Wirkstoffe für Medikamente zu produzieren, ist eine Bankrotterklärung für unser Land und die ehemalige Apotheke dieser Welt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Eine solche Pandemie zeigt uns doch, dass die Landesregierung nicht in der Lage ist, die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung zu sichern,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

weil wir die Produktion von Wirkstoffen völlig aus der Hand gegeben haben in Billiglohnländer wie China.

Doch was für Lehren ziehen wir daraus, meine Damen und Herren? Die AfD fordert ganz klar die Eigenproduktion von wichtigen und notwendigen Wirkstoffen für Medikamente.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Diese muss zukünftig wieder nach Deutschland zurückgeholt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dazu haben wir bereits einen Antrag eingebracht, und wenn ich meine Vorredner gut verstanden habe, dann werden Sie diesem Antrag zustimmen müssen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Carola Wolle AfD: Das werden wir nicht erleben!)

Da bin ich mal gespannt auf die Auseinandersetzungen hier im Parlament und im Ausschuss zu diesem Thema.

Übrigens: Diese Debatte verdanken wir höchstwahrscheinlich auch einem Antrag der AfD.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Lächerlich!)

Am Freitag haben wir einen Antrag auf eine solche Debatte an das Präsidium gestellt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Träumen Sie weiter! – Abg. Reinhold Gall SPD: Liebe Leut'!)

(Bernd Gögel)

Siehe da, hokuspokus: Am Montagmorgen wurde die Tagesordnung für heute geändert, um diesen Antrag nicht behandeln zu müssen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Träumen Sie weiter! – Zuruf von der AfD: Die AfD wirkt! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Es ist wirklich schön: AfD wirkt.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

Wir hoffen, dass bei dieser Landesregierung Einsicht einkehrt und dass tatsächlich nicht nur Stuhlkreise gebildet werden, sondern ernsthafte Maßnahmen für die Bürger dieses Landes ergriffen werden.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Bravo! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ein Glück ist es vorbei!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 30. Januar hat die Weltgesundheitsorganisation den internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen. In der Plenarsitzung am 5. Februar hatten wir eine Aktuelle Debatte, beantragt von der Fraktion GRÜNE, mit dem Titel „Besonnen und entschlossen handeln – Baden-Württemberg ist für mögliche Coronavirus-Infektionen gut gewappnet“.

Zu dieser Zeit, am 5. Februar, hat das Robert Koch-Institut die Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung noch als „gering“ eingeschätzt. Minister Lucha hat schon damals gesagt: „Aber die Entwicklung ist dynamisch. Wir wissen nicht, wie sich die Entwicklung verhält.“

Lieber Herr Kollege Gögel, ich habe einmal nachgeschaut: Die Kollegin Baum hat diese Dinge, die wir heute diskutiert haben, vor vier Wochen auch noch nicht gewusst.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Das ist auch nicht ihre Aufgabe!)

Sie müssten noch einmal lesen, was die Kollegin dazu gesagt hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Ich glaube, wir tun gut daran, auf die Wissenschaft zu vertrauen. Das Robert Koch-Institut geht hiermit sehr konzentriert um. Es hat jetzt die Bewertung „mäßig“ vorgenommen. Für die Politik bedeutet das, entsprechend zu reagieren. Ich glaube, diejenigen, die schon immer alles am besten wussten, sollten auch auf die Wissenschaftler hören, wie wir das hier an dieser Stelle tun, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Herr Minister Lucha, die von Ihnen vorgetragene Aktivitäten sind zweifelsohne alle zu unterstützen. Es ist jetzt, glaube ich, wichtig, dass alle medizinischen Kräfte und die Behörden, die Landesärztekammer, die Kassenärztliche Vereinigung Rückendeckung brauchen, damit vor allem die besonders gefährdeten Menschen geschützt werden. Auch vonseiten der FDP/DVP-Landtagsfraktion herzlichen Dank für diese wichtige und für diese schwierige Aufgabe für die Menschen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wichtig ist natürlich auch die eigene, persönliche Vorsorge. Vorbildliche Beispiele sollten Schule machen.

Apropos Schulen: Auch hier besteht natürlich Handlungsbedarf in Sachen Hygiene. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion hat 2017 einen Antrag zu dem Thema „Hygiene in Schulen“ gestellt. In der Stellungnahme heißt es an einer Stelle:

Nach Berichten der Gesundheitsämter sind die Schultouilletten in der Regel mit Toilettenpapier, Seife und Papierhandtüchern ausgestattet.

Mit dieser Aussage sollten wir uns wirklich nicht zufriedengeben, sondern auch in den Schulen die Hygienestandards schnell und zügig verbessern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es geht jetzt darum, die Menschen zu schützen und dann im Grunde genommen Sofortmaßnahmen einzuleiten. Danach sollten wir beurteilen, welche Themen wir wie bewerten müssen und wo Dinge, die hier teilweise auch schon angesprochen wurden, nicht gut gelaufen sind. Ich glaube, es ist wichtig, das in Ruhe aufzuarbeiten.

Währenddessen unternehmen die Stadt- und Landkreise viele Aktivitäten. Sie schaffen ihre eigenen Strukturen. Diese sind allerdings auch sehr, sehr unterschiedlich. In Stuttgart hat das Klinikum eine zentrale Anlaufstelle geschaffen. In Esslingen wird tagsüber ein Auto die Patienten abfahren, damit sie nicht erst in die Arztpraxen gehen müssen. In der Ortenau hat man eine Notfalldienstmitarbeiterin in die Leitstelle abgeordnet; das Gesundheitsamt übernimmt die zentrale Steuerung.

Die Stadt- und Landkreise sind hier wirklich ausdrücklich zu loben, weil sie hier sehr schnell aktiv werden und auch zeigen, dass sie diese Problematik sehr konzentriert aufgreifen.

Allerdings ist es keine zentral organisierte Struktur, und wir haben Beispiele, dass hier erhebliche organisatorische Schwierigkeiten bestehen. Insofern ist es wichtig, seitens des Landes Regelungen herauszugeben, dass wir mehr Struktur hineinbekommen. Im Moment bewegt die Menschen, wie wir mit Veranstaltungen umgehen. Herr Minister, beispielsweise haben wir in den Hochschulen große Vorlesungen. Ich glaube, das wäre es gut, Empfehlungen zu bekommen, weil es eine große Unsicherheit gibt, wie man diese Veranstaltungen durchführt. Ich denke, es wäre hilfreich, hier seitens des Landes Empfehlungen zu geben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Jochen Haußmann)

Die eigentliche Arbeit und Koordination leisten die Krankenhäuser und die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte zusammen mit den Gesundheitsämtern vor Ort. Da bewähren sich auch die Strukturen, die die Kassenärztliche Vereinigung zusammen mit den Krankenhäusern und im Notfalldienst geschaffen haben. Aber nach Auskunft der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte in den Landkreisen ist die Arbeit derzeit durch den ohnehin stark ausgelasteten ärztlichen Notdienst kaum mehr leistbar.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So ist es!)

Zudem besteht ein erheblicher Mangel an Atemmasken und Schutzkleidung.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So ist es!)

Wir wollen es nicht dramatisieren, aber in Baden-Württemberg gibt es Stand heute 44 Fälle. Wir wissen: Wenn die Zahl steigt, ist es notwendig, uns für künftige Fälle besser zu rüsten. Ich glaube, das haben wir alle erkannt.

Abhilfe können zwei Dinge schaffen. Erstens: ein flächendeckender ganztägiger Hausbesuchsdienst, der zu den Risikopatientinnen und -patienten nach Hause kommt. Denn mit dieser Maßnahme und mit einer gezielten Patienteninformation kann man vorbeugen, dass Patientinnen und Patienten mit Symptomen der Covid-19-Erkrankung Arztpraxen und Krankenhäuser oder Bereitschaftspraxen direkt aufsuchen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Dann müssen Sie sie testen, Herr Kollege!)

Zweitens – Herr Minister Lucha, Sie haben es angesprochen –: separate Bereiche bei den 84 Notfalldiensten, also Anlaufzentren, die beispielsweise in Stuttgart schon eingerichtet wurden.

Aber hier braucht unser Gesundheitswesen natürlich Unterstützung, und zwar auch finanzieller Art. Denn wir wissen, wie sich die finanzielle Situation der Notfalldienste darstellt. Hier ist es wichtig, dass wir den Krankenhäusern schnell und unbürokratisch die entsprechende finanzielle Ausstattung gewähren und nicht erst im Zuge langwieriger Verhandlungen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, das ist an dieser Stelle auch wichtig.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Haußmann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Nein, vielen Dank. Sonst komme ich mit meinem Redebeitrag hier nicht durch.

Ich will noch zwei Hinweise geben, die wir, die FDP/DVP-Fraktion, in der Aktuellen Debatte am 5. Februar angesprochen hatten.

Das eine ist die personelle Situation des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Herr Lucha, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie in Ihrer Rede damals angesprochen hatten, dass wir einen Ärztemangel im öffentlichen Gesundheitsdienst, einen Mangel an ärztlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben und diese aktuelle Situation für den öffentlichen Gesundheitsdienst nutzen sollten, um ihn hier deutlich zu stärken.

Zweitens geht es um ein Thema, das ich angesprochen hatte und das wir in der letzten Sitzung des Sozialausschusses durch einen Antrag der FDP/DVP noch einmal thematisiert hatten. Das ist die Situation, die im Zuge der Pflegepersonaluntergrenzen seit 2019 für unsere Kliniken besteht.

In der letzten Woche hat die Regionale Klinik Holding in Ludwigsburg Minister Spahn angeschrieben aus großer Sorge um die künftige Sicherheit der klinischen Notfallversorgung. Denn ein Personalmix und innovative Personalkonzepte sind mit dieser Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung nicht möglich, da im Rahmen der Pflegepersonaluntergrenzen fast nur examinierte Pflegekräfte angerechnet werden. Der Einsatz von anders qualifiziertem Personal in der Pflege, z. B. Pflegehelfer, Stationssekretärinnen oder -assistenten, ist zwar möglich, wird aber nicht angerechnet und führt deswegen auch zu Strafzahlungen für die Kliniken. Die Folge ist eine stark verminderte Flexibilität im Personaleinsatz der Kliniken. Hier ist ein schnelles Umdenken der Politik gefordert.

Herr Minister Lucha, Sie gehen ja nachher zu Herrn Spahn. Nehmen Sie bitte auch diese Thematik mit. Denn unsere Krankenhäuser, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Kliniken sind engagiert, um auch diese Coronavirus-Erkrankungen zu behandeln. Aber dann brauchen sie auch die finanziellen Ausstattungen, und sie dürfen nicht durch bürokratische Strukturen gehemmt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Letztes Stichwort: Das Coronavirus ist zuerst eine Gefahr für die Gesundheit. Es gibt keinen Grund zur Panik, aber einen Grund zur politischen Entscheidung. Es geht aber natürlich auch um die Arbeitsplätze und die Stabilität unserer Wirtschaft. Dies betrifft den Bund, es betrifft aber auch das Land. Wir, die FDP/DVP-Landtagsfraktion, sehen den Bedarf für ein Akutprogramm, um auch ein Signal der Handlungsfähigkeit zu senden.

Wenn ich die Regelungen zur Kurzarbeit sehe und mich erinnere, wie das vor über zehn Jahren während der Wirtschaftskrise war, dann können wir hier schnell und entschlossen handeln. Insofern ist es wichtig, dass wir den Betrieben zeigen, dass wir beispielsweise – es gibt noch andere Themen – im Bereich der Kurzarbeit schnell und flexibel reagieren, um sie zu unterstützen.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Eine Pandemie rast um die Welt und erreicht Deutschland – und die Behörden lassen die Ärzteschaft im Stich. Praxen müssen schließen, weil nötige Ausrüstungsgegenstände wie Desinfektionsmittel zur Neige gehen. Schutzkleidung ist überhaupt nicht vorhanden, denn diese Landesregierung – ehemals Grün-Rot – hat die im Jahr 2012 im Hin-

(Dr. Heinrich Fiechtner)

blick auf die Schweinegrippe erworbenen Schutzanzüge wegen Nichtbrauchens einfach verhökert.

Am 27. Februar verkündete Herr Spahn, Bankkaufmann, siegessicher mittels Tweet der Öffentlichkeit, dass sich das Bundesgesundheitsministerium jetzt angesichts der Pandemie, die da ja schon zwei Monate bekannt war – denn am 31. Dezember 2019 hat China die WHO bereits informiert; zwei Monate waren ins Land gegangen –, aufmacht, Schutzkleidung und Ähnliches zu organisieren und gegebenenfalls die Produktionskapazitäten auszuweiten.

Für mich ist das Ausdruck eines eklatanten Staatsversagens.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Ich habe überhaupt keine Barmherzigkeit mehr für so etwas. Für dieses Handeln habe ich nur noch schiere Verachtung. Die Regierung ist dafür verantwortlich, gerade in diesen elementaren Fragen Grundstrukturen für die Versorgung des Volkes aufrechtzuerhalten. Wozu erhalten Sie denn sonst unsere Steuergelder, Herr Ministerpräsident?

(Beifall bei der AfD)

Es gibt Planspiele. Eine Drucksache im Deutschen Bundestag aus dem Jahr 2012: Wie geht man mit einer Modi-SARS-Pandemie um? Was ist denn aus den Planspielen geworden? Nichts! Rufen Sie in den Gesundheitsämtern an – ich habe das gemacht –, rufen Sie in den Landratsämtern an – ich habe es gemacht –: Kaum einer weiß Bescheid. Kaum einer weiß, welche Ärzte überhaupt behandeln. Und die Ärzte werden, wenn sie einen Coronavirus-Verdächtigen behandeln, dann ja selbst plötzlich verdächtigt, sie seien möglicherweise infiziert. Sie müssen selbst in Quarantäne gehen mit der Folge, dass die Praxis zu ist. Die Praxen werden geschlossen. Wie soll man dieser Sache überhaupt Herr werden?

Dass die Menschen dann in Sorge kommen oder vielleicht sogar in Panik ausbrechen, kann ich gut verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Ihre Redezeit ist zu Ende. Ein letzter kurzer Satz, sonst muss ich Ihnen das Wort entziehen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Es ist ja nicht die erste Pandemie, die wir haben. Wir hatten die Schweinegrippe, wir hatten die Vogelgrippe, wir hatten das SARS-Virus, wir hatten alles Mögliche. Wir hatten Planspiele. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie nicht nur Sprüche klopft, dass sie nicht immer wieder sagt: „Auf die Zukunft hin.“ Sie hat bewiesen, hier im konkreten Fall hat der Sozialarbeiter Lucha bewiesen, dass er versagt hat; er hat nichts gemacht. Ich erwarte als Allererstes, dass er zurücktritt und durch eine kompetente Person ersetzt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Ihre Redezeit ist zu Ende. Vielen Dank.

Nun erteile ich Herrn Abg. Dr. Gedeon das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist erstaunlich, in welcher kurzen Zeit der Wirtschaftsgigant China in die Knie gegangen ist; so hieß es im deutschen Fernsehen. Danach äußerte ein Sprecher der deutschen Exportindustrie, es sei noch nicht klar, ob es nur ein blaues Auge werde oder ein Knock-out.

Meine Damen und Herren, das Coronavirus hat in zwei Monaten geschafft, was die Amerikaner mit ihren Handelszöllen, mit ihrem Handelskrieg in fünf Jahren nicht geschafft hätten.

Wer ist weiter betroffen? Die USA selbst: überhaupt nicht. Israel: nein. Saudi-Arabien: kaum. Aber wer ist noch stark betroffen? Der Iran, ganz gezielt der Iran ist stark betroffen. Also: China, Deutschland und der Iran. Der liebe Gott, meine Damen und Herren, scheint geopolitisch ein Amerikaner zu sein.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Oder könnte es sein, dass ihm jemand ins Handwerk gepfuscht hat?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE schüttelt den Kopf.)

Könnte es sein, dass hier jemand dem Schicksal nachgeholfen hat?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie haben es entdeckt! Sie haben es gefunden!)

Meine Damen und Herren, außerhalb des Wirkungsbereichs der westlichen Relotius-Medien glauben das sehr viele Menschen.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Ich glaube, in Andorra gibt es auch viele Fälle!)

Es steht immerhin fest bzw. es gibt ganz ernst zu nehmende wissenschaftliche Hinweise, dass dieses Virus nicht in der Natur, sondern in Laboratorien entstanden ist.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wahrscheinlich haben es die Weisen von Zion gezüchtet!)

Meine Damen und Herren, wenn man sich solche Gedanken macht, ist man dann ein Verschwörungstheoretiker, oder sind nicht diejenigen, die von vornherein einen Biowaffenangriff ausschließen, diejenigen, die an den Weihnachtsmann glauben?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Mein Lieblingsphilosoph Heraklit hat schon vor 2 500 Jahren gesagt:

Die Wahrheit schützt sich vor allem durch ihre Unglaublichkeit vor dem Erkenntwerden.

Meine Damen und Herren, denken Sie darüber nach!

Noch ein praktisches Wort. Seehofer wurde gefragt: „Was geschieht jetzt mit der ganzen Migration?“ Da sagte er: „Ja, da können wir nichts machen. Jeden Monat mindestens 10 000, das müssen wir weitermachen.“ Ich sage Ihnen: Wer ange-

(Dr. Wolfgang Gedeon)

sichts einer drohenden Pandemie diese Zuwanderungspolitik weiterführt,

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Jetzt sind wir wieder beim Punkt!)

ist nicht nur fahrlässig, sondern macht sich eines politischen Verbrechens schuldig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Jetzt Einwanderungsstopp! Wann, wenn nicht jetzt? Asylstopp!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Stempel, Faxgerät und Personal Computer – sieht so eine moderne Verwaltung als Rückgrat des smarten Ländles aus? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Digitalisierung umfasst alle Lebensbereiche. Man merkt es auch hier im Landtag. Bei manchem Vorredner gewinnt man den Eindruck, da sei ein Algorithmus am Werk.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

In der öffentlichen Verwaltung ist die Digitalisierung allerdings bei Weitem eher eine Chance als in dem Zusammenhang, den wir gerade eben gesehen haben. Das Thema E-Government ist natürlich eine erhebliche Chance für die Vereinfachung von Arbeitsprozessen – zum einen für die öffentliche Verwaltung selbst, zum anderen auch für die Bürger und für die Unternehmen.

Deshalb ist es notwendig, stärker als bisher künstliche Intelligenz und tatsächliche Algorithmen für Routineaufgaben und Arbeiterleichterungen heranzuziehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber wie ist der aktuelle Stand im Land Baden-Württemberg? Er ist in dieser Hinsicht nicht befriedigend. Baden-Württemberg ist unter den Flächenländern unterdurchschnittlich – Viertletzter – beim elektronischen Behördenkontakt. Nur 7 %

der Kommunen im Land bieten die Verwaltungsdienstleistung Gewerbeanmeldung online an. Das ist deutlich zu wenig. Wenn wir auf die internationale Konkurrenz schauen – ich will gar nicht von Ländern wie Estland reden, sondern nur mal auf den internationalen Durchschnitt schauen –, sind wir da deutlich hinterher, und das ist ein erheblicher Standortnachteil.

(Beifall des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig!)

In diesem Bereich hat Baden-Württemberg sogar den niedrigsten Wert eines Flächenlands in der Bundesrepublik Deutschland.

Das kann man nicht auf die Kommunen abschieben, sondern da ist die Notwendigkeit gegeben, dass die Landesregierung den Kommunen unterstützend zur Seite tritt und auch die Tatsache ernst nimmt, dass die Kommunen Teil dieses Landes Baden-Württemberg sind.

Bei den Onlinegewerbebeanmeldungen zeigt sich, dass der Stand der Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs als möglichst wirtschaftsfreundlicher Standort nicht befriedigend ist und wir deutlich aufholen müssen, um künftig unsere Wettbewerbsfähigkeit zu bewahren. Denn wir sehen, welche Schwierigkeiten wir aktuell im Bereich des Maschinenbaus und im Bereich des Fahrzeugbaus und der Zulieferindustrie haben. Wir müssen daher sehen, dass wir den Strukturwandel gestalten. Da ist es elementar notwendig, die Möglichkeiten der Digitalisierung auch in diesem Bereich zu nutzen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist natürlich notwendig, die Breitbandversorgung so zu gestalten, dass diese auch im Verhältnis und in der Verbindung zwischen Ämtern und Haushalten sichergestellt ist. Das ist die Voraussetzung für die Digitalisierung der Verwaltung.

Nach den letzten vorliegenden Zahlen sind nur 2 % der Haushalte in Baden-Württemberg so mit Glasfaser versorgt, dass die Verbindung zwischen Ämtern und Haushalten möglich ist. Im Bund liegt die Quote bei 10 %; auch da sind wir deutlich hinterher.

Was wir nebenher brauchen, ist eine zukunftsorientierte Aus- und Weiterbildung in der öffentlichen Verwaltung. Auch da ist es notwendig, dass das Land unterstützende Hilfestellung leistet.

Wir brauchen ein digitales Bürgerkonto nach dem Once-Only-Prinzip. Es muss möglich sein, dass der Bürger z. B. die Geburtsurkunde oder den Führerschein nur einmal digital vorlegt und die öffentliche Verwaltung immer wieder darauf zurückgreifen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP)

In diesem Zusammenhang braucht das Land Baden-Württemberg eine Open-Data-Strategie. Meine Fraktion hat in einer Großen Anfrage vom März 2019 danach gefragt und vom zuständigen Minister die Antwort erhalten, man arbeite daran. Der Ministerpräsident war ja dann im Herbst jenes Jahres in Skandinavien und hat sich das dort angeschaut. Er war offensichtlich beeindruckt und hat dann erklärt, so etwas brauchten wir auch – wahrscheinlich in Unkenntnis der Tatsache,

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

dass sein Minister das vor einem halben Jahr schon angekündigt hat; wahrscheinlich hat er ihm das auch nicht zugetraut.

Die Frage ist also: Was ist jetzt erreicht? Darauf hätten wir gern Antworten. Es ist notwendig, dass das Digitalisierungsministerium da mehr leistet und mehr Antworten gibt.

Die Spitzenkandidatin der CDU hat sich zu Recht hinter unsere Forderung gestellt, wir brauchen ein eigenständiges Digitalisierungsministerium. Das brauchen wir, und zwar mit umfassenden Zuständigkeiten, mit einem Durchgriffsrecht und auch mit einer kompetenten Besetzung. Das ist die Aufgabe spätestens nach der nächsten Landtagswahl.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Lede Abal.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren! Wenn ausländische Fachkräfte per Visum nach Deutschland einreisen und ihre erste Arbeitsstelle annehmen, machen sie zunächst einmal eine kleine Tour durch den deutschen Verwaltungsapparat. Erst einmal geht es zum Einwohnermeldeamt; denn ohne behördliche Meldung geht gar nichts; nicht einmal Steuern dürfen sie zahlen. Anschließend geht es vor dem ersten Arbeitstag zur Ausländerbehörde; denn ohne Termin zur persönlichen Vorsprache gibt es keine Aufenthaltserlaubnis, und ohne diese darf man bekanntermaßen nicht arbeiten.

Vielleicht mutet das aus Sicht der ausländischen Fachkraft seltsam an, aber wir hören auch viel Lob über die Effizienz und Integrität unserer Verwaltung. Sosehr wir uns manchmal über augenscheinlich formalistische Vorgehensweisen mokieren: Wir haben in Deutschland und in Baden-Württemberg eine sehr gut funktionierende Verwaltung und nach Ansicht der OECD auch eine der leistungsstärksten der Welt.

Sehr häufig folgen formale Anforderungen einfach nur dem Prinzip, dass vor dem Gesetz alle gleich sind. Das, was der eingewanderte IT-Spezialist kennt, der Deutschland vor allem aus dem Innenleben seines bisherigen Unternehmens kannte, ist eine absolut zuverlässige Verwaltung; aber man hört oft mit verblüffender Ernsthaftigkeit auch die Frage: Ist der Termin bei der Ausländerbehörde auch per Videokonferenz möglich?

In der Welt vieler Unternehmen sind E-Mails eher schon Schnee von gestern. Internationale Teams kommunizieren per Videokonferenz über Zeitzonen hinweg. Werkzeuge digitaler Zusammenarbeit sind für sie selbstverständlich. Damit ist eine zwingende Präsenz ein Anachronismus. Das sehen wir gerade auch in diesen Tagen, wenn globale Konzerne aus gesundheitlichen Erwägungen – wir haben die Debatte gerade geführt – auf Homeoffice und Videokonferenzen statt auf Dienstreisen setzen.

Die Menschen treten also mit einer anderen Erwartungshaltung als früher an unsere Verwaltung heran. Sie erwarten, dass die Verwaltung mit neuen Technologien Schritt hält. Denn diese sind ein Garant für Flexibilität und Mobilität, Eigenschaften, die von den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land in der Arbeitswelt ebenfalls erwartet werden. Der Anspruch,

dass Baden-Württembergs Verwaltung vorn mit dabei ist, wenn es um flexible digitale Verfahren geht, ist also völlig richtig.

In den Jahren von 2017 bis 2021 haben wir dafür im Etat des Innenministeriums rund 2 Milliarden € veranschlagt. Selbstverständlich ist Baden-Württemberg mit seiner Verwaltung im Jahr 2020 angekommen. Hierzu nur einmal die Highlights:

Im BITBW-Gesetz haben wir bereits 2015 festgelegt, dass die Verwaltungs-IT aus einer Hand beschafft und organisiert werden kann. Jetzt schauen wir, wo es Nachbesserungsbedarf gibt. Aus unserer Sicht stimmt die Richtung, und wir sind hierbei auch viel weiter als viele andere Landesverwaltungen.

Noch in der vorherigen Legislaturperiode haben wir das E-Government-Gesetz auf den Weg gebracht, und in diesem wurde der Grundstein für die digitale Verwaltung gelegt. Beispielsweise wurden alle Landesbehörden verpflichtet, einen Zugang für die elektronische Kommunikation zu schaffen, und in einem weiteren Schritt wurden vor wenigen Wochen unter Federführung des Digitalisierungsministeriums 1 400 Regelungen des Landesrechts in allen Ressorts daraufhin überprüft, ob bei Verwaltungsverfahren die Schriftform erforderlich ist, ob Bürgerinnen und Bürger tatsächlich persönlich erscheinen müssen. Dort, wo es möglich war, haben wir entstaubt. Das Projekt zeigt aber auch – wir haben uns vor wenigen Wochen darüber unterhalten –: Entbürokratisierung ist mühsame Kleinstarbeit. Eine Landesverwaltung ist nicht einfach von heute auf morgen umzukrempeln.

Im Moment ist die elektronische Rechnungsstellung auf dem Weg, und noch in diesem Jahr soll sie etabliert werden. Dies ist nur ein weiteres Rädchen im großen Ganzen, aber so führen wir Schritt für Schritt zeitgemäße Verfahren ein. Alle diese Vorhaben – die Abschaffung schriftlicher Formerfordernisse, die Einführung der elektronischen Rechnungsstellung – klingen recht technokratisch und sind unspektakulär. Aber es bedeutet eine deutliche Erleichterung für die Menschen hier im Land, dass eine persönliche Vorsprache bei Behörden dort nicht mehr nötig ist, wo Verfahren per E-Mail erledigt werden können.

Die Digitalisierung der Verwaltung bedeutet aber nicht, auch wenn die FDP/DVP dies mit dem Titel dieser Debatte gern nahelegt, dass das Faxgerät durch E-Mails ersetzt und die elektronische Unterschrift erlaubt wird. Digitalisierung der Verwaltung heißt nämlich auch, dass Tausende Vorschriften akribisch durchkämmt, rechtliche Sachverhalte geklärt und neue Verfahren entwickelt werden müssen.

Wir, die Fraktion GRÜNE, wollen eine moderne Verwaltung, eine digitalisierte Verwaltung. Daher hat die Landesregierung auch im Rahmen der Digitalisierungsstrategie schon vor knapp zwei Jahren die Digitalakademie auf den Weg gebracht. Die entscheidenden Akteure – etwa die Führungsakademie, die kommunalen Landesverbände, auch das Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation – sind involviert. Diese sollen digitale Kompetenzen und Lösungen in die Verwaltungen bringen, damit, wie Herr Rülke es angesprochen hat, auch die Gewerbeanmeldung flächendeckend digital erfolgen kann. Auf dem Serviceportal des Landes ist sie übrigens verlinkt. Das Land hat da seine Hausaufgaben also durchaus gemacht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Daniel Andreas Lede Abal)

In diesem Zug sollen Multiplikatoren – die sogenannten kommunalen Digitallotsen – ausgebildet werden. Diese sollen in Städten und Gemeinden eingesetzt werden und in den dortigen Verwaltungen wirken. Die kommunalen Verbände haben die Aufgabe, dies vor Ort umzusetzen. Das ist aus unserer Sicht der richtige Ansatz; denn es geht dabei auch um die Kultur einer Verwaltung. Es geht um die Menschen, die in den Behörden und Ämtern arbeiten, um die Menschen hier im Land, die auf eine effiziente und zuverlässige Verwaltung angewiesen sind.

Man sieht also: Wir sind auf dem richtigen Weg. Dem Digitalisierungsministerium wird die Arbeit so schnell nicht ausgehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Deuschle das Wort.

Abg. Andreas Deuschle CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Stempel, Faxgerät und Personal Computer“: Über dieses Thema möchte die FDP/DVP im Rahmen der heutigen Aktuellen Debatte sprechen. Wir tun das auch.

Ich möchte meine Ausführungen allerdings nicht beginnen, ohne zunächst den fleißigen und motivierten Angestellten, den Richterinnen und Richtern, den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, der Beamtenschaft in unserem Land einen Dank auszusprechen. Sie alle sind das Rückgrat unseres Staates und füllen ihn mit Leben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, in einem sind wir uns, glaube ich, alle einig: Digitalisierung kann den Menschen nicht ersetzen. Auch eine leistungsfähige digitale Verwaltung braucht tatkräftige Männer und Frauen, und wir sind stolz, dass wir sie in Baden-Württemberg auch haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt kommt die FDP/DVP als Bedenkenträger.

(Lachen des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Sie hat Bedenken, ob unsere Verwaltung im Land das Rückgrat mitbringt, um modern, digital und smart daherkommen. Liebe FDP/DVP, die Bedenken können Sie haben. Das ist Ihr Job in der Opposition. Unser Job in dieser Koalition ist es, nicht nur die Digitalisierung der Verwaltung zu beschwören, sondern hier auch etwas zu bewegen. Und das tun wir.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Ich weiß, Ihnen geht das alles noch zu langsam, ist das alles noch zu wenig, zu schlecht. Wie könnte es auch anders sein?

Sehr geehrter Herr Dr. Rülke, es wäre gut, wenn Sie hier nicht nur Ihre Bedenken und Ihre Kritik, sondern auch ein Stück Realismus in die Debatte einbringen würden. Nach fast genau vier Jahren ist das Schema Ihrer Strategie hier im Landtag

nämlich klar zu erkennen: Anstatt die Fortschritte anzuerkennen, reden Sie den Menschen im Land ermüdend ein: „Herr Strobl kann dies nicht, Herr Strobl kann das nicht, wählt bitte beim nächsten Mal wieder die FDP.“ Heute steht ausnahmsweise nicht der Innenminister, sondern der Digitalisierungsminister in Ihrer Kritik. Aus Ihrer Sicht sind wir da ja schon fast im Bereich der Kreativität angelangt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nur fast! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Reden wir über Digitalisierung; das können wir machen. Wenn ich jetzt behaupte: „Wir in Baden-Württemberg stehen gut da“, glauben Sie mir das ohnehin nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein!)

Ich greife jetzt auf den gleichen Trick zurück wie Sie: Ich zitiere nämlich eine Studie. So hat „eco – Verband der Internetwirtschaft“ im vergangenen Sommer Baden-Württemberg zum „Digital Hero“ gekürt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Oh!)

Baden-Württemberg ist im Bundesländervergleich auf Platz 2 gelandet, was die Strategien für eine digitale Standortpolitik angeht, die, so der Verband, die Chancen der Digitalisierung für Kommunen und Städte optimal nutzt.

(Zuruf: Hört, hört! – Abg. Stefan Räßle AfD: Schauen Sie mal nach Estland!)

– Und das von der AfD. Sie schauen doch eigentlich am liebsten nach Deutschland und nicht nach Estland. Aber okay, ein bemerkenswerter Zwischenruf.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Für uns, die CDU, ist klar: Das A und O im Land ist der Breitbandausbau.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Gerade wenn Sie nach dem Rückgrat der Digitalisierung der Verwaltung fragen, muss ich sagen: Den digitalen Wandel gibt es nicht ohne schnelles Internet. Wir, die CDU, haben vor der Landtagswahl versprochen, in dieser Legislaturperiode insgesamt eine halbe Milliarde Euro in die Hand zu nehmen. Was haben wir gemacht? Wir haben schon im ersten Jahr, seit Thomas Strobl der dafür zuständige Minister ist, mehr Geld in den Breitbandausbau investiert als Grün-Rot in den ganzen vorangegangenen fünf Jahren zusammen:

(Beifall bei der CDU – Abg. Nicole Razavi CDU: Hört, hört!)

113 Millionen € im Jahr 2016 statt 73 Millionen € zwischen 2011 und 2016. Herr Stoch, so ist es. Ich weiß: Sie bekommen da immer Schnappatmung. Aber Zahlen lügen an dieser Stelle nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Wen sehen Sie gerade an? – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

(Andreas Deuschle)

Wir haben seither in jedem weiteren Jahr mehr als 100 Millionen € für den Ausbau der digitalen Infrastruktur ausgegeben, den größten, den es in diesem Land jemals gegeben hat.

Das Ergebnis lässt sich sehen. Wir haben 90 % der privaten Haushalte mit schnellem Internet versorgt. Das sind 17 Prozentpunkte mehr als noch im Jahr 2016. Und wir haben jetzt noch einmal nachgelegt und die eingeplante Rekordsumme für schnelles Internet bis zum Jahr 2021 auf die Rekordsumme von 1 Milliarde € verdoppelt. Das heißt, wir erfüllen unser Wahlversprechen nicht nur, wir haben es sogar übertroffen.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Deuschle, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Karrais zu?

Abg. Andreas Deuschle CDU: Ich bin mir sicher: Wenn er die Rede bis zum Ende hört, wird die Frage beantwortet sein. Falls nicht, beantworte ich sie gern am Ende.

Die FDP/DVP hat für sich beschlossen, lieber nicht zu regieren als falsch zu regieren. Diesen Gegensatz gibt es bei uns in Baden-Württemberg nicht. Wir regieren, und das ist richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Lieber falsch regieren! – Abg. Andreas Stoch SPD: Lieber schlecht regieren! – Heiterkeit der Abg. Sascha Binder und Andreas Stoch SPD)

Es ist zwar erfreulich, wenn Homeoffice in der Landesverwaltung immer öfter praktiziert wird und auch praktiziert werden kann, und die Einführung der E-Akte wird den Trend zum mobilen Arbeiten sicherlich auch weiter verstärken. Aber klar ist: Das setzt voraus, dass die Beschäftigten beim mobilen Arbeiten nicht in ein Funkloch fallen. Dass in den Kommunen das Abstimmungsverhalten, wenn es um den Ausbau von Mobilfunkmasten geht, anders ausfällt als hier im Land, dürfte bekannt sein. Zumindest hat der Co-Vorsitzende der Grünen Jugend Deniz Gedik recht, wenn er fordert, dass man in seiner Partei beim Mobilfunkausbau die Scheuklappen von gestern ablegen sollte.

Ich darf für die CDU-Fraktion sagen: Wir sind technologieoffen. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir nur mit Fortschritt und nicht mit Verboten oder mit ablehnenden Voten vor Ort den digitalen Wandel so gestalten, dass wir den Anschluss an die Weltspitze hier in Baden-Württemberg nicht verlieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Digitale Infrastruktur ist das eine, Cybersicherheit das andere. Zu Recht hat der eco-Verband im Bundesländervergleich den Ausbau der IT-Sicherheitsagentur in Baden-Württemberg hervorgehoben. Das ist die Anlaufstelle für den Mittelstand bei Cyberangriffen.

Ja, die IT-Sicherheit steht auch im Doppelhaushalt 2020/2021 für uns ganz oben auf der Agenda. 13 Millionen € zusätzlich investieren wir hier in die Cybersicherheitsagentur, die alle Behörden im Land vernetzen wird, die mit Cybersicherheit zu tun haben. Denn wir wissen: Die Digitalisierung gelingt nur, wenn die Menschen der Technik vertrauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das tun die Menschen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Laut dem Deutschland-Index der Digitalisierung 2019 macht Baden-Württemberg nicht nur bei der Transparenz der Verwaltung, sondern auch bei der E-Government-Nutzung große Fortschritte. Demnach ist in Baden-Württemberg der Anteil der Bürger, die Formulare online an die öffentliche Verwaltung übermitteln, so stark gestiegen wie in keinem anderen Bundesland. Auch der Anteil der Bürger, die elektronisch Kontakt mit Behörden haben, hat so stark zugenommen wie in den meisten anderen Bundesländern nicht.

In diesem Zusammenhang will ich nochmals auf die E-Akte als grundlegenden Baustein unserer Digitalisierungsstrategie im Land verweisen. Sie wird nicht nur die elektronische Zusammenarbeit innerhalb Baden-Württembergs verbessern, sondern auch den Kontakt zwischen den Bürgern und der Verwaltung des Landes weiter vereinfachen und modernisieren. Über 57 000 Arbeitsplätze in Polizei und Landesverwaltung werden dafür in den nächsten Jahren auf die neue landeseinheitliche E-Akte Baden-Württemberg umgestellt. Herr Dr. Rülke, Sie haben es angesprochen: Was Online-Anliegenmanagement, elektronisches Bezahlen, Präsenz in den sozialen Netzwerken oder die Verschlüsselung des Datenverkehrs zwischen Bürger und Verwaltung angeht: Bei all diesen Zukunftsthemen stehen die Kommunen in unserem Land bereits jetzt besser da als der Bundesdurchschnitt.

Aber es stimmt: Bislang werden etwa im Schnitt pro Kommune nur 0,6 von fünf untersuchten Verwaltungsleistungen online angeboten. Da müssen wir besser werden, und da werden wir auch besser.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn wir aber nach Rheinland-Pfalz schauen, Herr Gall, wo die FDP bekanntlich mit Rot und Grün regiert, dann sehen wir: Rheinland-Pfalz landet beim genannten Digitalpolitikvergleich der Bundesländer nicht nur abgeschlagen im Mittelfeld,

(Zuruf des Abg. Rainer Stickleberger SPD)

dort stehen laut Deutschland-Index auch noch weniger Verwaltungsleistungen als bei uns digital zur Verfügung, was die Auffindbarkeit und die Bereitstellung von Formularen angeht.

Weil Sie das so mantrahaft vor sich hertragen: Ein eigenes Digitalisierungsministerium gibt es in Rheinland-Pfalz auch nicht. Es gibt dort nicht einmal eine wirkliche, mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattete Anlaufstelle für Digitalisierung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sind wir für Rheinland-Pfalz zuständig? – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Es war Thomas Strobl, der den Bereich Digitalisierung in seinem Ressort erstmalig gebündelt hat. Entsprechend heißt bei uns nicht nur irgendeine Randabteilung so, sondern ein ganzes Ministerium.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das sollten Sie einmal Ihrer Spitzenkandidatin sagen!)

(Andreas Deuschle)

Das Thema BITBW ist zugegebenermaßen kein Highlight. Ich will hier auch ganz deutlich sagen: Wir scheuen da kein Urteil und keinen kritischen Blick von außen. Wir haben deshalb ganz bewusst externen Sachverstand geholt. Ja, wo Verbesserungsbedarf besteht, da wird die Landesregierung auch nachbessern.

(Zuruf von der AfD)

Deshalb, liebe Bedenkenträger der FDP/DVP, halten wir nicht nur, was Sie versprechen. Digital first, Bedenken second, machen statt nörgeln, das ist unsere Devise. Daher vielen Dank, dass Sie uns die Möglichkeit gegeben haben, heute noch einmal über das Thema Digitalisierung nicht nur in Überschriften, sondern auch inhaltlich zu sprechen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Stickelberger.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stempel, Faxgerät und PC entsprechen heute schon nicht mehr der Realität in unseren Verwaltungsbüros. Wir sind da schon weiter, als der Titel dieser Debatte vermuten lässt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Herr Dr. Rülke, ich kann Ihnen nur empfehlen, bei Gelegenheit vielleicht mal in ein Landratsamt oder in eine der 1 100 Gemeinden in Baden-Württemberg zu gehen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich habe einmal in Ihr Wahlkreisbüro geguckt!)

Da würden Sie Fortschritt pur erleben. Davon können Sie sich eine Scheibe abschneiden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Dass Sie ausgerechnet nach einem Digitalisierungsminister rufen, kann ich verstehen. Ich kann verstehen, dass Sie nach langer Phase der Enthaltensamkeit wieder einmal ein Ministeramt anstreben.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Allein der Deckungsvorschlag, auf den Sie ja sonst in den Haushaltsdebatten immer besonders großen Wert legen, hat heute gefehlt.

Das Bild, das durch den Titel dieser Aktuellen Debatte vermittelt wird, verkennt auch die Leistungen und die Anstrengungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen. Das haben diese nicht verdient, Herr Dr. Rülke.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Unbestritten ist aber natürlich, dass wir die Möglichkeiten der Digitalisierung in unserem Land noch nicht voll ausschöpfen, etwa im Vergleich zu Finnland oder Schweden; das ist schon gesagt worden. Von Estland will ich gar nicht sprechen. Da

hat man andere Startvoraussetzungen gehabt. Es wäre aber etwas billig, hier einfache Schuldzuweisungen auszusprechen. Das hilft uns auch nicht weiter.

Uns sind in diesem Zusammenhang drei Punkte wichtig, auf die ich näher eingehen will: Akzeptanz, Solidarität und Konsequenz.

Erstens zur Akzeptanz: Wenn wir von der Digitalisierung der Verwaltung sprechen, sollten wir uns klarmachen, was wir da von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung verlangen. Wenn man sich die Altersstruktur in den meisten Behörden anschaut, stellt man fest, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch zu Zeiten von Kugelschreiber und Schreibmaschine begonnen haben. Sie haben die Einführung des PCs und der Kommunikation per E-Mail im Büro erlebt. Seit ein paar Jahren bekommen sie Laptops, mit denen sie auch von zu Hause aus arbeiten können, und am Ende ihrer beruflichen Laufbahn steht möglicherweise das völlig papierlose Büro, wie wir es etwa bei den Grundbuchämtern schon weitgehend erleben.

All diese Veränderungen müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neben dem alltäglichen Geschäft – neben dem alltäglichen Geschäft! – bewältigen. Wir sollten anerkennen, dass das für die einzelnen Mitarbeiter ein riesiger Kraftakt ist. Dieser Kraftakt ist auch nicht von heute auf morgen umsetzbar.

Wenn wir möchten, dass die digitale Verwaltung wirklich funktioniert – das ist ein langer Prozess –, dann darf das nicht ausschließlich von oben verordnet werden. Es muss in der Mitarbeiterschaft akzeptiert und im besten Fall als Erleichterung angesehen werden. Die Beschäftigten müssen einen Mehrwert in diesem Prozess erleben. Dann stehen sie – so glaube ich – hinter dieser Entwicklung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Dann ist für uns ganz wichtig: Wenn im Zuge der Digitalisierung Arbeitsplätze wegfallen, dann sind umfassende Möglichkeiten der Weiterbildung und Perspektiven für die Beschäftigten gefragt.

Zweiter Punkt: Solidarität. Die Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung muss ein gemeinsames, solidarisches Ziel aller Ressorts sein. Wären sich in der Vergangenheit alle Ressorts darüber einig gewesen, dass die Neuordnung und Zentralisierung der IT dringend geboten ist, wären wir in dieser Frage möglicherweise schon weiter. Die BITBW hätte dann das zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Personal, und die einzelnen Ressorts würden weniger Widerstand leisten, wenn es darum geht, Kompetenzen der IT und das damit verbundene Personal abzugeben. Dann würden tatsächlich noch mehr Synergieeffekte geschaffen und kein Flickentepich, bei dem am Ende doch jedes einzelne Ressort seine Sonderlösung aufbaut, weil die einzelnen Fachverfahren zu viele Besonderheiten aufweisen, um sie von der BITBW betreuen zu lassen.

Wir stehen hinter der BITBW und tun nach unseren Möglichkeiten alles dafür, dass sie personell und inhaltlich gestärkt wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

(Rainer Stickelberger)

Zum dritten Punkt, zur Konsequenz: Die Modernisierung und die Digitalisierung der Verwaltung müssen Chefsache sein. Sie dürfen sich nicht in Maßnahmen erschöpfen, die viel Öffentlichkeitswirksamkeit erlangen, ohne viele Inhalte zu liefern.

Da muss ich leider feststellen, dass großen Worten häufig keine Taten folgen. Wir haben zwar seit knapp zwei Jahren eine Digitalisierungsstrategie der Landesregierung – darin ist vieles enthalten –, aber wir vermissen dabei eigentlich, dass sich unser Ministerpräsident, der ja sonst in anderen Fällen gern einmal Zukunftsthemen aus den Ressorts an sich zieht – so z. B. im Bereich der Wirtschaftspolitik – und über die einzelnen Ressorts hinweg regiert, dieses Themas annimmt.

(Beifall des Abg. Daniel Karrais FDP/DVP)

Bei der Modernisierung unserer Verwaltung erleben wir das nicht. Da zieht sich unser Ministerpräsident offensichtlich noch auf die Position zurück, dass man ja Schreibmaschinen und Kugelschreiber hat. Das genügt aus seiner Sicht vielleicht noch.

Erwartungen wurden viele geweckt, aber es sind auch viele Enttäuschungen zu verzeichnen. Das gilt für einige einzelne Projekte, aber auch für die Infrastruktur. Lassen Sie mich einige Punkte erwähnen.

Was ist eigentlich aus den Digitallotsen geworden?

(Minister Thomas Strobl: Das läuft!)

Still ruht der See. Man hört eigentlich nichts. – Es läuft, und in welche Richtung es läuft,

(Minister Thomas Strobl: Gut!)

das werden Sie uns nachher sicherlich sagen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gernot Gruber SPD)

Mit welcher Unterstützung die Digitallotsen vom Land rechnen können, darauf sind wir gespannt.

Im Rahmen der Gigabit-Allianz wurde versucht, zwischen allen Beteiligten eine Allianz herzustellen. Das ist nicht gelungen. Es wurden Workshops veranstaltet. Was ist eigentlich aus dieser Gigabit-Allianz geworden? Aus unserer Sicht: Still ruht der See.

Genauso die Taskforce Mobilfunk: Sie wurde mit viel öffentlichem Brimborium angekündigt, in der Presse zelebriert, und ein halbes Jahr später durften wir aufgrund eines Antrags von uns erfahren, dass sich die Taskforce immer noch im Aufbau befindet und im Grunde noch nichts Konkretes passiert ist.

(Abg. Claus Paal CDU: Stimmt doch nicht!)

Viel Lärm um nichts.

Die Gigabit Region Stuttgart wurde im Beisein des Ministerpräsidenten und in Ihrem Beisein, Herr Innenminister, öffentlich gefeiert, obwohl sich dann nach entsprechendem Nachfragen ergeben hat, dass die Landesregierung in diesem Pro-

jekt überhaupt keine Rolle spielt, sondern sich in die Zuschauerrolle begibt. Aber in der Presse lässt sie sich natürlich gewaltig für diese Aktion, die aus den Kommunen kommt, feiern.

Man könnte so noch weitermachen. Ich nenne etwa die Nutzung der Möglichkeiten des Personalausweises, der ja im Grunde eine elektronische Signatur im großen Stil darstellt. Da könnte man sich dranhängen und für das Land viele neue Verwaltungsleistungen digital erschließen. Aber da fehlt offensichtlich der Mut.

Meine Damen und Herren, ich möchte ausdrücklich betonen: Die SPD unterstützt die Digitalisierung und den damit einhergehenden Prozess, von dem die Bürgerinnen und Bürger profitieren müssen und bei dem wir sehr stark die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung im Blick haben müssen. Ohne die wird es nicht zu schaffen sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stickelberger – –

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Deshalb haben Sie unsere Unterstützung bei dieser großen Aufgabe – einer Aufgabe, die vielleicht zu groß ist für diese Regierungskoalition,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Eijejei!)

die sich ja schon bei weniger bedeutenden Projekten heillos zerstreitet.

Unsere Unterstützung haben Sie im Interesse des Landes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ja gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dürr.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Guter Mann!)

Abg. Klaus Dürr AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie in diesem Jahr 2020 von einer Behörde Post bekommen, auf Papier gedruckt und mit einem Überweisungsträger, der diesem Brief ebenfalls beiliegt, wobei auf dem Schreiben handschriftlich der Verwendungszweck eingetragen wurde, der dann entsprechend auch auf diesem Überweisungsträger steht – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist doch schön, so was! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Altbacken!)

– Ja, so etwas ist schön. Das sehe ich auch so. Aber dann wissen Sie, wo Sie sind: Sie sind in Deutschland – oder, sagen wir mal so: Sie sind vielleicht auch in dem Land, das sich das Motto „digital@bw“ gegeben hat. Sie wissen dann eben, wo Sie daheim sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mir hilft das! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn du einen Strafzettel kriegst?)

– Warten Sie ab, Herr Rülke, zu Ihnen kommen wir auch noch.

(Klaus Dürr)

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da habe ich aber traditionell Angst!)

– Die brauchen Sie nicht zu haben; ich beiße ja niemanden. – Wir reden heute in einer Aktuellen Debatte über die Frage: „Stempel, Faxgerät und Personal Computer – sieht so eine moderne Verwaltung als Rückgrat des smarten Ländles aus?“ Schöne Kombination, „smart“ und „Ländle“. Als ich diesen Titel gelesen habe, habe ich mich gefragt: Was wollen die mir damit sagen? Ist das jetzt eine zutreffende Beschreibung, ist es der Hinweis darauf, Baden-Württembergs Amtsstuben seien verstaubte Museen? Oder was wollen Sie uns damit sagen?

Wie auch immer – dass ausgerechnet die Fraktion der FDP/DVP heute vor dem Hintergrund von aktuellen Nachrichten mit mehreren höchst besorgniserregenden Vorgängen, sowohl in unserem Land als auch weltweit, dieses Thema aus dem Hut zaubert, finde ich irgendwie schon sehr bemerkenswert.

(Beifall bei der AfD)

Ein Beispiel: Heute steht im „Schwarzwälder Boten“:

Angesichts des

– jetzt kommt das Wort –

Migrantenandrangs an der griechischen EU-Außengrenze droht die Spitze der Unionsfraktion

– das seid ihr –

(Unruhe)

– Moment, das kommt noch –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sollen wir beim Vorlesen helfen?)

im Bundestag mit einer Schließung der deutschen Grenzen.

Herr Minister, das war nicht die AfD, die das gesagt hat.

Schauen wir dann weiter, was wir so haben:

Erdogan fordert die Teilnahme der NATO an Kriegseinsätzen in Syrien. Das heißt, unsere Streitkräfte sollen nach Syrien? Super.

Der FDP-Landesvorsitzende Theurer aus Horb versucht gerade ganz verzweifelt, den Vorsitzenden des FDP-Kreisverbands Freudenstadt mit der Patsche wegzuputzen. Der Mann hat nämlich öffentlich gesagt: „gestandene Männer und Demokraten“. Er hat dabei über die Kreistagsmitglieder der AfD gesprochen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vom Landtag hat er aber nichts gesagt?)

– Macht nichts. – Usw. usf. Wenn man sich das so anschaut – – Die letzte Meldung betraf noch den Thüringer Landtag; da hieß es heute, die FDP-Abgeordneten wollten nicht kommen, sondern der Sitzung fernbleiben, also Arbeitsverweigerung betreiben. Wollen wir doch mal sehen, was passiert. – Wie auch immer.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: So, jetzt sagen Sie noch was zur Digitalisierung!)

– Dazu kommen wir auch noch. Was eine digitalisierte Verwaltung leisten könnte,

(Abg. Sascha Binder SPD: Ja!)

möchte ich Ihnen an einem einfachen, schönen Beispiel darstellen. Ein Kind wird geboren – das soll ja ab und zu vorkommen –, und das Krankenhaus meldet den Nachwuchs sofort bei den Behörden an. Damit einher gehen die Anmeldung zur Krankenversicherung und die Registrierung von Sozialleistungen wie Kindergeld und Ähnlichem. Die Eltern des Neugeborenen werden per E-Mail über diese Möglichkeiten informiert; sie erfahren, welche Ansprüche sie haben. Dies wird dargestellt, und sie können dann mit einer einfachen E-Mail bestätigen, dass sie dies annehmen – und fertig wäre der Fall.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Das Kind?)

– Ja, selbstverständlich. – Eltern werden entlastet, der Staat wendet sich an die Eltern in einem proaktiven Verwaltungsakt. Das wäre eigentlich das, was sich die Menschen vorstellen – nicht: „Ich komme und beantrage“, sondern: „Das machen wir.“

(Beifall bei der AfD)

Bei uns ist so etwas eigentlich nur Zukunftsmusik. Bis zum Jahr 2022 wollen Bund, Länder und Kommunen 575 Verwaltungsleistungen – vom Antrag auf Ausstellung eines Personalausweises oder eines Führerscheins bis hin zum Antrag auf Elterngeld – überhaupt erst nach einheitlichen Standards online anbieten. „Wollen“ ist dabei das Stichwort. Es soll ja auch Gebiete geben, in denen Politiker einen Flughafen bauen lassen wollen; andere wollen eine Bildungsplattform auf die Beine stellen. Außer Spesen bisher wirklich nichts gewesen.

Man entscheidet sich völlig ohne Not, eine E-Akte mit der Polizeiakte zusammenzulegen, was zu weiteren Problemen und Verzögerungen führt. Komplexität in Projekte zu bringen ist kein Fortschritt und ist nicht „Sache der Zeit“. Die Software ASV-BW soll bis Ende 2021 verpflichtend eingeführt werden.

Zitat: „Wir stehen zurzeit sicher nicht in der Spitzengruppe. Aber da wollen wir hin.“ Das sagte Bundesinnenminister Horst Seehofer.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Da hat der Mann recht. Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnet die Digitalisierung als ihre Herzensangelegenheit. Deutschland sei zwar etwas träge, doch stünden tiefgreifende Veränderungen in der Verwaltung und in der Wirtschaft bevor, verkündet die Kanzlerin. Einzig ein „Wir schaffen das!“ hätte man auch in diesem Zusammenhang doch erwartet. Von Frau Bär, ihrer zuständigen Staatsministerin, hört man auch eher ein schreiendes Schweigen zu dem Thema, und die neue SPD-Vorsitzende, die Spitzengenossin Frau Esken aus dem Landkreis Calw, deren Kernkompetenz nach eigenem Bekunden die Digitalisierung ist, ist auch eher anderweitig beschäftigt. Sie muss gerade Hate Speech gegen FDPler in ihrem

(Klaus Dürr)

Wahlkreis machen, wie Sie ja wissen. Der Kreisvorsitzende hat sich da „ungebührlich“ geäußert.

(Abg. Sascha Binder SPD: Reden wir eigentlich über Lokalpolitik?)

In Estland laufen derzeit 99 % aller staatlichen Verwaltungsleistungen online. Ich will nicht alles wiederholen, was Sie an Gutem und Richtigem gesagt haben; das spreche ich Ihnen auch nicht ab. Das muss alles sein. Ich bringe einfach ein paar Beispiele, wie es sein könnte.

Abgesehen von drei Diensten, nämlich die Eheschließung, die Scheidung und den Kauf einer Immobilie betreffend, hat Estland alle staatlichen Verwaltungsleistungen digitalisiert. Gut, man lässt sich nicht so oft scheiden – hoffentlich, sage ich einmal –, man heiratet nicht so oft, und Immobilien kauft man auch nicht jeden Tag. Dafür können die Esten seit 2005 online wählen, Mietverträge unterzeichnen – vorausgesetzt, sie haben eine Internetverbindung. Digitalisierung wird in Estland bereits seit den Neunzigerjahren – also seit 30 Jahren; das entspricht einer gesamten Generation – mit dem Regierungsprogramm „Tiigrihüpe“ vorangetrieben, das heißt Tigersprung. Bei uns schaut man wohl lieber Katzenvideos, oder man springt als Tiger und landet als Bettvorleger.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Auch in Estland wissen die Nutzer um Gefahren und mögliche Probleme – Stichwort Datenschutz. Wir haben doch eine EU-Datenschutz-Grundverordnung. Diese ist überall in der EU gültig. Was ist in Estland anders als bei uns? Mit wenigen Klicks kann man feststellen: Wer greift auf meine Daten zu? Wer sich unrechtmäßig Zugang verschafft, muss dann mit einer Strafe rechnen. Wir in Baden-Württemberg haben die Behörden an dieser Stelle von Strafen ausgenommen.

2018 gab es Vorschläge des Normenkontrollrats. Die Kernforderung lautete: Entbürokratisierung. Arg viel ist nicht passiert. Für eine Umstellung der Verwaltung auf digitale Dienste müsste die Landesregierung zunächst einmal die Basisliste abhaken – das heißt flächendeckende Breitbandversorgung aller Haushalte mit Glasfaser und 4G.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wiederum ist Estland Vorbild. Für eine rechtssichere Zustellung von Post haben wir De-Mail. Wir haben den Kommentar dazu. Das ist im Moment wohl nicht Sinn und Zweck oder nicht das, was wir brauchen.

E-Learning: Estland hat eine Bildungsplattform. Die funktioniert. Die könnte man ja kopieren. Erinnern Sie sich an „ella“?

(Lachen der Abg. Carola Wolle AfD)

E-Tax: Ein E-Tax-System, ein elektronisches Steuersystem, das 2000 eingeführt wurde – das war vor 20 Jahren –, wird verwendet. Bei uns heißt dieses Verfahren Elster. Nomen est omen, kann ich da beim Finanzamt nur sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Stefan Räßle AfD: Der war gut!)

E-Polizei – nennen wir es einmal E-Polizei –: Der estnischen Polizei stehen vor Ort in ihren Einsatzfahrzeugen Daten in Echtzeit zur Verfügung. Sie greift auf Daten zu, um zu klären, ob jemand eine Versicherung für sein Fahrzeug hat, wem das Fahrzeug gehört. Ob der Besitzer im Waffenregister steht, könnte man auch nachschauen. Das Ergebnis zeigt dann, wie sich die Bedrohungslage für diejenigen gestaltet, die da stehen und kontrollieren. Ich denke, das wäre ein Vorbild.

E-Wahl: Die Idee eines elektronischen Wahlsystems – E-Election oder E-Voting – gab es erstmals in Estland 2001.

Meine Damen und Herren, was wir brauchen, ist Folgendes: Als Erstes sind Prozesse zu verschlanken. Sie sind zu vereinfachen, und dann sind sie zu digitalisieren. Alte Zöpfe in EDV umzusetzen, das ist nicht „state of the art“ und sollte nicht unser Anspruch sein. Da müssen wir vorangehen, und da müssen wir einsteigen. Automatisierte, digitalisierte Prozesse sind eine Selbstverständlichkeit und ein gewaltiger Beitrag auch zum Umweltschutz. Weniger Papier, weniger Behördengänge, weniger Bürokratie – dann hätten wir das Ziel erreicht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr gut, Klaus!)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt kommt der digitale Flüchtling!)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich sehe das Ganze ein bisschen anders als meine Vorredner. Globalisierung und Digitalisierung werden als die Grundsäulen moderner Politik dargestellt: immer mehr Globalisierung, immer mehr Digitalisierung, immer besser.

Aber gerade Corona hat uns ja gezeigt, wie verwundbar eine maximal vernetzte, eine maximal interdependente Wirtschaft ist. Kleinste Ausfälle führen in solchen Systemen über Kettenreaktionen zu größten Auswirkungen. Deswegen brauchen wir weniger Globalisierung und mehr – das Gegenteil von Globalisierung ist Nationalisierung – Renationalisierung der Weltwirtschaft.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Dann hätten wir wesentlich weniger Probleme, z. B. auch jetzt bei Corona.

Für die Digitalisierung gilt das noch mehr. Wir wollen die Digitalisierung in den Alltag, in die Verwaltung, überall hineintreiben. Das heißt, Kühlschränke, Heizungen, alles soll jetzt digital eingeschaltet und ausgeschaltet werden können.

Je mehr Digitalisierung wir betreiben, meine Damen und Herren, desto verwundbarer machen wir das ganze System, desto mehr ermöglichen wir es Leuten, mit geringen Eingriffen ein gewaltiges Chaos zu initiieren, desto überwacher und desto manipulierbarer machen wir diese Gesellschaft. Die total digitalisierte Gesellschaft wird automatisch eine totalitäre Gesellschaft.

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Wir brauchen weniger Digitalisierung, meine Damen und Herren – mit der einzigen Ausnahme des Militärs. Das Militär braucht maximale digitale Kompetenzen für unsere Sicherheit. Wenn wir aber andernfalls glauben, Politik sei im Wesentlichen die Forderung nach mehr Glasfaserkabeln, betreiben wir nicht nur eine unzulässige Reduktion von Politik, sondern dann führt das auch dazu, dass wir eine digitale Diktatur vorbereiten, die alles, was wir bisher an Diktatur kennengelernt haben, in den Schatten stellen wird.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Strobl.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen! Statistisch belastbare Zahlen zu der Menge von Stempelkissen in den Behörden des Landes liegen mir nicht vor. Ich kann Ihnen auch nicht garantieren, dass jeder Stempel aus den Dienststellen im Land Baden-Württemberg verschwunden ist.

Für die Feinschmecker: Wahrscheinlich wird auch die „badi-sche Aktenschleife“ nicht nur in den Archiven gepflegt.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Die hat sich bewährt! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Kennst du die?)

Doch lassen Sie sich, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht täuschen,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Gutes kann man lassen! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

insbesondere nicht vom Dauerschlehtreden durch die FDP.

Diese Landesregierung hat sich ambitionierte Ziele gesetzt, und wir arbeiten mit ebenso großen Anstrengungen daran, Baden-Württemberg auch in diesem Bereich zur digitalen Leitregion in Deutschland zu machen. Dies gilt natürlich in besonderem Maß auch für die öffentliche Verwaltung und für die Arbeitsplätze der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Dienststellen unseres Landes. Ich bin dankbar, dass das bereits in der Debatte – insbesondere durch die Kollegen Deuschle und Stickelberger – angeklungen ist. Diese Aufgabe ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung ein richtiger Kraftakt. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind auch Ihre Mitarbeiter. Sie sind die Stützen unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats. Ich danke den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung, dass sie auch diese Aufgabe tatkräftig angehen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Denn nichts anderes als den Arbeitsplatz der Zukunft haben wir uns in diesem Bereich zum Ziel gesetzt. Die viel zitierte Digitalisierung ist dabei kein frommer Wunsch, sondern bereits jetzt Realität. Sie ist für diejenigen – das sei richtiger-

weise gesagt –, die ab und zu einmal ein Rathaus oder ein Landratsamt besuchen, auch erlebbar.

Lassen Sie mich Ihnen einige Beispiele und einige Fakten benennen. Mit der Pilotierung der elektronischen Akte in meinem Ministerium bilden wir papierbasierte, analoge Prozesse in der Verwaltung inzwischen vollständig digitalisiert ab. Aktenmappen weichen flächendeckend neuen digitalen Workflows. Schriftstücke werden im Rahmen der Pilotphase nicht mehr in den Umlauf gegeben, sondern bereits heute gescannt und am Bildschirm weiterverarbeitet. Das Papier verschwindet in diesen Bereichen ganz.

Ein zweites Beispiel – Fakten –: Unser elektronisches Personalverwaltungssystem und die seit Anfang 2017 in der Landesverwaltung schrittweise eingeführte elektronische Personalakte sind ebenso konkrete Beispiele für unsere moderne Verwaltungsarbeit. Übrigens: Bewerber für den Landesdienst, verehrter Herr Dr. Rülke, schicken uns schon lange kein Fax mehr, sondern nutzen selbstverständlich die komfortablen elektronischen Bewerberportale des Landes.

(Zuruf des Abg. Daniel Karrais FDP/DVP)

Das sind die Fakten, mit denen ich Sie gern vertraut mache.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das Ziel des mobilen Arbeitsplatzes verfolgen wir ebenfalls mit Nachdruck. Die Mobilstrategie der Landesverwaltung Baden-Württemberg ermöglicht es schon heute vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dank Telearbeitsplätzen im bestehenden rechtlichen Rahmen von einer größtmöglichen Flexibilisierung zu profitieren. Videokonferenzen helfen uns, Kosten zu sparen, leisten im Übrigen auch einen Beitrag zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes.

Herr Kollege Stickelberger, Sie haben kritisch nachgefragt, wie es mit den Digitallotsen aussehe. Das kann ich Ihnen aktuell vorweg berichten. Digitale Angebote von Städten und Gemeinden ersparen Bürgerinnen und Bürgern Behördengänge und sorgen dafür, dass Informationen leichter gefunden werden.

Land und Kommunen haben im Rahmen der Digitalakademie@bw inzwischen als Testversionen fünf digitale Verwaltungsdienstleistungen – etwa die Meldebescheinigung, den Anwohnerparkausweis und anderes mehr betreffend – für den Einsatz in Rathäusern und Landratsämtern entwickelt. Die Umsetzung von 16 weiteren digitalen Verwaltungsprozessen läuft auf Hochtouren. Durch die Digitalakademie wurden überdies inzwischen 523 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Digitallotsen qualifiziert, um ihr Wissen in die Fläche, in die Gemeinden zu tragen. Um das einmal einzuordnen: Wir haben jetzt in ungefähr einem Drittel der 1 100 Gemeinden Digitallotsen. Damit sind wir noch nicht am Ziel. Doch ich habe gesagt, das läuft. Es gab den Zwischenruf: „Wo läuft es hin?“ Es läuft erfolgreich in die richtige Richtung.

(Beifall des Abg. Norbert Beck CDU)

Sie sehen, die Verwaltung arbeitet inzwischen auch mobil, und mit diesen modernen Arbeitsformen ist der öffentliche Dienst in die digitale Welt vorgestoßen. Er positioniert sich damit selbstbewusst im hart umkämpften Arbeitsmarkt der Zukunft.

(Minister Thomas Strobl)

Um aber überhaupt mobil arbeiten zu können, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss zunächst einmal die digitale Infrastruktur vorhanden sein.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Hier hat die Landesregierung in der aktuellen Legislaturperiode wirklich Beeindruckendes geleistet, wie ich finde. In den vergangenen vier Jahren hat die Landesregierung mit rund 450 Millionen € knapp 2 000 Breitbandausbauprojekte gefördert. Zum Vergleich: In den sechs Jahren von 2010 bis 2015 waren in Baden-Württemberg insgesamt 73 Millionen € an Fördermitteln in Breitbandprojekte geflossen. Darauf hat der Kollege Andi Deuschle zu Recht hingewiesen. Damit wurden die Fördermittel seit 2016 gegenüber der gesamten vergangenen Wahlperiode auf mehr als das Sechsfache erhöht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein weiteres Beispiel für Fakten: Allein in der jüngsten Übergaberrunde am 7. Februar – also vor einem knappen Monat – wurden 146 Förderanträge für 63 Zuwendungsempfänger in 28 Stadt- und Landkreisen mit einem Volumen von 92,8 Millionen € bewilligt. Dieser Betrag, der an einem Tag bewilligt wurde, liegt damit um etwa 20 Millionen € über der Summe der Fördermittel in der gesamten letzten Legislaturperiode.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Daran können Sie sehen, wie stark wir bei diesem Thema eingestiegen sind.

Zu den bereits bewilligten rund 450 Millionen € kommen mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 noch einmal mehr als 600 Millionen € Fördergelder für den Glasfaserausbau in Baden-Württemberg dazu. Mit dem, was im Doppelhaushalt steht, investiert die Landesregierung damit bis 2021 insgesamt mehr als 1 Milliarde € in die digitale Infrastruktur – mehr als jede Regierung zuvor.

Der Kollege Deuschle hat richtigerweise auch darauf hingewiesen: Das ist eine gigantische Zukunftsinvestition. Sie ist für ein Technologie- und Flächenland wie Baden-Württemberg existenziell. Ich bin den Koalitionsfraktionen außerordentlich dankbar, dass auf ihren Antrag hin im Doppelhaushalt 2020/2021 noch einmal 600 Millionen € für die digitale Infrastruktur in diesem Land zur Verfügung gestellt werden. Damit gestalten wir Zukunft weit in dieses Jahrzehnt hinein, und zwar für die nächsten Jahrzehnte in diesem Land.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Das sind die Fakten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir investieren nicht nur, wir lassen die Bauwirtschaft nicht nur so viel graben, wie überhaupt möglich ist, sondern die Investitionen wirken auch. Die Zahl der Haushalte und der gewerblichen Nutzer, die mit schnellem Internet versorgt sind, ist in Baden-Württemberg 2019 weiter gestiegen. Rund 90 % der Haushalte verfügen inzwischen über einen Internetanschluss mit mindestens 50 Mbit/s – rund 90 %. Das sind die Fakten.

Das sind im Übrigen 20 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2016, als wir begonnen haben. 2016 hatten 70 % der Haushalte min-

destens 50 Mbit/s, heute haben über 90 % der Haushalte mindestens 50 Mbit/s. Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die Politik der Landesregierung wirkt. Wir bringen das schnelle Internet in die Fläche dieses Landes. Das ist die Voraussetzung für jede Digitalisierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

In Baden-Württemberg ist es deswegen außerordentlich schwierig, auch die verbleibenden 10 % der Haushalte, die wir noch vor uns haben, mit schnellem Internet zu versorgen, weil wir es topografisch mit einer außerordentlich schwierigen Lage zu tun haben. Die Schwäbische Alb und der Schwarzwald sind wunderschön, aber in den Tälern und Bergen Glasfaserkabel zu verlegen – zum Teil in schwierigsten Untergrund, nämlich ins Gestein – ist eben echt sportlich und auch sehr teuer.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Aber wir Schwarzwälder sind es wert!)

Deswegen fördern wir inzwischen unsere Landkreise und Gemeinden mit 90 %. Das ist wirklich auch eine Kommunalförderung für den ländlichen Raum, die sich sehen lassen kann und für die diese Landesregierung auch steht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und die Landschaft bleibt trotzdem schön! – Abg. Thomas Blenke CDU: In den Schwarzwald zu investieren ist immer gut!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Karrais zu?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Nein. – Bei den Anschlüssen mit mindestens 100 Mbit/s liegt die Versorgung im Land inzwischen bei 83 %, und Anschlüsse mit mindestens 200 Mbit/s sind inzwischen für drei Viertel der Haushalte im Land verfügbar.

Durch die Steigerung bei der Verlegung von Koaxialkabeln und die zunehmende Verlegung von Glasfaserkabeln auch direkt in die Gebäude hinein werden diese extrem hohen Bandbreiten in den nächsten Jahren mit einer noch größeren Dynamik ansteigen. Da bin ich ganz sicher.

Das heißt, meine sehr verehrten Damen und Herren, unserem Ziel, das ich 2016 genannt habe, dem letzten Schwarzwaldhof das schnelle Internet zu bringen, kommen wir jeden Tag, und zwar mit Vollgas, ein Stückchen näher.

Die Absicherung des Cyberraums und der Schutz vor Cyberangriffen sind im Übrigen ein weiteres zentrales Thema für die digitale Zukunft Baden-Württembergs. Cybersicherheit ist die Voraussetzung dafür, dass die Menschen Vertrauen in die Anwendungen haben und wir auch die Potenziale der Digitalisierung voll ausschöpfen können.

Ein wesentlicher Bestandteil zur Stärkung der Cybersicherheitsarchitektur wird dabei die Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg sein, deren gesetzliche, administrative und strukturelle Vorbereitung derzeit im Innenministerium erarbeitet wird. Die Cybersicherheitsagentur soll zukünftig die Cybersicherheit organisationsübergreifend orchestrieren und koordinieren.

(Minister Thomas Strobl)

Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie „digital@bw“ haben wir darüber hinaus zahlreiche Leuchtturmprojekte auf den Weg gebracht. Dieser Weg endet aber nicht an den Pforten der Behörden im Ländle. Die Entwicklung einer eigenen Cloud-Strategie für das Land Baden-Württemberg ist nicht nur eine luftige Worthülse, sondern ein Baustein einer Gesamtarchitektur, die Formen annimmt, während wir diese Debatte führen.

Auch die Polizei in Baden-Württemberg ist längst im digitalen Zeitalter angekommen. Nehmen Sie etwa die Entwicklung einer algorithmenbasierten Verhaltensmustererkennung im Rahmen der intelligenten Videoüberwachung. Straftaten werden durch den Algorithmus erkannt und unsere Polizistinnen und Polizisten damit entlastet, die Bürgerinnen und Bürger sowie ihre digitalen Freiheitsrechte aber weniger belastet. Das ist etwas, bei dem wir in Deutschland wirklich Avantgarde sind. Das algorithmengestützte intelligente Videoüberwachungsprojekt in Mannheim ist wirklich Spitze. Ich bin dankbar, dass wir das dort durchführen können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

E-Government und Digitalisierung sind kein Selbstzweck. Unsere Bemühungen werden nur dann erfolgreich sein, wenn die eingesetzten IT-Systeme für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die Bürgerinnen und Bürgern letztlich hilfreich sind – und auch einfach zu bedienen. Dies gilt auch für die bereitgestellten E-Government-Angebote für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und Unternehmen, beispielsweise im Rahmen der zahlreichen Chancen des Onlinezugangsgesetzes. Unsere Services müssen dabei mit mobilen Endgeräten nutzbar und nicht zuletzt auch sicher und hoch verfügbar sein.

Im Mittelpunkt all unserer Anstrengungen rund um die Zukunftsfähigkeit der Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung steht für diese Landesregierung aber immer der Mensch. Aus diesem Grund werden wir weiterhin möglichst auch Angebote in analoger Form vorhalten;

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

denn zu keinem Zeitpunkt dürfen wir angesichts so vieler technologischer Möglichkeiten und spannender Neuerungen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vergessen oder ein Gefühl der Abkopplung von einer neuen, digitalisierten Welt aufkommen lassen.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Sehr gut!)

Diese Transformation erfordert neben dem Tatendrang eben auch eine Vision. Da sind für uns die Mobilität, die Kollaboration und die Partizipation wichtige Säulen der Gesamtkonzeption, an der wir mit Engagement arbeiten.

Das bedeutet somit nicht nur einen technologischen, sondern auch einen kulturellen Wandel in den Dienststellen. Unterstützt wird dies durch den klugen Einsatz von Technologien, die bereits heute verfügbar sind.

Wir stehen in allen Behörden des Landes und der Kommunen am Beginn riesiger Veränderungsprozesse. Digitale Transformation geht nicht von heute auf morgen. Ich kann Ihnen, ver-

ehrte Damen und Herren, aber versichern: Wir setzen uns auf allen Ebenen intensiv dafür ein, dass dieser Transformationsprozess gelingt.

Damit komme ich zum Abschluss. Es mag inzwischen zwar nicht jedes Stempelkissen aus den Dienststellen verschwunden sein und auch die „badische Aktenschleife“ wird vermutlich nicht nur in den Archiven noch einige Zeit gepflegt, aber wir kommen gut voran.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Ich darf Ihnen sagen: Es gibt noch Weiteres mehr. Im zweiten Digitalisierungsbericht der Landesregierung, den der Ministerrat am nächsten Dienstag vorgelegt bekommt – Sie, das Parlament, selbstverständlich auch –, stellen wir Ihnen auf über 100 Seiten – selbstverständlich auch digital verfügbar – die Aktivitäten und Ergebnisse der Arbeit der Landesregierung im Digitalisierungsbereich dar.

Dieser Digitalisierungsbericht bringt es klar zum Ausdruck: Baden-Württemberg ist das smarte Ländle. Wir kommen dem digitalen Arbeitsplatz, dem Arbeitsplatz der Zukunft jeden Tag ein großes Stück näher: in den Unternehmen, in den Familienbetrieben, aber auch in der öffentlichen Verwaltung in unserem Land – dank einer engagierten Arbeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Gedeon, haben Sie einen Antrag zur Geschäftsordnung?

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Der Tagesordnungspunkt ist jetzt abgeschlossen, ja?)

– Nein, es gibt noch Redezeit, und mir liegen weitere Wortmeldungen vor.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Okay, dann ziehe ich das zurück!)

– Gut. – Damit kommen wir zum zweiten Teil der Aussprache. Mir liegt eine Wortmeldung des Herrn Abg. Karrais für die FDP/DVP-Fraktion vor.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum bringen wir dieses Thema hier auf? Nicht, weil wir glauben, dass die Verwaltungen immer noch ausschließlich mit Stempeln oder mit Fax arbeiten. Das ist sicherlich nicht so. Aber es ist eben so, dass diese Gerätschaften noch immer standardmäßig dort vorhanden sind.

Bei Ihrer Rede, Herr Minister, habe ich mich an manchen Stellen gefragt, ob Sie Minister von demselben Land sind, für das hier der Landtag zuständig ist, oder von einem anderen Land. Denn Sie haben davon gesprochen, dass man sich bei den Ministerien digital bewerben könne. Ich kenne aus meinem persönlichen Umfeld einen aktuellen Fall – wenige Wochen alt –, bei dem eine digitale Bewerbung beim Sozialministerium eben nicht möglich war. Da war nur eine Papierbewerbung möglich – ganz wie früher. Also so toll und digital, wie Sie

(Daniel Karrais)

das hier dargestellt haben, ist es in dieser Form mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Es ist angesprochen worden – nicht nur von Ihnen, Herr Minister, sondern auch von den Kollegen Deuschle und Stickelberger –, dass man mal ein Rathaus besuchen sollte. Ja, das haben wir getan, das tun wir sehr regelmäßig. Denn „E-Government und digitale Verwaltung“ ist für uns ein sehr wichtiges Thema, weshalb wir es heute auch in dieser Aktuellen Debatte zur Diskussion stellen.

Was man aus den Kommunen hört, ist häufig, dass der Wille der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden da ist, E-Government voranzutreiben. Sie wollen das, und das trauen wir ihnen auch zu. Aber sie sagen regelmäßig: „Wir werden von der Landesregierung im Stich gelassen.“

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist das, was man hier betonen muss. Hier müssen wir die Entwicklung voranbringen.

Letztlich braucht es vonseiten des Innenministeriums auch Leitfäden – auch beim Onlinezugangsgesetz –, wie voranzugehen ist. Da muss vor allem auch mit mehr Mut vorangegangen werden. Denn es kommt vor allem auf die Spitze an. Die Spitze muss es vorleben, und dann können alle nachgeordneten Einrichtungen nachziehen.

Wenn es noch heute so ist, dass, wie z. B. beim Landesbeauftragten für den Datenschutz – einer obersten Landesbehörde, gleichrangig zu einem Ministerium –, Analogtelefone in den Amtsstuben zu finden sind – die hat niemand von Ihnen mehr zu Hause –, dann ist das Land hier wirklich in einem schlechten Zustand, dann muss definitiv mehr getan werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir bringen das Thema Digitalisierung in allen Facetten stark voran. Das hat man auch im Beitrag des Kollegen Stickelberger durch die Blume gehört. Denn die Punkte, die er angesprochen hat, über die wir im Innenausschuss gesprochen haben, gehen alle auf unsere Initiative zurück. Wir haben diese Themen vorgeschlagen. Wir haben viel diskutiert. Wir verfolgen, was die Landesregierung macht, und setzen uns dafür ein, dass es vorangeht. Denn der Stand ist lange nicht so gut, wie er hier dargestellt wurde. Wir stellen sicherlich den einen oder anderen Erfolg fest. Aber z. B. die Auszeichnung „Digital Hero“ geht auch mit der Aussage einher, dass es sehr große Herausforderungen im Bereich des E-Governments gibt.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Absolut!)

Daher muss man das ganzheitlich betrachten. Es ist ja schön, wenn das Land bei einem der vielen, vielen, vielen Wettbewerbe, die es da gibt, eine Auszeichnung bekommt. Aber hier muss man sehen: Es gibt diese Herausforderungen noch immer. Darauf muss man eingehen.

Was das Thema Breitband angeht – das wollte ich Herrn Deuschle fragen, er hat die Frage nicht beantwortet; der Minister hat es aber wiederholt; es ist auch noch immer gültig –

Es wird immer wieder davon gesprochen, wir seien so toll dabei, das schnelle Internet voranzubringen. Aber, meine Damen und Herren, Sie wenden für „schnelles Internet“ die Definition an, die Datenübertragungsraten müsse mindestens 50 Mbit/s betragen. Im Jahr 2020 bedeutet das aber kein schnelles Internet. Das ist nicht schnell. Wenn wir, die FDP/DVP-Fraktion, von „schnell“ reden, reden wir von Gigabit und nicht von wenigen Megabit.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Klaus Dürr AfD)

Das muss der Anspruch sein. Daran sieht man aber auch, dass viel gesprochen wird, der Anspruch aber nur sehr gering ist und mit solchen Augenwischereien gearbeitet wird, mit denen den Leuten vorgegaukelt wird, es gäbe vernünftiges E-Government in Baden-Württemberg. Aber dem ist nicht so.

Wir haben hier große Potenziale für die Wirtschaft, für die Bürgerinnen und Bürger. Vor allem müssen wir auch das Vertrauen in die Verwaltung wiederherstellen. Es gibt einen Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger –

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Kollege.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Jawohl, Frau Präsidentin, sofort. Ich beende noch den Satz. – Es besteht ein Verlust von Vertrauen in die Verwaltung, und viele trauen der Verwaltung eben auch die Digitalisierung nicht mehr zu. Wir haben die Chance und auch die Pflicht, zu zeigen, dass wir es hinkommen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat Herr Kollege Lede Abal für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Karrais, ich muss Ihnen widersprechen. Es gibt keinen Verlust von Vertrauen in die Verwaltung dieses Landes. Das ist Unsinn. Ich bitte Sie und Ihre Fraktion, mit dieser Art Legendenbildung aufzuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Sie haben von Schnelligkeit gesprochen und die heutige Debatte unter den Titel gestellt: „Stempel, Faxgerät und Personal Computer – sieht so eine moderne Verwaltung als Rückgrat des smarten Ländles aus?“ Sie von der FDP/DVP wollen, dass das nach Stempel, Behörden-Filterkaffee und Beamtenlilie auf dem Fensterbrett klingt.

Wir haben uns Gedanken dazu gemacht, haben einmal auf die Homepage der FDP/DVP-Landtagsfraktion geschaut und zu unserer Überraschung dort noch eine Faxnummer gefunden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Damit ihr uns eine Einladung schicken könnt! – Vereinzelt Heiterkeit)

(Daniel Andreas Lede Abal)

An dem „Fortschritt“ werden wir Sie in Zukunft messen. Ich kann Ihnen verraten: Auch die Landtagsverwaltung schickt ihre Meldungen inzwischen nicht nur per Fax. Sie können die Landtagsverwaltung also auch per E-Mail anschreiben. Insofern werden wir Sie von der FDP/DVP ein wenig im Auge behalten.

Bei dieser Debatte habe ich an eines gedacht. Ich weiß nicht, ob Sie den Film „Brazil“ kennen. Das ist „1984“ in einer Monty-Python-Version, ein großartiger Film u. a. über Verwaltung – es geht auch um andere Dinge –, in dem ein groteskes Rohrpostsystem am Ende zusammenbricht und alle Verwaltungen mit Aktenbergen, die aus diesem Rohrpostsystem regnen, überschüttet werden.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ich glaube, dass wir hier in der Landesverwaltung weit weg von solchen Dingen sind – auch die Digitalisierung leistet hierzu einen Beitrag – und dass wir auf einem guten Weg sind.

Uns ist es wichtig, dass die E-Akte so schnell wie möglich kommt. Seit Ende letzten Jahres läuft die Pilotierung Schritt für Schritt. Als Nächstes steht die Evaluierung von BITBW an. Diese soll nun umgesetzt werden. Wir sehen allerdings durchaus noch Nachbesserungsbedarf, beispielsweise beim Landesinformationsfreiheitsgesetz und bei der Umsetzung einer Kultur der Offenheit. Offene Daten, offene Schnittstellen sind ein zentraler Baustein für eine smarte Verwaltung.

Nun muss ich noch etwas sagen, weil Sie sich selbst auf die Schulter klopfen, Herr Karrais. Sie sprechen von der digitalen Infrastruktur. In der heutigen Debatte haben Sie auch die digitale Ausstattung der Landesverwaltung thematisiert. Aber dazu gehört auch Personal in den Einheiten der Landesverwaltung, das mit dieser digitalen Ausstattung arbeitet. Das sind Stellen, die Sie in Ihrer Regierungszeit weggestrichen haben. Die Folgen hiervon sind in der Landesverwaltung noch heute zu spüren. Dies sind Folgen, die wir noch heute, in dieser Legislaturperiode, abtragen, z. B. bei der Polizei, bei den Planern in den Regierungspräsidien, beim Straßenbau, der Ihnen sonst angeblich so wichtig ist, bei den Finanzbehörden, in der Justiz, im Justizvollzug.

(Abg. Carola Wolle AfD: Es sind immer die anderen!)

– Nein, das ist einfach die Wahrheit. Diese Stellenstreichungen können Sie in den Haushalten nachlesen.

(Abg. Carola Wolle AfD: Sie sind in der zweiten Legislaturperiode an der Regierung! In neun Jahren ist nichts passiert! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Von unserer Seite gibt es ein Bekenntnis zur Digitalisierung, aber auch ein Bekenntnis und das Vertrauen zu den Beamtinnen und Beamten sowie den Angestellten in der Landesverwaltung, die entscheidend dafür sind, dass die Verwaltung und auch eine digitalisierte Landesverwaltung funktionieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat noch einmal Herr Abg. Stickelberger für die SPD das Wort.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens: Herr Minister, Ihr Engagement für den Glasfaserausbau, für schnelles IT verdient unseren Respekt. Das ist keine Frage. Man muss auch sagen, dass der Bund mittlerweile erheblich mitfinanziert. Ich denke, das ist eine gute Sache.

Zweitens: Leider ist das Mobilfunknetz in großen Bereichen Baden-Württembergs noch immer löchrig wie ein Schweizer Käse. Andere Länder mit vergleichbarer Topografie sind vielleicht schon weiter. Aber ich weiß natürlich auch, woran das liegt. Es sind viele Akteure im Spiel, die schwer unter einen Hut zu bringen sind. Trotzdem wollen wir Sie bestärken: Bleiben Sie am Ball!

Der dritte Punkt: Wir haben natürlich eine Reihe von Leuchtturmprojekten, viele Modellprojekte. In den Landkreisen, in den Gemeinden engagiert man sich, um digitale Verwaltungsleistungen auf den Weg zu bringen. Das verdient unsere Anerkennung. Da ist das Land natürlich mit der Koordination gefordert, weil uns die Landesverfassung auch verpflichtet, für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in unserem Land zu sorgen.

Abschließend, Herr Rülke, was den „badischen Aktenknoten“ angeht: Mit diesem umzugehen bedarf eines erheblichen Maßes an handwerklicher Kunst.

(Abg. Ulli Hockenberger CDU: Sehr richtig!)

Und das müsste die FDP als Mittelstandspartei doch besonders freuen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat Herr Abg. Dürr für die AfD das Wort.

Abg. Klaus Dürr AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich bringe einige Punkte vor. Herr Deuschle, Sie sprachen von Wahlversprechen der FDP. Danke, Herr Rülke, dass Sie das Thema voranbringen, sich daran erinnern und es immer wieder aufgreifen. Das muss man klar sagen.

Herr Minister, Sie sagen: „Baden-Württemberg ist spitze.“ Es ist aber sicherlich so: Ein Einäugiger ist unter den Blinden König. Das kann nicht der Anspruch dieses Landes sein. Vielmehr haben wir „best in class“ zu sein.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Und „best in class“ ist nicht Deutschland, sondern ist China, ist Asien und sind die USA, um es einmal so auszudrücken. Das muss Ihr Anspruch sein – kein anderer, um das noch einmal ganz klar zu formulieren.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Zu den 50 Mbit/s, Herr Karrais. Damit man es sich einmal plastisch vorstellen kann: Wir reden hierbei über die Übertragung von maximal zwei Digitalbildern pro Sekunde. Bei einer Rate von 50 Mbit/s werden pro Sekunde ein bis zwei Di-

(Klaus Dürr)

gitalbilder übertragen. Daran wird deutlich, was das bedeutet. Erforderlich sind Datenübertragungsraten im Gigabitbereich.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] meldet sich. – Zuruf: Gedeon!)

– Zu diesem Tagesordnungspunkt, oder kann ich ihn abschließen? Ich würde jetzt den Tagesordnungspunkt 2 – Aktuelle Debatte – abschließen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das machen Sie ja gerade!)

Gut. Tagesordnungspunkt 2 ist damit beendet.

Dann, Herr Abg. Dr. Gedeon, ein Antrag zur Geschäftsordnung.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Ein Antrag zur Geschäftsordnung im Hinblick auf die Tagesordnung. Wir stehen vor drei großen Problemen: Coronavirus, Migrationskrise – Stichworte Türkei, Griechenland – und Einführung der Zwangsimpfung gegen Masern zum 1. März 2020. Über den ersten Punkt haben wir gesprochen, über die beiden anderen hingegen nicht. Eine Debatte hierüber ist auch nicht vorgesehen.

Deswegen stelle ich den Antrag, dass das Plenum beschließt, in die Tagesordnung der Plenarsitzungen, die in der nächsten Woche stattfinden, definitiv folgende beiden Punkte aufzunehmen: „Türkei, Griechenland, Migration und die Auswirkungen auf Baden-Württemberg“ und „Auswirkungen der Masern-Impfpflicht seit 1. März 2020“.

(Beifall der Abg. Stefan Räßle und Hans Peter Stauch AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Wir haben Ihre Meinungsäußerung zur Kenntnis genommen, Herr Abg. Dr. Gedeon. Die Tagesordnung wird im Präsidium und damit von den Fraktionen festgelegt. Aber wir haben Ihre Äußerung gehört, und sie kann ja dann in die Debatte einfließen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das Plenum kann ja das Präsidium auffordern! Eine Aufforderung an das Präsidium! – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

– Sie stellen also einen Antrag.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Ich stelle den Geschäftsordnungsantrag, dass über eine Erweiterung der Tagesordnung abgestimmt wird. Das hat diesmal aus zeitlichen Gründen nicht mehr funktioniert. Aber für das nächste Mal soll definitiv festgelegt werden – das macht nicht automatisch – – Die höchste Instanz ist immer das Plenum, und das Plenum kann das Präsidium auf eine bestimmte Tagesordnung festlegen.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Ich bitte wirklich, diese beiden zentralen Punkte aufzunehmen und sich nicht wieder wie eine Marionette zu verhalten, nur weil der Antrag von mir kommt, sondern klar zu sagen: Die beiden Punkte müssen wir hier im Plenum besprechen: sowohl das Thema Impfpflicht, das Millionen Menschen auf den Nägeln brennt, als auch das Thema „Migration und Türkei“ – das ist ohnehin evident.

Bitte lassen Sie uns also darüber abstimmen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Gedeon, wir haben hier mehrere Probleme. Man kann solche Anträge zu Beginn der Sitzung einbringen, und im Übrigen kann über die Tagesordnung nur auf Antrag der Fraktionen entschieden werden.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Wo steht das? – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: In der Geschäftsordnung!)

Und Sie sind nicht Fraktion.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Wo steht in der Geschäftsordnung, ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: § 78.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es ist nicht Aufgabe der Präsidentin, Lesehilfe zu erteilen!)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): ... dass das Plenum nicht festlegen kann, was auf die Tagesordnung kommt? Zu jedem Zeitpunkt einer Plenarsitzung

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein! – Abg. Nicole Raziwicz CDU: Lesen Sie doch mal die Geschäftsordnung durch!)

kann ein Geschäftsordnungsantrag zur Tagesordnung gestellt werden – aber sicher.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Wenn Sie mir bitte zuhören wollen, lese ich Ihnen gern § 78 Absatz 4 der Geschäftsordnung vor:

Der Landtag kann, soweit nichts anderes bestimmt ist, auf Antrag einer Fraktion oder auf Vorschlag der Präsidentin ... die Tagesordnung zu Sitzungsbeginn erweitern, die Reihenfolge der Tagesordnung ändern, Gegenstände absetzen ...

Insofern können Sie diesen Antrag hier so nicht stellen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also! Jetzt machen wir weiter!)

Jetzt kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 3:**

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Aufhebung des Bildungszeitgesetzes Baden-Württemberg (Bildungszeitgesetzaufhebungsgesetz – BzG-AufhG) – Drucksache 16/7045

Hierzu hat das Präsidium folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zuerst hat Frau Abg. Wolle für die Fraktion der AfD das Wort.

Abg. Carola Wolle AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Evaluierung des Bildungszeitgesetzes hat ganz klar gezeigt, dass die Ziele von dessen Einführung klar verfehlt werden. Denn erstens nehmen nur 1 % der Anspruchsberechtigten überhaupt Bildungszeit in Anspruch. Zweitens: Ca. 76 % von ihnen haben als höchsten Bildungsabschluss Abitur oder gar ein Studium. Damit ist das Ziel des von Grün-Rot durchgesetzten Bildungszeitgesetzes, bildungsferne Schichten zu erreichen, wohl deutlich nicht erreicht.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Drittens: Ca. 75 % der Bildungszeit werden für betriebliche Bildung genutzt, doch die bieten die Unternehmen ohnehin an. Viertens: Politische Bildungsveranstaltungen werden teilweise zur Indoktrination benutzt und widersprechen damit dem Grundsatz in § 1 Absatz 4 des Bildungszeitgesetzes.

Das sind klare Fakten, meine Damen und Herren.

Darf ich Sie in unseren geliebten deutschen Wald entführen? Kennen Sie besondere Wuchsformen von Bäumen? Kennen Sie die Sprache der Bäume? Schließen Sie Ihre Augen, und nehmen Sie mit mir die Kraft des Waldes wahr. Riechen Sie diese feuchte, frische, harzige Luft? Hören Sie das Rauschen des Laubes im Wind? Haben Sie schon einmal Lindenlaub gegessen?

(Abg. Anton Baron AfD: Grünes Parteiprogramm!)

Nun, Sie fragen sich jetzt sicherlich, was das alles mit dem Thema Bildungszeitgesetz zu tun hat. Das, was ich eben vor Ihr geistiges Auge projiziert habe, sind Inhalte der Seminare „Bäume an Orten der Kraft“ und „Mythos und Heilkraft der Bäume“. Die Teilnahme an diesen beiden Seminaren ist hoch-offiziell als Bildungszeiturlaub anerkannt, meine Damen und Herren,

(Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Ogottogott!
– Abg. Anton Baron AfD: Grünes Parteiprogramm!
– Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Große Unruhe)

und das sind keine Ausnahmen. So können begeisterte Pilzsucher das Seminar „Die wunderbare Welt der Pilze“ oder das Seminar „Frühlingskräuter mit allen Sinnen!“ buchen – auf Bildungszeitkosten! Schauen Sie nach. Wen es in die Wärme zieht, dem sei das Seminar „Teneriffa – Chancen und Herausforderungen einer europäischen Ferieninsel“ empfohlen. Kulturbegeisterte können sich für das Seminar „Venedig – Welt-erbe zwischen Tourismus, Ökonomie und Naturerhalt“ entscheiden.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Super!)

Wenn Sie sich nun fragen, was diese Freizeit- und Urlaubsaktivitäten mit den Intentionen des Bildungszeitgesetzes zu tun haben, stehen Sie sicherlich nicht allein da. Die angeführten Beispiele zeigen mehr als deutlich, welche Blüten dieses von Anbeginn sinnlose Gesetz inzwischen getrieben hat.

(Beifall bei der AfD)

Die Arbeitgeber fragen sich, wieso sie gesetzlich gezwungen werden, Mitarbeiter bei vollem Gehaltsausgleich zum Pilze-

suchen zu schicken, während sich die Arbeit im Betrieb stapelt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Die Kollegen werden sich fragen, warum sie den Urlaub ihrer Kollegen mit Überstunden ermöglichen müssen.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Pilzesuchen!
Wahrscheinlich bestimmte Pilze, Herr Sckerl!)

Aber das Erkennen dieser Sinnlosigkeit und auch der Schädlichkeit dieses Gesetzes ist ja nicht neu. Schon bei seiner Einführung im Jahr 2015 hat die damalige Opposition vehement gegen das Gesetz Stellung bezogen, vor allem der damalige Oppositionsführer, die CDU.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Interessant!)

Im Bericht über die damalige Ausschussberatung ist nachzulesen:

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU führte aus, die CDU lehne den Gesetzentwurf der Landesregierung komplett ab. ... Die Kosten, die aus dem Bildungszeitgesetz resultierten, stellten für die großen Unternehmen mit Sicherheit kein existenzgefährdendes Problem dar, wohl aber für die kleinen und mittelständischen Unternehmen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Diese wahren Worte kommen heute von uns, von der AfD. Und sie gelten noch immer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Sie gelten nur nicht für diejenigen, die sie damals ausgesprochen haben. Der damalige Oppositionsführer befindet sich inzwischen an der Koalitionsleine und tut artig, was sein grünes Herrchen ihm beigebracht hat.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oje, wie einfältig kann man nur sein! – Gegenruf der Abg. Sabine Wölfle SPD: Da ist immer noch Luft nach oben!)

Das CDU-geführte Wirtschaftsministerium ließ nämlich im Oktober 2019 verkünden:

Auf der Basis der Evaluation ... werden wir nun zeitnah innerhalb der Koalition ausloten, wie wir das Bildungszeitgesetz im Detail noch verbessern können, um die positiven Effekte künftig weiter zu verstärken.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Ist das Mikrofon kaputt?)

Wahrscheinlich sind damit die positiven Ortskräfte gemeint, welchen das Seminar „Bäume an Orten der Kraft“ nachgeht.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Geht es etwas lauter?)

Meine Damen und Herren von der CDU, das, was Sie hier veranstalten, ist eine rückgratlose 180-Grad-Wende wider die eigene Überzeugung. Aus Gründen des reinen Machterhalts und auf Anweisung der Berliner

(Abg. Reinhold Gall SPD: Auf welche Anweisung?)

(Carola Wolle)

haben Sie sich mit dem politischen Gegner ins koalitionäre Ehebett gelegt und verraten dabei die Interessen Ihrer – ich muss schon so sagen – wahrscheinlich früheren Wähler.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Nichts belegt das exemplarischer als das Handeln hier, das jetzige Einstehen für das Bildungszeitgesetz.

Meine sehr geehrten Kollegen, auch wenn unser Gesetzentwurf zur Aufhebung des Bildungszeitgesetzes von Ihnen mit Sicherheit abgelehnt wird, so ist in diesem Haus dennoch eine Mehrheit für die Abschaffung dieses Bildungszeitgesetzes. Wenn aber der Wille einer Mehrheit von Abgeordneten nicht zu einer Mehrheit im Parlament führt, dann stimmt mit der Demokratie in unserem Land irgendetwas nicht mehr.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechter [fraktionslos] – Abg. Claus Paal CDU: Das entscheiden gerade Sie!)

Doch das ist nicht nur in Baden-Württemberg so. Die Vorgänge bei der Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen haben dieses demokratische Defizit für alle ganz klar sichtbar gemacht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE und Abg. Nicole Razavi CDU: Das sagt die Richtige!)

Nicht die Wahl eines Ministerpräsidenten mit den Stimmen der AfD war der Skandal.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eine Schmierenkommödie haben Sie dort abgezogen, und sonst gar nichts! – Weitere Zurufe)

Ein Skandal ist die unmittelbar daran anschließende politische und mediale Hetzjagd gegen einen frisch gewählten Ministerpräsidenten und dessen Familie. Der hat Kinder.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ganz genau! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Solche Redebeiträge brauchen wir wirklich nicht! – Abg. Nicole Razavi CDU: Wer schreit, hat unrecht! – Weitere Zurufe)

Das Machtwort der Kanzlerin, dass diese Wahl umgehend rückgängig gemacht werden müsse

(Zurufe, u. a. Abg. Nicole Razavi CDU: Wieso schreien Sie eigentlich so? – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– weil hier auch geschrien wird –, ...

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nein!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Kein Stenograf und keine Stenografin versteht hier noch ein Wort. Ich bitte um Ruhe.

Abg. Carola Wolle AfD: ... verbunden mit Gewaltandrohungen der von Ihnen unterstützten linksextremen Antifa

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

und dem so erzwungenen Rücktritt eines demokratisch gewählten Ministerpräsidenten ist der eigentliche, tatsächliche demokratische Sündenfall, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den Grünen und der SPD – Gegenruf des Abg. Stefan Räßle AfD: Getroffene Hunde bellen! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja, ja! Auf Sie warten wir gerade noch!)

Die freie Entscheidung frei gewählter Abgeordneter zählt in diesem Land nichts mehr. Eigentlich wäre das ein Fall für den Verfassungsschutz.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ausgerechnet! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ausgerechnet Sie! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Die rechte Hand ist schon oben! – Unruhe)

– Frau Präsidentin, können Sie bitte für Ruhe sorgen?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Wolle, wenn Sie einen Moment warten, beruhigen sich Ihre Kollegen vielleicht auch wieder, und man versteht Sie. – Jetzt können wir das vielleicht zu Ende bringen.

Abg. Carola Wolle AfD: Die freie Entscheidung frei gewählter Abgeordneter zählt in diesem Land nichts mehr. Eigentlich wäre das ein Fall für den Verfassungsschutz,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Richtig!)

wäre dieser inzwischen nicht de facto ein Regierungsschutz.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Richtig! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Liebe Kollegen, ich prophezeie Ihnen bereits jetzt, dass Sie im nächsten Jahr vor einer ganz ähnlichen Situation stehen werden. Sie werden vor der Wahl stehen, entweder Ihrer politischen Überzeugung und dem Auftrag Ihrer Wähler zu folgen oder Ihrem politischen Gegner weiter das Bett zu bereiten, ihn weiter gewähren zu lassen oder sich sogar in einer erneuten Koalition weiter selbst zu verzweigen.

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ohne dem nächsten Landtag und seinen Abgeordneten vorgehen zu wollen, kann ich Ihnen aber eines versichern, nämlich dass die AfD in Baden-Württemberg auch zukünftig bereitstehen wird, den grünen Mehltau von diesem Land zu nehmen und seine Zukunftsfähigkeit wiederherzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Träumen Sie weiter!)

Es wird dann an Ihnen liegen, ob Sie persönliche oder parteipolitische Machtinteressen über das Wohl des Landes stellen

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut! – Zuruf von den Grünen: Das sagt die Richtige! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

oder ob Sie genügend Rückgrat besitzen, endlich wieder Ihrer politischen Überzeugung zu folgen, wie es Ihnen im Üb-

(Carola Wolle)

rigen auch die Landesverfassung vorgibt. Die Abstimmung über unseren Gesetzentwurf zur Aufhebung des Bildungszeitgesetzes könnte dabei als erste Lockerungsübung dienen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wenn eine Mehrheit der Abgeordneten in diesem Haus das Bildungszeitgesetz für überflüssig hält und unserem Gesetzentwurf zustimmt, dann wird dieses umgehend Geschichte sein. Unserem Land, unserer Wirtschaft wäre damit ein wichtiger Dienst erwiesen –

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau so ist es!)

unserer Demokratie sowieso.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Im Übrigen werden wir für die Abstimmung über unseren Gesetzentwurf eine namentliche Abstimmung beantragen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ogottogott!)

Denn die Unternehmen und die Bürger in diesem Land sollen ganz deutlich erkennen, wer sich für ihre Belange einsetzt und wer eben nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau! – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das wird die Arbeitnehmer freuen! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Dann ist jetzt Frau Kollegin Lindlohr für die Grünen am Redepult.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Wolle hat jetzt noch einmal die Frage angesprochen, wie es um unsere Demokratie bestellt ist,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Schauen Sie doch nicht so böse!)

und hat die Thüringer Vorgänge angesprochen. Ich halte hier – so glaube ich – für alle anderen Fraktionen fest: Wir sind uns voll bewusst, dass die AfD unsere Demokratie überwinden will. Wir stehen dagegen, und das insgesamt.

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU und der SPD sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Lachen bei der AfD – Abg. Bernd Gögel AfD: Das, was Sie darunter verstehen, das wollen wir überwinden! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie reden hier wie Joseph Goebbels! Können Sie mal was anderes anstimmen? – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ausgerechnet Fiechtner! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort hat jetzt Frau Abg. Lindlohr.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Dazu wegen Thüringen – weil Frau Wolle es angesprochen hat; das war jetzt nicht mein Ziel – ein Zitat des Herrn Höcke,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Julius Streicher wäre froh über Sie! – Gegenruf: Ruhe! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sowohl Goebbels als auch Streicher, das geht nicht! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Goebbels und Streicher, das geht nicht! – Unruhe)

der neben vielen anderen Dingen z. B. sagt:

Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen – –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Er hat Frau Lindlohr mit Goebbels und Streicher verglichen! Das geht nicht!)

– Ach, hat er? Ad personam ist es nicht zulässig, wie Sie wissen, Herr Fiechtner.

(Abg. Anton Baron AfD zu Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hören Sie auf, Einfluss auf die Präsidentin zu nehmen! Meine Güte! – Gegenruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Goebbels und Streicher kann man nicht einfach so erwähnen! – Zuruf von den Grünen: Es gibt Grenzen in diesem Haus! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur AfD: Immer schön den Ball flach halten! – Abg. Bernd Gögel AfD zu den Grünen: Beantragen Sie, dass wir in die Ecke stehen müssen? – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Warum decken Sie das? – Lebhaftes Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Sagt mal, könnt ihr jetzt mal still sein?

(Anhaltende Zurufe von den Grünen und der SPD – Gegenruf des Abg. Bernd Gögel AfD: Beantragen Sie doch den „blauen Stern“ für uns! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sag einmal! – Glocke der Präsidentin)

– Jetzt ist aber Ruhe!

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Der Genickschuss kommt ja auch bald! – Gegenruf: He!)

– Sind Sie jetzt mal fertig und würden mir das Wort – –

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD zu Abg. Bernd Gögel AfD: Ist das ein Hammer! Was haben Sie gesagt? – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir sollen den „blauen Stern“ für sie beantragen! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Unglaublich! – Abg. Sabine Wölflé SPD: Das ist unglaublich, was man hier ertragen muss!)

– Liebe Sabine Wölflé, sehr geehrter Herr Kollege – –

(Zurufe – Anhaltende Unruhe)

– Wollen Sie vielleicht rausgehen und es dort weiterführen?

(Zurufe – Fortgesetzte Unruhe)

– Ja, wenn Sie mir einmal das Wort lassen würden, könnten wir das fortsetzen.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ich konnte dem jetzt akustisch nicht ganz folgen. Wenn es der Fall ist, dass hier das Thema „Blauer Stern“ angesprochen wurde – also von diesen Seiten –,

(Zuruf: Ja!)

sozusagen die Vernichtung von Einzelnen hier in den Raum gestellt wurde – das weiß ich jetzt nicht, aber so haben es die Kollegen auf dieser Seite vernommen –, ...

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das machen Sie doch!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Lindlohr, vielleicht halten Sie jetzt auch mal einen Moment die Rede an.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: ... dann wäre das ungeheuerlich, und das würde ich zurückweisen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie machen das doch, Frau Lindlohr!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Und Sie erst recht, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

(Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

Ich werde das Protokoll fragen, was genau gehört wurde. Ich habe hier nur „Streicher“ gehört.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Räßple hat „Goebbels“ gesagt! Eindeutig! – Zuruf: „Genickschuss“! – Unruhe)

Wir können Sie ja – – Möchten Sie vielleicht wiederholen, was Sie gesagt haben? Dann ist es ganz eindeutig.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Fragen Sie das Protokoll, Frau Präsidentin! – Gegenruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Feigling! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Wer hat da „Feigling“ gerufen? Frechheit!)

Ich möchte Sie jetzt insgesamt einmal bitten, sich ein bisschen zurückzuhalten. Sie provozieren hier wahnsinnig und völlig überflüssig und unnötig.

(Abg. Stefan Räßple AfD: Die Frau Kollegin hat behauptet, wir wollten die Demokratie abschaffen!)

– Sie packe ich da jetzt gleich noch mit hinein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das müssen Sie aushalten, Frau Präsident! Das ist Parlamentarismus! – Abg. Stefan Räßple AfD: Die Frau Kollegin hat gesagt, wir wollten die Demokratie abschaffen! – Gegenruf von den Grünen: Das stimmt ja auch! – Weitere Zurufe – Lebhaftige Unruhe)

– Die Frau Kollegin hat noch das Wort und sonst gerade niemand – von Ihnen beiden sowieso nicht.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßple AfD)

Frau Abg. Lindlohr, wir würden das dann einfach noch einmal nachschauen. Dann ist auf jeden Fall ein Ordnungsruf fällig, wenn das so angekommen ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Sie haben jetzt weiterhin Ihre Redezeit, Frau Lindlohr.

(Zuruf von den Grünen: Endlich!)

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Genau. – Wir sind ja bei der Beratung des Gesetzentwurfs der AfD zur Aufhebung des Bildungszeitgesetzes Baden-Württemberg. Die Kollegin Wolle hat bei der Einbringung dieses Gesetzentwurfs einen Zusammenhang hergestellt mit der Frage, warum wer in Thüringen zum Ministerpräsidenten gewählt wird. Deswegen zitiere ich jetzt Herrn Höcke mit folgender Aussage.

Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen, dann werden die Schutthalden der Moderne beseitigt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau! – Zuruf des Abg. Stefan Räßple AfD)

Das ist eines der vielen Zitate, die auf die Systemüberwindung hinweisen, die die AfD hier anstrebt und der wir uns entgegenstellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich glaube, wir werden an anderer Stelle darüber sprechen, wie wichtig Weiterbildung in Baden-Württemberg ist.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Für die Grünen ganz besonders!)

Wir haben im Ländervergleich zwar weiter eine hohe Weiterbildungsquote, aber wir wissen, dass sie angesichts der großen Herausforderungen, im Rahmen derer sich unsere Arbeitswelt weiterentwickelt, nicht ausreicht. Es ist gut, dass wir uns vonseiten der Landesregierung, der Fraktionen mit Weiterbildung beschäftigen und dass dort viele Impulse kommen.

Ich rege an, dass auch Sie sich damit vertieft beschäftigen. Dann kommen Sie vielleicht darauf, dass wir uns damit befassen müssen, dass die Weiterbildung bei uns in Baden-Württemberg regional sehr unterschiedlich verteilt ist. Sie können diese Informationen im Deutschen Weiterbildungsatlas finden. Die geringste Weiterbildungsquote unter den Kreisen hat Pforzheim mit 6,7 %; Stuttgart, aber auch Schwäbisch Hall liegen hingegen bei 20 %. Es gibt bei uns im Land also einen großen Weiterbildungsbedarf für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auch für andere. Deswegen nehmen wir uns dieses Themas umfassend an, auch mit dem Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das Land kann dies aber auch nicht allein tun; Strukturwandel und Konjunkturfragen kommen nun noch zusammen. Daher sollten wir in diesem Haus gemeinsam dafür kämpfen, dass der Bund die Weichen so stellt, dass sie für Baden-Württemberg passen und unser wirtschaftsstarkes Land dies gut bewältigen kann.

Deswegen fordere ich von hier aus den Bund auf, das Kurzarbeitergeld wieder zugänglich zu machen und das Qualifizie-

(Andrea Lindlohr)

rungschancengesetz – das eigentlich gut ist – so zu gestalten, dass die mittelständischen Unternehmen in unserem Land gut gefördert werden können. Das passt im Moment nicht für unsere Mittelständler; es ist für die Großunternehmen okay, aber unsere Mittelständler brauchen hier mehr Unterstützung. Es geht also darum, das Qualifizierungschancengesetz des Bundes zu verbessern; das ist eine wichtige Forderung aus baden-württembergischer Sicht.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Bildungszeit ist ein Baustein der Weiterbildung in Baden-Württemberg. Das hat Frau Kollegin Wolle sogar angesprochen. Über die Bildungszeit werden zu etwa 70 % Angebote der beruflichen Weiterbildung gewählt; das halte ich für ein gutes Zeichen. Ich würde Sie auch bitten, dass Sie, wenn Sie hier Beispiele zitieren, sich auf Beispiele aus Baden-Württemberg beschränken.

(Abg. Carola Wolle AfD: Es sind baden-württembergische Beispiele!)

Denn die Bildungszeit in Baden-Württemberg steht für Qualität. – Wir können das ja im Ausschuss noch weiter besprechen.

Ich möchte Sie bitten, keine falschen Behauptungen über die Evaluation des Bildungszeitgesetzes zu treffen. Denn Indoktrination stammt aus Ihren Köpfen; das ist Ihre Sicht auf die Welt.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Das sind keine Aussagen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die dieses Gesetz evaluiert haben. Sie sollten das also bitte zurücknehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Es gibt ja gekaufte Wissenschaftler!)

Wir haben hier schon mehrfach über die Bildungszeit in Baden-Württemberg gesprochen. Sie kann besser werden; wir wollen sie weiterentwickeln und haben dazu viele gute Gespräche geführt. Wir kommen hier auch voran.

Mit der heutigen Debatte steht erneut fest: Die AfD ist arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmerfeindlich. Sie wollen ihnen das Recht auf selbstbestimmte Weiterbildung über die Bildungszeit Baden-Württemberg wegnehmen.

(Widerspruch bei der AfD – Abg. Carola Wolle AfD: So ein Quatsch! – Abg. Anton Baron AfD: Fake News! Unwahrheiten verbreiten, das können Sie!)

Es ist wichtig, dass wir dies nochmals festhalten, so, wie wir es auch schon bei der Beratung Ihres Gesetzentwurfs zur Abschaffung des Landestarifreue- und Mindestlohngesetzes getan haben und wie wir dies auch aus weiteren Äußerungen kennen.

(Abg. Anton Baron AfD: Schauen Sie mal in den Protokollen aus der letzten Wahlperiode, was die CDU dazu gesagt hat!)

Also auch hier noch eine wichtige Feststellung: Die AfD stellt sich hier gegen die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Kollegin.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wir unterstützen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt spricht Herr Kollege Paal für die CDU.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh! Das ist mutig! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Jetzt gibt es noch Hoffnung!)

Abg. Claus Paal CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten versuchen, wieder etwas abzukühlen und zur Sachlichkeit zurückzukehren.

Wir beraten einen Gesetzentwurf der AfD zur Aufhebung des Bildungszeitgesetzes – und das Ganze ein paar Wochen, nachdem die FDP/DVP einen identischen oder fast identischen Gesetzentwurf

(Abg. Anton Baron AfD: Fast identisch!)

hier eingebracht hat. Was das soll, zwei Monate später, das erschließt sich mir nicht.

(Abg. Carola Wolle AfD: Den haben wir rechtzeitig eingebracht! – Abg. Anton Baron AfD: Manchmal machen es die Nuancen!)

Aber ich muss auch nicht alles verstehen, was die AfD hier tut und treibt. Sie machen auf jeden Fall weiter wie seither auch, indem Sie populistisch den Versuch machen, Politik zu betreiben und die Menschen draußen für sich zu ködern. Sie werden das nicht schaffen; das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie des Abg. Andreas Stoch SPD – Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Anton Baron: Herr Paal, lesen Sie doch Ihre heutige Pressemitteilung, Ihre letzte Pressemitteilung! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Der Redebeitrag der Kollegin war das beste Beispiel dafür, wie man Politik nicht machen sollte und wie man die Menschen draußen auch nicht vertritt.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, ja, ja!)

Zum Inhaltlichen verweise ich im Übrigen auf meine Plenarreden vom 17. Oktober und vom 13. November 2019. Zum Thema „Abschaffung des Bildungszeitgesetzes“ ist damit inhaltlich alles gesagt. Nur so viel für heute: Der Prozess zur Novellierung des Bildungszeitgesetzes ist – das wissen Sie – angelaufen. Wir haben eine Evaluation durchgeführt. Die Koalition, die regierungstragenden Fraktionen nehmen dieses Thema sehr ernst im Interesse der Unternehmen, der Unternehmer und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Claus Paal)

Das Gesetzgebungsverfahren zur Überarbeitung wird dann eingeleitet, und das parlamentarische Verfahren wird hier stattfinden, und dann werden wir alle Punkte, die in diesem Gesetzentwurf vorgelegt werden, ausführlich diskutieren. Das ist dann auch der richtige Zeitpunkt und der richtige Ort, um das im Detail zu besprechen.

Ihren Gesetzentwurf werden wir ablehnen, bzw. heute wird er – Frau Kollegin, damit Sie das wissen – an den Ausschuss überwiesen. Wie das namentlich geht, darauf bin ich nachher gespannt.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Eine namentliche Überweisung!)

Der Diskussion im Ausschuss werden wir uns auf jeden Fall nicht verweigern. Deshalb verweisen wir den Gesetzentwurf heute in den Ausschuss, wie es richtig ist.

Zum Thema Weiterbildung insgesamt möchte ich noch ein paar Worte zur AfD sagen. Sie sollten das Thema – das ist wirklich ein gut gemeinter Hinweis – ernster nehmen, als Sie es heute tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Wie vieles!)

Wir erleben eine Zeit, in der die Demokratie nicht mehr sicher ist. Sie leisten hierzu auch einen Beitrag. Da würde ich mich wirklich einmal selbst an der Nase fassen und kritisch betrachten.

(Abg. Anton Baron AfD: Inwiefern?)

Wir erleben eine Zeit, in der Demokraten wie wir gefordert sind und auch hellwach sein müssen. Die schrecklichen Ereignisse der jüngsten Zeit in Halle und Hanau haben uns drastisch vor Augen geführt, dass wir in gefährlichen Zeiten leben. Diese Zeiten erfordern eine klare Sprache, und wir alle, die die Demokratie vertreten, sind bereit, diese Sprache auch zu sprechen.

(Beifall des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wenn Weiterbildung und Bildung dazu beitragen können, unsere Demokratie zu schützen, Extremismus zu bekämpfen und Geschichte so zu erklären, wie sie auch tatsächlich stattgefunden hat, dann tun wir gut daran, eher mehr Weiterbildung als weniger Weiterbildung zu ermöglichen. Demokraten werden die AfD mit ihren durchsichtigen Winkelzügen immer stellen. Die AfD vertritt nicht – ich habe es gerade gesagt – die Interessen der Unternehmer und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Lachen des Abg. Rüdiger Klos AfD – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Leider schwach! Schade!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, jetzt haben Sie das Wort.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Klare Ansage: Wir sind stolz auf das Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Mit der SPD wurde es in diesem Bundesland im Juli 2015 endlich zum Gesetz, nachdem fast alle anderen Bundesländer schon entsprechende Gesetze hatten und auch sehr gute Erfahrungen damit gesammelt hatten. Es wurde faktisch auch gegen die Grünen durchgesetzt, bekämpft von der CDU, aber durchgesetzt eben nicht nur von der SPD, sondern von einem breiten Bündnis – „Wir sind mehr“ – aus Gewerkschaften, Landfrauen, Kirchen, Sport, Naturfreunden, Arbeiterwohlfahrt, Volkshochschulen und vielen mehr.

Das ist ein Meilenstein, denn es gibt den Beschäftigten das eigene, von ihnen zu wählende Recht, die Möglichkeit, darauf zuzugreifen, sich für Weiterbildung zu entscheiden, und zwar beruflich und – aktueller denn je – eben auch im Bereich der politischen Bildung.

Es verbietet das Recht, sich hierfür – übrigens unter Lohnfortzahlung – freustellen zu lassen. Die Kosten für Unternehmen sind sehr überschaubar. Es macht nichts Anderes, als die Idee des lebenslangen Lernens mit konkreten Angeboten zu unterfüttern. Gerade heute – das haben wir gerade vorhin auch diskutiert: Digitalisierung, Veränderungen nicht nur in der Verwaltung, sondern insbesondere auch in der Industrie – ist das extrem wichtig, vor allem vor dem Hintergrund der Transformation, in der sich beispielsweise auch unsere Automobilindustrie befindet.

Kurz: Wo andere nur Sonntagsreden halten, haben wir mit der Einführung des Bildungszeitgesetzes in diesem Land ganz konkret gehandelt.

(Beifall bei der SPD)

Aber – das war auch schon Gegenstand in diesem Haus – Baden-Württemberg hat auch Zeit verloren, das Bildungszeitgesetz bekannter zu machen, dafür zu werben. Statt für Weiterbildung zu werben, war die Landesregierung bereit, massive Einschnitte vorzunehmen. Nur durch eine deutliche Mobilisierung konnten Grüne und CDU davon abgehalten werden. Gewerkschaften und Verbände haben auf der Straße und in Veranstaltungen Druck gemacht. Die SPD hat hierfür parlamentarisch gekämpft. Das Bildungszeitgesetz konnte damit gerettet werden.

Ich werde nicht müde, es zu wiederholen: noch einmal einen ganz herzlichen, großen Dank an die vielen Engagierten des Bündnisses für das Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Alexander Schoch GRÜNE)

Dass die AfD jetzt wieder einmal mit einem Schmalspurgesetzentwurf daherkommt, um das Thema für sich zu besetzen, überrascht nicht.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Effizienz nennt man das!)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Dieser Gesetzentwurf ist ein plumper Versuch der AfD, unter dem Label von Bürokratieabbau und Kostenersparnis nichts anderes zu tun, als gesellschaftlichen Fortschritt wieder zurückzudrängen.

(Abg. Carola Wolle AfD: Das Wort „Bürokratieabbau“ habe ich gar nicht in den Mund genommen!)

Immerhin, Frau Wolle, vertuschen Sie nichts.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Sie sind jetzt nicht dran mit reden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das nennt man Zwischenruf, Frau Präsidentin!)

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Die AfD will Arbeitnehmerrechte beschneiden, die AfD will Beschäftigte einseitig mit Kosten belasten, die AfD will politische Bildung verhindern, die AfD positioniert sich klar gegen den ausdrücklichen Willen von Gewerkschaften, Kirchen, Sport und Verbänden.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Rüdiger Klos AfD: Blödsinn! – Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Aber dieser scheinbar harmlose Gesetzentwurf muss in einem breiteren Kontext der AfD-Anträge gesehen werden. Die Rechtsradikalen – und nichts anderes sind Sie –

(Vereinzelt Beifall – Abg. Udo Stein AfD: Jetzt reicht es aber langsam!)

wollen Demokratiebildung beseitigen. Sie haben die Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung gefordert,

(Abg. Anton Baron AfD: Ja! – Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Sie fordern die Abschaffung des Leitfadens Demokratiebildung,

(Abg. Anton Baron AfD: Ja! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie waren doch Kommunisten!)

und heute fordern Sie die Abschaffung des Bildungszeitgesetzes. Aber Sie werden damit nicht durchkommen.

(Zurufe der Abg. Carola Wolle AfD und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir sind mehr! Sie sind keine Alternative, Sie wollen ein anderes politisches System. Für die SPD und für die Mehrheit in diesem Haus ist klar: Keinen Fuß breit den Gegnern der Demokratie! Natürlich muss dieser Gesetzentwurf abgelehnt werden.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Wenn Sie sich beruhigt haben, dann rufe ich den nächsten Redner auf.

(Abg. Udo Stein AfD: Das ist eine Frechheit, solche Unterstellungen! – Gegenrufe von der SPD, u. a. Abg. Andreas Stoch: Schauen Sie doch mal in den Spiegel! – Abg. Reinhold Gall: Die Wahrheit schmerzt! – Gegenruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie sind doch die Unterstützer des Chefs der Mauerschützenpartei da hinten!)

– Jetzt ist aber gut.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein, das ist die Wahrheit, Frau Präsident! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Raus mit ihm! Raus!)

Sie haben die SPD eben als Mauerschützenpartei bezeichnet.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein, als Unterstützer der Mauerschützenpartei! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Raus mit dem Fiechtner! – Weitere Zurufe)

– Ich verstehe Sie nicht. Hören Sie doch einmal auf, hereinzubrüllen. Hören Sie doch einmal auf, dauernd hereinzubrüllen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Hören Sie doch einfach einmal zu, Frau Präsident!)

– Nein, ich höre Ihnen nicht zu, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr gut!)

Sie erinnern sich jetzt einfach ein kleines bisschen an Ihre gute Kinderstube, die Sie ja anscheinend hatten.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die muss sehr lange her sein! Raus mit dem Kerl! – Gegenruf des Abg. Bernd Gögel AfD: Dem Sckerl! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die gute Kinderstube ist eine Aufgabe bei Ihnen!)

Wenn Sie sich beruhigt haben, rufe ich den nächsten Redner auf. Ich bitte jetzt um Ruhe.

(Zuruf)

Herr Abg. Dr. Schweickert für die Grünen – –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ich muss kurz dem jungen Mann zum Karrieresprung gratulieren! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herzlichen Glückwunsch! – Zuruf: Das ist ein Aufstieg!)

Für die FDP/DVP. Bitte.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Claus Paal, ich gehe nicht so weit im Glauben, dass mit einem Bildungszeitgesetz Herr Fiechtner eine Fortbildung zum Thema „Knigge im Plenarsaal“ oder „Wer austeilt, muss auch einstecken können“ besucht.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie kennen doch Freiherr von Knigge gar nicht, Herr Kollege! Haben Sie ihn denn schon mal gelesen? Wahrscheinlich nicht!)

(Dr. Erik Schweickert)

Ich bin schon erstaunt, wie man bei einer Debatte zur Bildungszeit „Julius Streicher“ und „Der Genickschuss kommt schon bald“ hereinrufen kann, Herr Fiechtner.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Das ist wirklich heftig!)

Das ist ein Punkt, an dem wir uns unterhalten müssen, inwiefern tatsächlich Debatten mit so einem Verhalten einfach nur noch ins Lächerliche gezogen werden. Wenn ein Vorschlag vorliegt – zu dem kann man stehen, wie man will –, dann muss man sich auch mit dem Thema auseinandersetzen und darf nicht nur alles ins Lächerliche ziehen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Wir haben hier einen Gesetzentwurf vom 15. Oktober 2019 vorliegen, dessen Behandlung durch die Haushaltsberatungen etwas nach hinten geschoben worden ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Die Anhörung zu diesem Gesetzentwurf hat im Ergebnis eigentlich schon diesen pathologischen Zustand des Gesetzentwurfs abgebildet. Lediglich die kommunalen Landesverbände haben sich überhaupt zurückgemeldet. In der Stellungnahme haben sie darauf verwiesen, dass sie bereits alles zu diesem Gesetzentwurf bzw. zum Inhalt, nämlich der Abschaffung des Bildungszeitgesetzes, umfassend zu dem Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion im Herbst 2019 zurückgemeldet haben.

Also kann man davon ausgehen, dass das Thema durch ist. Der Gesetzentwurf der AfD enthält im Unterschied zu dem anderen Gesetzentwurf noch eine Übergangsfrist, allerdings eine Übergangsfrist mit dem Datum 1. Januar 2020. Daher hat er sich selbst überholt, und es wird auch klar, dass das Thema in der Plenardebatte zu diesem Gesetzentwurf durch ist.

Jetzt stellt sich die Frage, wie es denn mit dem Bildungszeitgesetz weitergeht. Das ist die Frage. Wir haben klare Positionierungen: Kollege Fulst-Blei und die SPD waren zum Thema Bildungszeit schon immer klar positioniert,

(Abg. Gabi Rolland SPD: Klar!)

genau wie wir, die FDP/DVP, auch.

Die Einzigen, die zu diesem Gesetzentwurf nicht positioniert waren bzw. die sich immer mal um 180 Grad gedreht haben, das waren die Kolleginnen und Kollegen der CDU bzw. die Frau Wirtschaftsministerin.

Deswegen interessiert natürlich die Bürgerinnen und Bürger draußen schon, wie es jetzt mit dem Bildungszeitgesetz weitergeht. Wir haben selbst einen Antrag dazu eingebracht, den Antrag Drucksache 16/7648, der Ende Februar beantwortet wurde. In der Stellungnahme hat die Landesregierung Folgendes deutlich gemacht, Frau Ministerin:

Die Landesregierung strebt an, das Bildungszeitgesetz nicht grundlegend zu ändern. Vielmehr sollen durch Anpassungen die positiven Auswirkungen des Gesetzes weiter verstärkt werden. Dabei geht es vor allem um Vereinigungen und weniger bürokratischen Aufwand.

Wir machen uns auf die Suche, suchen einmal die positiven Auswirkungen. Denn wenn Sie sich das Management Summary konkret auf Seite 9 der Evaluation anschauen, heißt es – ich zitiere –:

Die Evaluation gibt ... Hinweise, dass Geringqualifizierte mit dem Angebot eher nicht erreicht werden.

Oder:

Das BZG BW kann aus Sicht der Wirtschaft bei der Bewältigung von Digitalisierungsanforderungen

– die Debatte hatten wir gerade –

und des Fachkräftemangels nur einen geringen Beitrag leisten.

Usw. usf.

Wenn man sich diese Evaluierungsergebnisse anschaut, Frau Ministerin, muss man sich schon die Frage stellen: Warum geht man den Weg, den Sie, die CDU, jetzt gegangen sind? Frau Ministerin, Sie waren mal ganz anders positioniert, auch beim Thema „Anrechnung von betrieblicher Fortbildung“. Jetzt plötzlich kommt die 180-Grad-Wende. Da frage ich mich schon, wie es zu diesem Wechsel der Position kam. Wurde man von den Grünen überzeugt oder vielleicht von den Mitgliedern aus der eigenen Fraktion? Ich bin gespannt auf Ihre Antwort.

Denn für uns, Frau Ministerin, ist klar, dass nicht nur dieser Gesetzentwurf der AfD-Fraktion jetzt zur Unzeit kommt, sondern dass wir schon Ewigkeiten auf die Novelle und auf die Maßnahmen warten. In Ihren Nebenabreden ist von zwei Jahren die Rede. Jetzt sind deutlich mehr als zwei Jahre – fast vier Jahre – vergangen, Frau Ministerin, und wir wissen noch immer nicht, wohin es gehen soll. Wir haben aus den Koalitionsfraktionen gehört, im ersten Halbjahr – das steht auch in der Stellungnahme zu unserem Antrag – möchte man die Reform, die Novellierung, die Weiterentwicklung – nennen Sie es, wie Sie wollen – vorlegen.

Aber, Frau Ministerin, so ganz kann ich Ihnen das noch nicht glauben. Denn bisher haben Sie bei allen Ankündigungen zu diesem Thema jedes Zeitdatum gerissen. Man hat sich jedes Mal etwas Neues überlegt, warum man doch nicht zu Potte gekommen ist. Wenn man zu Potte kommt, dann würde uns interessieren, wie es jetzt mit der betriebsbezogenen Fortbildung ist, wie es mit der Anrechnung ist. Ich glaube, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber haben ein Recht darauf, zu erfahren, wohin der weitere Weg gehen soll.

Wir werden das Ganze kritisch begleiten, wie wir es bisher auch gemacht haben, aber wir werden es sachlich tun in einer Debatte, die auch eines Gesetzes – egal, ob man es gut oder schlecht findet – würdig ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich das Wort Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut geben.

(Abg. Anton Baron AfD: Bei der Landesbauordnung hat es auch ewig lang gedauert!)

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr.

Nicole Hoffmeister-Kraut: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist nicht lange her, da hatten wir einen Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion behandelt, der ebenfalls die Abschaffung des Bildungszeitgesetzes vorgesehen hat. Wir haben damals breit und ausgiebig darüber diskutiert. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, möchte ich jetzt auch nur auf die wichtigsten Punkte dieser Debatte eingehen.

Lieber Herr Schweickert, Sie haben von Zeitplanungen gesprochen. Es war lediglich festgelegt, dass nach zwei Jahren die Evaluation durchgeführt wird. Die Evaluation haben wir durchgeführt. Im März letzten Jahres haben wir den Evaluationsbericht öffentlich gemacht, und wir haben jetzt in diesen Monaten intern und natürlich auch im Gespräch mit den unterschiedlichen Interessenvertretern und den Akteuren, die von dem Bildungszeitgesetz betroffen sind, diskutiert. Wir haben die Evaluation auch aufgearbeitet. Diese aufgewendete Zeit war notwendig, um eben auch sorgfältig zu agieren. Das ist mir wichtig; denn Qualität ist ein hohes Gut und für die Landesregierung ganz wichtig.

Der Abbau überflüssiger Bürokratie ist ein Punkt, der der Landesregierung, aber auch mir persönlich ein wichtiges Anliegen ist. Ich leiste in vielen Bereichen als Wirtschaftsministerin auch einen Beitrag; so wollen wir das auch beim Bildungszeitgesetz tun.

Die Empfehlungen des Normenkontrollrats zum Bildungszeitgesetz haben Sie ebenfalls zur Kenntnis genommen. Dabei wird Ihnen nicht entgangen sein, dass auch der Normenkontrollrat keineswegs eine Abschaffung des Gesetzes vorschlägt. Nicht umsonst spricht auch das evaluierende Institut in seinen Empfehlungen von einzelnen Anpassungen des Gesetzes, aber an keiner Stelle von einer Abschaffung.

Wir haben uns eingehend mit den Ergebnissen der Evaluation und den Argumenten von allen beteiligten Seiten auseinandergesetzt. Auf dieser Basis sind wir zu dem Entschluss gekommen, dass alle drei vom Gesetz umfassten Bereiche – die berufliche Weiterbildung, die politische Weiterbildung und die Qualifikation zum Ehrenamt – ihre Berechtigung haben und erhalten bleiben sollten.

Frau Wolle, Sie hatten von Maßnahmen gesprochen. Wir haben in Baden-Württemberg bisher lediglich eine Trägeranerkennung.

(Abg. Carola Wolle AfD: Das ist das Problem!)

Ich weiß nicht: Diese Maßnahmen müssen aus einem anderen Bundesland gewesen sein. Bei uns entscheiden dann die Betriebe, ob es eine betriebliche, eine politische oder eine ehrenamtliche Weiterbildung ist, und sie entscheiden auch darüber, ob sie diese Maßnahmen akzeptieren. Das muss offensichtlich aus einem anderen Bundesland gewesen sein.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Nein! – Abg. Carola Wolle AfD: Nein, nein, nein! Das können wir dann im Ausschuss besprechen!)

– Das können wir dann im Ausschuss ausführlich besprechen. Aber Fakt ist, dass es bei uns keine Maßnahmenanerkennung gibt,

(Abg. Carola Wolle AfD: Das ist das Problem!)

dass es da Abwägungsmöglichkeiten bei den Einzelnen, die hier einbezogen sind, gibt.

Mit einer Novellierung des Bildungszeitgesetzes wollen wir Vereinfachungen umsetzen und vor allem auch bürokratische Entlastungen erreichen.

Zum Zeitraster, Herr Schweickert: Ein erster Gesetzentwurf befindet sich aktuell in der Abstimmung mit den berührten Ressorts. Es geht um die bestmögliche Lösung unter Berücksichtigung aller Interessen, die Verringerung von vermeidbaren Belastungen für die Unternehmen in unserem Land wie auch für die Bildungszeitnehmenden. In diesem Sinn arbeiten wir daran. Ich freue mich dann über die ausführliche Debatte, auch hier im Plenum und im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Andreas Stoch SPD: Das war es schon?)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich nicht!)

Dann schlage ich vor, dass wir den Gesetzentwurf Drucksache 16/7045 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau überweisen. – Damit sind Sie einverstanden. Dann ist das so beschlossen.

Wir können Punkt 3 der Tagesordnung abschließen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg) – Drucksache 16/7463

Hierzu hat das Präsidium ebenfalls für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion vorgesehen.

Zuerst spricht Herr Abg. Dr. Kern für die FDP/DVP.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Drei Bundesländer halten sich in den bundesweiten Vergleichen der Schülerleistungen seit Jahren im Spitzenfeld: Bayern, Sachsen und Thüringen. Früher haben sich auch die baden-württembergischen Schülerleistungen durchgängig im Spitzenfeld bewegt. Doch mit dem Jahr 2015 stieg unser Land im Ländervergleich in dramatischer und beispielloser Weise ab.

Was zeichnet nun die drei erwähnten Bundesländer aus? Alle drei verfügen nicht nur über ein vielgliedriges und differenziertes Schulsystem, sondern auch als einzige Bundesländer über eine verbindliche Grundschulempfehlung für die weiterführende Schulart nach Klasse 4.

Auch in Baden-Württemberg gab es lange eine verbindliche Grundschulempfehlung. Als einer ihrer ersten größeren bildungspolitischen Amtshandlungen schaffte die damalige,

(Dr. Timm Kern)

grün-rote Landesregierung die verbindliche Grundschulempfehlung ab – ohne Vorbereitung, ohne Begleitmaßnahmen, ohne zusätzliche Unterstützung für die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen.

Als Folge dieser grün-roten Entscheidung schnellten die Sitzbleiberquoten in der Klasse 5 der Realschulen von 0,7 % im Jahr 2012 auf 3,3 % im Jahr 2013 und an den Gymnasien von 0,5 % im Jahr 2012 auf 1,2 % im Jahr 2013 bzw. auf 1,5 % im Jahr 2015 hoch. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit verdreifachten sich die Werte an den Gymnasien; an den Realschulen verfünffachten sie sich sogar beinahe.

Der FDP/DVP-Fraktion ist dabei eines ganz besonders wichtig: Wir dürfen nicht vergessen, dass hinter diesen Zahlen Einzelschicksale junger Menschen stehen. Was bedeutet es für junge Menschen und ihr Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit, wenn sie – meist im Alter von zehn Jahren – pausenlos frustriert werden, weil die Lehrerin bzw. der Lehrer permanent zum Überbringer schlechter Nachrichten, das heißt schlechter Noten, wird?

Dass eine Klasse wiederholt werden muss, ist in einzelnen Fällen zweifellos sinnvoll und notwendig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Aber dieses Wiederholen ergibt nur Sinn, wenn für den betroffenen Schüler die Aussicht besteht, dass er oder sie durch dieses zusätzliche Jahr den Lernrückstand tatsächlich aufholen kann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Im Prinzip richtig!)

Wie ging es nun mit der Entwicklung weiter? Gemäß Statistischem Landesamt halten sich die Sitzbleiberquoten an den Gymnasien bis heute und an den Realschulen bis zur Abschaffung des Wiederholens in Klasse 5 relativ konstant auf diesem besorgniserregend hohen Niveau. Außerdem erhöhte sich nach Angaben des Kultusministeriums die Zahl der Schulwechsler von den Gymnasien auf andere weiterführende Schulen von 1 965 im Schuljahr 2011/2012 auf 2 455 im Schuljahr 2017/2018. Das bedeutet eine Steigerung um 24,93 % und damit ca. ein Viertel mehr Schulwechsler von den Gymnasien.

Schließlich weist der Philologenverband seit dem Schuljahr 2015/2016 auf den konstant hohen Anteil überforderter Schüler in den Eingangsklassen des Gymnasiums hin. Wie aus der Umfrage des Verbands zum Schuljahr 2018/2019 hervorgeht, an der landesweit 60 Gymnasien teilgenommen hatten, waren rund 7,2 % der Schülerinnen und Schüler in den Klassenstufen 5 bis 8 an den Gymnasien im Land überfordert. In der Klassenstufe 6 belief sich der Anteil der überforderten Schüler sogar auf 8,6 %.

Verantwortungsvollen Bildungspolitikern müssen diese besorgniserregenden Zahlen in Baden-Württemberg Anlass zu großer Sorge und Aufforderung zu konsequentem Handeln sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wir, die FDP/DVP-Fraktion, haben diese Entwicklung nun fünf Jahre lang mit großer Sorge beobachtet. Wir können nicht und wollen auch nicht länger zuschauen. Deshalb haben wir nun einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, um im Interesse der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Lehrerinnen und Lehrer die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung wieder einzuführen.

Eine verbindliche Grundschulempfehlung erleichtert die Bildung von Klassen aus Schülern mit vergleichbaren Begabungen und Leistungsvoraussetzungen stark. Dies wiederum ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass jeder Schüler und jede Schülerin bestmöglich gefördert werden können.

Wir, die FDP/DVP-Fraktion, wollen eben nicht die eine Schule für alle, sondern die passende Schule für jedes Kind, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

In diesem Zusammenhang vertrauen wir Freien Demokraten im Gegensatz zur SPD, zu den Grünen und offensichtlich auch zur CDU

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Na, na!)

den Einschätzungen der Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen, die die passenden weiterführenden Schulen für die Kinder empfehlen.

Wichtig ist uns Freien Demokraten, dass es bei einer verbindlichen Grundschulempfehlung selbstverständlich eine Möglichkeit ihrer Überprüfung gibt. Unser Gesetzentwurf sieht deshalb vor, dass ein Schüler auch durch Bestehen einer Aufnahmeprüfung an einer Schule der gewünschten Schulart aufgenommen werden kann.

Für die Durchführungsbestimmungen favorisiert die FDP/DVP-Fraktion eine Aufnahmeprüfung auf der Grundlage einheitlicher Standards an der weiterführenden Schule, für die sich der Schüler bewirbt. Besteht er die Prüfung, gilt die Aufnahme nur für die betreffende Schule.

Der verbindlichen Grundschulempfehlung kommt eine entscheidende Bedeutung für die Funktionsfähigkeit eines vielfältigen und differenzierten Schulsystems insgesamt zu. Sie dürfte auf längere Sicht maßgeblich zu dessen Erhalt beitragen.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt spricht Frau Abg. Boser für die Grünen.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf will die FDP/DVP vermeintlich die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit Konzepten der Vergangenheit bewältigen. Diesen Weg werden wir nicht gehen, und wir werden diesen Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Sandra Boser)

Dabei kann man wieder einmal feststellen, dass bei einigen in der Bildungspolitik Fakten und Wissenschaft nach wie vor keinerlei Grundlage für ihr Handeln sind. Ich frage daher an dieser Stelle schon: Können Sie denn überhaupt beweisen, dass ein leistungsstarkes Bildungssystem, wie Sie es immer behaupten, eine verbindliche Grundschulempfehlung braucht?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schauen Sie doch mal nach Bayern oder Sachsen!)

Es gibt keinerlei wissenschaftliche Grundlage für diese Behauptung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ja!)

Kein Experte, den wir – –

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Grüne Wissenschaft! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

– Darf ich bitte ausreden? Vielen Dank. – Kein Experte, den wir im Zusammenhang mit den Leistungsvergleichen – –

(Anhaltende Zurufe, u. a. Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Hier wird es doch immer schlechter dank Ihrer Bildungspolitik! – Gegenruf von den Grünen: Wir wollen jetzt Frau Boser hören und niemand anderes! – Gegenruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Sie vielleicht!)

Kein Experte, den wir im Zusammenhang mit den Leistungsvergleichen gefragt haben –

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

das sind renommierte Wissenschaftler wie Professor Trautwein, wie Professor Bohl, wie Professorin Sliwka;

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Deswegen wird es hier immer schlechter!)

ich könnte weitere aufzählen –,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Meuthen war auch Professor!)

weder die GEW noch andere Lehrerverbände,

(Abg. Anton Baron AfD: Die GEW! – Lachen des Abg. Anton Baron AfD)

fordert die Rückkehr zur verbindlichen Grundschulempfehlung. Sie stehen mit dieser Meinung an dieser Stelle allein.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich möchte auch auf eine Studie hinweisen. Es lohnt sich immer, auch mal Studien zu lesen. Ich weiß, die Wissenschaft interessiert Sie weniger, aber es lohnt sich.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die Pippi-Langstrumpf-Wissenschaft der Grünen! Mit gekauften Wissenschaftlern!)

Es gibt eine Studie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, die ausführlich beschreibt, welche Wirksamkeit

die Grundschulempfehlung eigentlich hat. Es lohnt sich wirklich, das einmal durchzulesen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Seit wann sind die zuständig? Sie schwören doch immer auf Föderalismus!)

Ich zitiere jetzt einfach aus dieser vorliegenden Bildungsforschung, die nicht von uns erstellt wurde, sondern von Bundesbildungsministerin Schavan.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Von Ihren gekauften Leuten!)

In der Studie des Bundesministeriums wird klar zusammengeführt, dass die Klassenzusammensetzung und die ethnische und soziale Herkunft einen viel breiteren Einfluss auf die Empfehlung haben als die Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Sie stellt daher deren Wirksamkeit infrage.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Lachen des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Anton Baron AfD: Oh Gott!)

Es wurde auch festgestellt, dass in Ländern mit verbindlicher Empfehlung die Zahl der Gymnasialempfehlungen viel höher ist als bei einer unverbindlichen Empfehlung. Was sagt das über die Grundschulempfehlung aus?

Diese Entwicklung kann man im Übrigen auch in Baden-Württemberg feststellen. 2010 haben etwa 50 % der Schülerinnen und Schüler in unserem Land eine Gymnasialempfehlung bekommen, 2019 waren es noch 46 % der Schülerinnen und Schüler.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Viel zu viele!)

Nach wie vor ist auch die Region entscheidend dafür, ob ein Kind eine Gymnasialempfehlung bekommt oder nicht. Im ländlichen Raum gibt es nach wie vor viel weniger Gymnasialempfehlungen als im städtischen Raum.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Privatschulen platzen aus allen Nähten!)

Auch das stellt die Wirksamkeit der Übergangsempfehlung tatsächlich infrage.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Darüber hinaus gibt es überhaupt keinen Nachweis für Ihre Behauptung, dass diejenigen, die in der Schule am Ende scheitern, eine andere Grundschulempfehlung hätten.

(Abg. Daniel Born SPD: Genau!)

Es gibt diesen Nachweis in Baden-Württemberg nicht. Es gibt keine durchgängigen Bildungsbiografien. Niemand weiß, mit welcher Grundschulempfehlung jemand, der am Ende einen Abschluss in einer Schule erworben hat,

(Abg. Anton Baron AfD: Bei den Grünen nicht so viele!)

(Sandra Boser)

an diese Schule kam. Daher fehlt der Nachweis für die Aussage, die Sie hier mit eingebracht haben, dass Schülerinnen und Schüler mit einer abweichenden Grundschulempfehlung am Ende der Schulzeit scheitern würden.

Auch die Vereinigung der Realschulrektoren hat in ihrer Stellungnahme dazu klar gesagt: Die Hälfte der schwächeren Schülerinnen und Schüler schafft nach der sechsten Klasse das mittlere Niveau. Somit würden wir mit einer Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung Potenziale verlieren. Diesen Weg werden wir nicht mitgehen.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Das Niveau wird auf null absinken!)

Noch eine letzte Angabe: 2010 hatten 88 % der Gymnasiasen eine Gymnasialempfehlung, und 2019 hatten ebenfalls 88 % der Gymnasiasen eine Gymnasialempfehlung.

Viel wichtiger als die Grundschulempfehlung selbst, die ein Zettel ist, auf dem eine Schulart angekreuzt ist, ist eine kontinuierliche und gute Beratung der Eltern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig!)

Regelmäßige Gespräche und ein gegenseitiges Vertrauen sind die wichtigsten Grundlagen dafür, dass gute Beratung auch angenommen wird. Wir haben das Beratungssystem in den vergangenen Jahren ausgebaut. Daran wollen wir auch weiterarbeiten und sehen, ob es Verbesserungsbedarf gibt. Die Begleitung von nicht gewerteten Lernstandserhebungen kann hier eine Möglichkeit sein. Was aber nicht hilft, sind zentrale Orientierungsarbeiten, die benotet werden. Denn auch hierbei würden soziale Disparitäten wieder eine Rolle spielen. Diesen Weg würden wir nicht mitgehen. Es würde die Kinder, die von zu Hause keine Unterstützung haben, die nicht auf diese Arbeiten getrimmt werden, ausgrenzen. Daher werden wir so etwas nicht mittragen.

Selbstverständlich stehen unsere Schulen vor Herausforderungen: soziale Disparitäten, Digitalisierung, Inklusion. Die Lehrerinnen und Lehrer brauchen daher eine gute Fortbildung. Dafür werden wir uns einsetzen. Aber die verbindliche Grundschulempfehlung ist keine Antwort auf diese Herausforderungen. Daher werden wir diesen Gesetzentwurf ablehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun spricht Herr Abg. Röhm für die CDU.

(Abg. Anton Baron AfD: Herr Röhm, jetzt aber Klar-text! Wenn die Roten bei den Grünen mitklatschen, wird es schwierig!)

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Immer mit der Ruhe. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ergebnis des Anhörungsverfahrens zeigt, dass die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung polarisiert und kontrovers diskutiert wird. Die einen sehen in der Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung eine potenzielle Entmündigung der Eltern, die anderen

einen Schlüssel zu mehr Bildungserfolg in Baden-Württemberg.

(Abg. Daniel Born SPD: Wie sehen Sie es?)

– Das werden Sie gleich hören.

(Abg. Sascha Binder SPD: Irgendetwas dazwischen!)

Um es vorab klarzustellen: Für die CDU beginnt der Mensch nicht erst beim Abitur. Berufliche und akademische Ausbildung betrachten wir als gleichberechtigt.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Aus diesem Grund stehen wir zu einem differenzierten Schulsystem mit Schulartenvielfalt und Durchlässigkeit, das echte Bildungschancen eröffnet, zudem den individuellen Interessen und Begabungen der Schüler entspricht und diese passgenau fördert. Darin sind wir uns sowohl mit der FDP/DVP als auch mit den Grünen einig.

Im Fokus stehen sowohl die Qualität von Schule und Unterricht als auch die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Es geht um eine kontinuierliche Begleitung und damit verbunden um eine konsequente Förderung des Kindes, insbesondere in den Kernkompetenzen. Beides haben wir in dieser Legislaturperiode mit dem Qualitätskonzept, dem „Pakt für gute Bildung und Betreuung“ sowie der auf Qualität bedachten Umsetzung des „Gute Kita“-Gesetzes gemeinsam auf den Weg gebracht.

Die ersatzlose Abschaffung der Grundschulempfehlung ohne Implementierung eines qualifizierten Beratungssystems und ohne Verankerung eines Informationsdialogs zwischen Grundschule und weiterführender Schule war ein klarer Fehler.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Aha!)

Die Leistungsvergleichsstudien bescheinigen, dass es einerseits an einer breit ausgeprägten Leistungsspitze fehlt; andererseits wurde unter Grün-Rot keine überzeugende Antwort auf den Umgang mit der gestiegenen Heterogenität der Schülerschaft gegeben, auch nicht durch die Einführung der Gemeinschaftsschule.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Die beschlossene Wiedervorlage der Grundschulempfehlung und die Einführung eines verbindlichen Beratungsgesprächs bei abweichender Schulwahl der Eltern sind ein erster und wichtiger Schritt der grün-schwarzen Landesregierung gewesen, um der damaligen Fehlentscheidung entgegenzuwirken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die Mehrheit der Eltern entscheiden in Freiheit und Verantwortung und wählen den richtigen Weg für ihre Kinder. Es

(Karl-Wilhelm Röhm)

gibt aber weiterhin Eltern, die ihre Kinder bewusst fehlbeschulen, aus falschem Ehrgeiz heraus oder aus anderen, nicht bildungsrelevanten Beweggründen.

Deswegen wollen wir, die CDU, ein System von altersgerechten, wissenschaftlich entwickelten Lernstandserhebungen implementieren, die sich am Bildungsplan von Baden-Württemberg orientieren. Diese sollen eine ergänzende, objektive Grundlage für Beratungsgespräche mit Eltern und Schülern sein.

Wir plädieren für zentrale Klassenarbeiten in den Jahrgangsstufen 2 und 4 und für einen um Orthografie erweiterten Lernstand 5 als Jahrgangsstufenarbeit in der Unter- und Mittelstufe.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das spielt doch keine Rolle mehr, sagt der Ministerpräsident!)

– Ja, Martin Rivoir. – In Klasse 4 – da unterscheidet sich unsere Haltung von der unseres Koalitionspartners – soll eine benotete Orientierungsarbeit in Deutsch und Mathematik in die Grundschulempfehlung eingehen. Das soll keine Arbeit sein, auf die man getrimmt wird, sondern damit wollen wir sehen, wo die Kinder stehen.

Diese Orientierungsarbeiten in Klasse 4 sollen zeitnah zu Halbjahresinformationen geschrieben werden, um den Lernstand im Vorfeld der Grundschulempfehlung nach landeseinheitlichen Maßstäben zu erfassen. Mit Blick auf den Arbeitsaufwand der Lehrkräfte müssen sie selbstverständlich benotet werden.

Wir sehen dies als zweiten Schritt, um infolge der ersatzlosen Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung durch die Vorgängerregierung nachzusteuern. Die Erkenntnisse über den diagnostizierten Lernstand und die Schulwahl der Eltern sollten abgewartet und ausgewertet werden. Auf dieser Basis sollen weitere Schritte erfolgen.

Wir nehmen aufmerksam zur Kenntnis, dass sich die angehörten Verbände der Realschulen und der Gymnasien klar für eine Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung ausgesprochen haben.

Ich fasse zusammen: Notwendig ist aus Sicht der CDU einerseits eine höhere Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung und andererseits eine Schärfung des Profils der weiterführenden Schularten mit klarer Abgrenzung der Schularten voneinander. Mit diesen Maßnahmen kann das Schulwahlverhalten einiger Eltern nachgesteuert werden, ohne die Elternwahl vollständig einzuschränken.

Der vorliegende Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP ist unseres Erachtens zu eindimensional. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Born, bitte, für die SPD.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje, oje!)

Abg. Daniel Born SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Übertritt von der Grundschule in die weiterführende Schule ist ein zentrales Moment in der Bildungsbiografie der Kinder. Das beschäftigt die Eltern und die Politik zu Recht. Und die Politik hat in der vergangenen Legislatur eine Entscheidung im Sinne der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Eltern und Schulen, im Sinne der Kinder getroffen. Wir haben die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft, und das war ein richtiger Schritt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben damit dafür gesorgt, dass die Grundschulempfehlung endlich ihre Aufgabe leisten kann. Was ist die Aufgabe der Grundschulempfehlung? Mit der Grundschulempfehlung sollen die Eltern eine umfassende Grundlage für ihre Entscheidung bekommen, die sie für die weitere Schullaufbahn ihres Kindes zu treffen haben. Es ist eben eine Empfehlung, es ist eine Grundlage für Beratungsgespräche, für kooperatives Zusammenwirken von Lehrkräften und Eltern.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, wollen jetzt eine Rechtsverbindlichkeit dahin gehend schaffen, dass Sie aus der Empfehlung eine Zuweisung machen. Damit würden Sie dafür sorgen, dass dieses kooperative Zusammenwirken nicht mehr stattfinden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie so die Fruchtbarkeit dieser Beratungsgespräche einschränken, nehmen Sie den Kindern ein wichtiges Gut. Dafür werden Sie im Landtag von Baden-Württemberg keine Mehrheit finden, weil der Landtag von Baden-Württemberg nicht bereit ist, den Kindern dieses wichtige Gut in ihrer Bildungsbiografie zu nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Überhaupt: Sie von der FDP/DVP drehen sich immer und immer wieder im Kreis. Dass die Kultusministerin sowie in Teilen und in Nebensätzen manchmal auch die CDU dieses Tänzchen mit Ihnen wagen, ist vielleicht dem vorzeitigen Wahlkampf zuzuordnen. Eine gute Figur machen CDU und FDP/DVP mit diesem Tänzchen nicht.

Was noch viel schlimmer ist: Die Musik findet längst nicht mehr statt. Die Musik war immer, dass Eltern angeblich ihre Entscheidungsfreiheit nicht ordentlich nutzen würden – ein seltsamer Punkt seitens einer liberalen Partei, aber das sei Ihnen überlassen. Die Kapelle, die diese Musik spielt, hat die Musik längst eingestellt. Denn wir merken an allen Zahlen – Frau Boser hat sie dankbarerweise aufgeführt –: Eltern nutzen ihr Entscheidungsrecht mit höchster Verantwortung und mit bester Beratung, und das ist ein Erfolg für die Bildungspolitik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wie kommen Sie denn zu den Zahlen?)

Erst Ende Januar hat die Ministerin wieder die über Jahre stabilen Übergangsquoten gelobt.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Bildungsergebnisse sprechen eine Sprache!)

(Daniel Born)

Das will bei einer Ministerin etwas heißen, die Spitzenkandidatin einer Partei ist, bei der derzeit die Bewerberinnen und Bewerber um Landtagskandidaturen wildeste Fantasien darüber äußern, wie sie wieder eine verbindliche Grundschulempfehlung einstellen können. Die Ministerin selbst hat gesagt: Die Übergangsquoten sind stabil.

Eltern sind in ihrer Entscheidung souverän – das ist Ausdruck der Grundschulempfehlung –, aber sie sind nicht alleingelassen – das ist das kluge Konzept dahinter –, und Gespräche mit der Schulleitung der weiterführenden Schule sind ebenfalls möglich und werden als konstruktiv empfunden.

Nun behaupten Sie von der FDP/DVP, die weiterführenden Schulen bräuchten die verbindliche Grundschulempfehlung zur bestmöglichen Feststellung des Förderbedarfs. Das sagt viel aus über das bildungspolitische Konzept der FDP/DVP, wenn Sie ernsthaft glauben, ein Kreuz auf einem Formblatt schaffe Fördermöglichkeiten.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das ist doch die Empfehlung derjenigen, die die Kinder in der Grundschule begleitet haben!)

– Nein, Herr Kern, wir haben mit dem Lernstand 5 in Deutsch und Mathe ein wirksames Diagnoseinstrument eingeführt, anhand dessen die Lehrkraft der weiterführenden Schule Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler erkennen kann, diagnostizieren kann und entsprechend eine Förderung stattfinden kann. Das ist der Unterschied zwischen Pädagogik und einem Kreuz auf einem Formblatt. Wir wollen für die Kinder Pädagogik und nicht ein Kreuz auf einem Formblatt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ihr Grundkonzept der Selektion, das alte Schubladendenken, das weder FDP noch CDU ablegen können, hat ein Problem: Baden-Württemberg bekommt in Vergleichsstudien seit Jahren einen überdurchschnittlichen Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg attestiert. Das ist attestierte Bildungsungleichheit, und Politik muss sich dafür einsetzen, Bildungsungleichheit abzuschaffen, damit jedes Kind in Baden-Württemberg alle Chancen bzw. die gleichen Chancen hat, seine Talente zeigen kann und seinen Weg gehen kann.

(Abg. Anton Baron AfD: Man sieht die Bildungsergebnisse, Herr Born! Man sieht die Bildungsergebnisse!)

Wir brauchen ein Chancenland Baden-Württemberg mit bester Qualität, bester Ausstattung, gebührenfreier Bildung von der Kita bis zum Studium und zum Meisterbrief. Das ist das Konzept, das Zukunft hat. Ihr Schubladendenken ist das Konzept von gestern. Wir stehen für ein Chancenland Baden-Württemberg, für ein Bildungsland Baden-Württemberg mit ganz viel Zukunft für die Kinder, mit ganz viel Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen den Schulen und den Elternhäusern. Wir stehen für ein Baden-Württemberg mit einer Bildungspolitik der Zukunft. Das unterscheidet uns von Ihnen, von der FDP.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Balzer, bitte, für die AfD.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Mich freut es sehr, dass sich die FDP/DVP in diesem Fall ausnahmsweise zu einer klaren, eindeutigen Haltung durchgerungen hat. Doch leider kann man bei der ehemaligen Pünktchenpartei ja nie genau wissen, wie lange diese Entschlusskraft andauert. Wir haben es gerade erlebt, dass Sie sich in Thüringen mit ganz viel Entschlusskraft in die Verantwortung stellen und einbringen wollten. Diese Entschlusskraft hat dann ungefähr 25 Stunden überlebt.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Born SPD: Wir reden über die Schulen, und Sie reden über Thüringen!)

Wir haben uns von Anfang an für die verbindliche Grundschulempfehlung ausgesprochen – aus guten Gründen. Man muss hier sagen: Der Gesetzentwurf allein bringt noch nicht mit sich, dass wieder in homogenen Lerngruppen erfolgreich gelernt werden kann. Dazu ist es notwendig, dass in allen Schulen zielgerichtet auf einem Lernniveau unterrichtet wird. Das scheint auch die logische Konsequenz dieses Gesetzentwurfs zu sein.

Ehrlich gesagt: Ich verstehe gar nicht wirklich, wie die FDP/DVP einen solchen Gesetzentwurf überhaupt einbringen konnte. Welch möglicherweise diskriminierendes Weltbild kommt denn hier zutage? Eine gleichsam überholte bildungspolitische, pädagogische – wir haben es jetzt gehört – und gesellschaftliche Denkweise. Sind denn nicht alle Kinder gleich begabt, nur halt verschieden? Diversität um jeden Preis? Ist es nicht bereichernd für alle, gemeinsam unterrichtet zu werden?

Aber was machen Sie, liebe FDP/DVP, nun, wenn wir diesem Gesetzentwurf zustimmen?

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Dann müssen Sie ihn ja zwangsläufig ablehnen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sehen die Entwicklung an den Schulen mit großer Sorge. Wer heute u. a. in die „Stuttgarter Zeitung“ geschaut hat, weiß, wie die Übergangszahlen und die Sitzenbleiberzahlen – Sie sagen ja „Abschulung“ dazu –

(Abg. Daniel Born SPD: Haben wir überhaupt nicht!)

inzwischen sind. Wir, die Alternative, stehen für Leistungsorientierung im Unterricht, und Leistungsorientierung bedeutet eben nicht, dass man die Schüler überfordert. Zu einer Überforderung hat jedoch gerade der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung geführt.

Die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung ist natürlich richtig. Doch der Gesetzentwurf wird erst richtig und konsequent umgesetzt werden können, wenn auch die Gemeinschaftsschule an Haupt und Gliedern reformiert wird – oder am besten abgeschafft wird. Dieses Konzept der Gleichmacherei ist ein fragwürdiges pädagogisches Experiment, das längst von der Realität – PISA und andere Studien zeigen es – ad absurdum geführt wurde und nur noch am Tropf dieser grün geführten Landesregierung lebt.

(Beifall bei der AfD)

(Dr. Rainer Balzer)

Der Philologenverband hat in seiner Kritik an dieser Schule deutlich gemacht, wo die Probleme liegen. Es spricht für sich, mit welcher Arroganz Herr Ministerpräsident Kretschmann – er ist leider nicht da – sich über die Kritik des Philologenverbands hinweggesetzt hat. Der Philologenverband fordert ein Ende der finanziellen Bevorzugung der Gemeinschaftsschulen. Wir schließen uns dieser Forderung natürlich an.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Frau Eisenmann, geben Sie den Gymnasien und den Realschulen die gleichen personellen Ressourcen wie den Gemeinschaftsschulen,

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Sehr gut!)

und geben Sie ihnen auch Mittel in entsprechend gleicher Höhe. Erst dann hätten wir die Möglichkeit eines echten Vergleichs der pädagogischen Konzepte,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr richtig!)

eines Vergleichs des dreigliedrigen Schulsystems mit dem Konzept der Einheitsschule. Dann müssen das Schönreden und das Schönrechnen der Ergebnisse ein Ende haben, und wir müssen die Inkonsistenzen des Gesamtsystems sehen. Erst dann können wir uns glaubwürdig für eine verbindliche Grundschulempfehlung aussprechen.

Meine Damen und Herren, wir haben ein durchlässiges Schulsystem. Das ist die Voraussetzung für die in diesem Haus so oft zitierte Bildungsgerechtigkeit. Was bedeutet Bildungsgerechtigkeit? Sie bedeutet für uns, dass jedes Kind seiner Begabung entsprechend gefördert wird. Artikel 11 unserer wunderbaren Landesverfassung sieht das so vor.

Wenn Sie bei der Grundschulempfehlung zu viele Kompromisse eingehen, dann erwarten Sie von allen Kindern, dass sie sich anpassen, und zwar an ein mittleres Lernniveau,

(Zuruf: Nein!)

vielleicht sogar an ein niedrigeres.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja, genau!)

Das ist eben keine Gerechtigkeit;

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

es ist auch keine Bildungsgerechtigkeit, sondern deren krasse Gegenteil.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau so ist es es!)

Was die Frage der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung betrifft, können wir Bildungsgerechtigkeit heute nur unter der Voraussetzung homogener Lerngruppen und leistungsorientierter Klassen erreichen. Wir werden dem Gesetzentwurf trotzdem zustimmen, auch wenn die FDP/DVP ihn dann wohl zwangsläufig wird ablehnen müssen –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

das ist bedauerlich –, damit sie nicht mit den angeblich so un-demokratischen Kräften hier im Haus zusammenarbeitet.

Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun liegt mir eine Wortmeldung des Herrn Abg. Pfeiffer vor.

(Zurufe von der AfD: Ui!)

Abg. Harald Pfeiffer (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Verzicht auf eine verpflichtende Grundschulempfehlung war ein gravierender Fehler. Im Zentrum steht die Frage: Welche Schulform passt zum Leistungsvermögen des Schülers? Wer kann das am besten beurteilen? Nun, in aller Regel möchten Eltern das Beste für ihr Kind. Deswegen schicken Eltern – nicht alle Eltern, aber doch sehr viele – ihre Kinder auf die Schule, die den höchstmöglichen Abschluss anbietet, unabhängig davon, ob ihre Kinder den Anforderungen gewachsen sind oder nicht. Gut gemeint ist eben noch lange nicht gut gemacht –

(Beifall des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

eine Tatsache, die manchem hier vielleicht bekannt vorkommen dürfte.

Was ist denn die Konsequenz, wenn doch sehr viele Eltern ihre Kinder, unabhängig von deren Leistungsvermögen, auf ein Gymnasium schicken? Erstens: Die starken Schüler leiden, weil sie unterfordert sind. Zweitens: Die schwachen Schüler leiden, weil sie überfordert sind. Drittens: Die Lehrer leiden, weil ihre Schülerschaft ein derart heterogenes Leistungsvermögen hat, dass sie kaum noch eine Klassenarbeit entwerfen können, die für alle Schüler zwar fordernd, aber dennoch machbar ist.

In der Folge haben wir ein Bildungssystem, das frustrierte Lehrer und Schüler produziert und das weder die Hochbegabten ausreichend fördert noch die schwachen Schüler ausreichend stützen kann – und das alles, weil man den Kindern aus ideologischen Gründen eine Gleichmacherei aufkrotyert, die die individuellen Unterschiede mit der Brechstange ein-ebnen will.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz erklären, weshalb eine verpflichtende Grundschulempfehlung am Ende der vierten Klasse kein Problem darstellt, auch wenn diese nicht auf das Gymnasium hinausläuft.

Erstens handelt es sich um eine Momentaufnahme und nicht um ein lebenslängliches Urteil zur Zugehörigkeit einer Kaste wie z. B. in Indien.

Denn – zweitens –: Unser Schulsystem ist durchlässig, und das ist gut so. Nicht alle Lebensläufe verlaufen linear. Manche sind Spätzünder. Das heißt, wenn sie aufgrund der Empfehlung zunächst auf die Hauptschule gehen, können Schüler später immer noch auf eine höhere Schule wechseln. „Abitur auf dem zweiten Bildungsweg“ ist das Stichwort. Zahlreiche Biografien bestätigen dies.

(Harald Pfeiffer)

Drittens: Auch wenn das nicht der Fall ist, ist ein Hauptschul- oder ein Realschulabschluss keine Tragödie. Im Gegenteil, ein Handwerksmeister hat einen ehrbaren Beruf, und wir brauchen angesichts des Fachkräftemangels eher mehr davon und nicht weniger.

Wenn Sie jetzt diesen Argumenten nicht zugänglich sind, dann nehmen Sie wenigstens den Lehrerbrief des Verbands Bildung und Erziehung zur Kenntnis. Der fordert genau das – Wiedereinführung der verpflichtenden Grundschulempfehlung – und fühlt sich damit – ich zitiere – „von der Politik alleingelassen“.

Danke.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Beifall des Abg. Stefan Herre [fraktionslos])

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung war ein Desaster und ist einer der Hauptgründe der PISA-Misere. Daran ändern auch die gekauften Studien pseudowissenschaftlicher Personen aus den links-rotgrünen Kadern nicht.

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

überhaupt nichts.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe)

Meine beiden Söhne hatten noch das Glück, für ein Gymnasium empfohlen zu werden und sich mit anderen für gymnasiale Anforderungen geeigneten Schülern formen zu können. Mit Erfolg: Mein ältester Sohn hat als Klassenbester am Karls-Gymnasium abgeschnitten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herzlichen Glückwunsch!)

hat seinen Master in Oxford als Studienbester abgeschlossen und arbeitet jetzt in Dublin. Der Jüngere studiert momentan in Singapur Wirtschaftswissenschaften.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Weit weg vom Vater! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Ich kann angeben, ich habe nämlich allen Grund dazu.

Würden die beiden heute ein Gymnasium besuchen, würden sie permanent von Schülern im Lernprozess aufgehalten, die nicht für Gymnasien geeignet sind.

(Abg. Daniel Born SPD: Trauen Sie Ihren Kindern doch einmal etwas zu!)

Weder diesen Schülern noch den Gymnasien tut man mit einem solchen Vorgehen einen Gefallen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dass das nicht funktioniert, können Sie ja sehen. In unseren Gymnasien sind nach den siebten Klassen riesige Zahlen bei den Abgängen auf die Realschulen zu verzeichnen, weil viele Schüler heillos überfordert sind. Viele Tränen und viel Frust würden gespart, wenn die Kinder von vornherein auf die richtige Schule kämen. Eine falsche Schule zu besuchen ist ungefähr so, wie eine fremde Brille zu tragen: Man fühlt sich unwohl, wird gesundheitlich beeinträchtigt und vom Erfolg mangels Weitblick ausgeschlossen. Die Kinder haben mehr und Besseres verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die Landesregierung darf ich Frau Ministerin Dr. Susanne Eisenmann ans Redepult bitten.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sprechen heute über ein Thema, das, glaube ich, aus der Sicht vor allem eines Betroffenen besprochen werden sollte, nämlich aus der Sicht des Kindes. Ich habe gehört, was Schulen können und nicht können, was Lehrerinnen und Lehrer sagen. Ich glaube, dass das Wohl des Kindes und die Frage, wie wir Eltern dabei unterstützen können, das Beste für ihr Kind zu finden – und dass Eltern das Beste für ihr Kind wollen, liegt, glaube ich, in der Natur der Sache –, eine Herausforderung ist, vor der wir stehen, was, wie ich meine, auch Aufgabe eines Bildungssystems ist, das vom Kind her denkt.

Jetzt geht es um die Frage, ob wir wieder mehr Orientierung in Klasse 4 bieten müssen, damit sich das Wohl des Kindes in den weiterführenden Schulen besser widerspiegelt. Die Möglichkeit, die wir – deshalb meinerseits ein klares Bekenntnis zum differenzierten Schulsystem – angesichts der unterschiedlichen Schularten in Baden-Württemberg haben, die Kinder analog zu ihrer Begabung, zu ihrer Neigung, zu ihren Interessen beschulen zu können, um anschließend berufliche und akademische Wege einschlagen zu können, ist eine Stärke unseres Schulsystems, die ich für nicht verhandelbar halte, die ich für existenziell halte und die ich vor allem für zukunftsfähig halte.

(Beifall bei der CDU)

Die Frage ist nun, vor welcher Ausgangssituation wir stehen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen heute den Lokalteil der „Stuttgarter Zeitung“ gelesen hat. Da ist ausgerechnet heute ein großer Artikel zu dem Thema drin, dass Gymnasialkinder zum Halbjahr – und zwar in erklecklicher Zahl, und das schon seit zwei Jahren – auf eine andere Beschulung hingewiesen werden und auch umgesetzt werden. Das geschieht am Schulstandort Stuttgart zwischen allen Schularten in hohem Konsens. Der Handlungsbedarf ist offensichtlich.

Wir können feststellen, dass die Zahl derer – das bestätigen auch die Lehrer und die Schulen, wenn man mit denen spricht –, die in Klasse 6, 7, 8 im Gymnasium und in der Realschule von dieser Schulart wechseln, massiv zugenommen hat, weil die Kinder diese Schulart schlichtweg nicht bestehen können. Dass diese Zahl stark gestiegen ist, legen wir Ihnen in Antworten auf zahllose Anfragen, die quer über die Fraktionen hinweg gestellt wurden, seit einiger Zeit dar.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Es zeigt sich, dass sich seit 2012 etwas verändert hat, dass wir seit 2012 mehr Kinder in Schularten haben, in denen die Kinder sichtlich überfordert sind.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]:
Sehr gut!)

Ich muss Ihnen eines sagen: Bildungspolitisch den Weg zu gehen – Wenn ein Kind beispielsweise am Gymnasium überfordert ist und dann auf eine andere Schulart wechseln muss, wissen wir doch alle – wir können noch so häufig und noch so überzeugt argumentieren, dass unsere Schularten in einer Parallelität stehen und in keiner Gewichtung –: Wer vom Gymnasium wechselt, der wechselt „runter“.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So ist es!)

Wenn ein Kind auf das Gymnasium wechselt, dann wechselt es „nuff“, wie der Schwabe sagt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Vereinzelt
Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Leider ist es so. Aber das ist in der Diskussion das, was gesellschaftliche Realität ist.

Der Wechsel weg vom Gymnasium oder auch von einer Realschule ist daher kein motivierender Wechsel. Motivierend ist, wenn durch die Transparenz unseres Schulsystems, beginnend in Klasse 5, ein Kind von einer Haupt- und Werkrealschule aus später Abitur macht, ob beruflich oder allgemeinbildend. Das ist ein positiver Entwicklungsprozess, den das Kind auch so empfindet. Deshalb sind Transparenz und Durchlässigkeit bei einem differenzierten Schulsystem wichtig. Es bedarf jedoch wieder mehr Beratung bei der Frage, was in Klasse 5 passt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD sowie der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner, Stefan Herre und Harald Pfeiffer [fraktionslos])

Ohne den Eltern einen Vorwurf machen zu wollen: Wir stellen schon fest – das räumen Eltern auch offen ein –, dass es eine gewisse Überforderung in der Einschätzung gibt, wie die beruflichen Werdegänge sind. Es gibt viele Eltern – das bestätigen übrigens auch die Grundschulen bei der Beratung zur weiterführenden Schule in Klasse 4 –, die sich gar nicht bewusst sind, dass die Beschulung in Klasse 5 nicht über den Bildungsabschluss entscheidet – so, als hätte das Kind nachher keinerlei Möglichkeiten, Schularten zu wechseln oder auf verschiedenen Wegen das Abitur zu machen. Ich will niemanden vom Abitur abhalten – um Gottes willen. Aber es gibt unterschiedliche Wege. Diese Transparenz, diese Herangehensweise ist immer weniger erkennbar.

Deshalb hat sich in der Schullandschaft – das belegen die Zahlen seit 2012, seitdem die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung weggefallen ist – das Schulwahlverhalten deutlich verändert. Die Veränderungen in den Klassen 7 und 8 der weiterführenden Schulen sind auch klar erkennbar. Deshalb glaube ich, daraus abgeleitet, dass sich aus der Realität sehr wohl

ein Bedarf zu politischem Handeln ergibt. Das ist die Grundaussage.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD sowie der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

Was ich nicht für den richtigen Weg halte – das muss ich den Kolleginnen und Kollegen der FDP/DVP sagen –, ist, das Rad zurückzudrehen und zu sagen: Grundschulempfehlung plus Aufnahmeprüfung.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nicht plus!)

Das hatten wir einmal. Das reicht mir nicht.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nicht plus! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Alternativ!)

– Ergänzend, alternativ. – Das überzeugt mich trotzdem nicht, weil es nicht die Heterogenität der Bedarfe, die wir haben, widerspiegelt. Richtig ist – das habe ich auch schon mehrfach gesagt –, dass wir in Zukunft wieder zu einer verbindlicheren Form der Grundschulempfehlung zurückkehren müssen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Halb-verpflichtend!)

Das ist meine politische Überzeugung. Ich glaube aber auch, dass es nicht der richtige Weg ist, das Rad zurückzudrehen und zu sagen, man macht es wie früher.

Aber zwischen den beiden Polen, dass nur der Lehrer entscheidet – bis 2012 – und die Eltern ihre Interessen, ihre Einschätzungen vor Gericht durchsetzen müssen – das halte ich genauso für falsch – und der Tatsache, dass nur die Eltern entscheiden und sich die Entscheidung häufig am Wunsch der Eltern orientiert und eben nicht zwingend am Wohl des Kindes, gibt es etwas, was man in der Politik immer wieder berücksichtigen sollte: Zwischenstufen, unterschiedliche Formen, die allen Seiten gerecht werden. Deshalb halte ich es für richtig, dass wir an einer veränderten Form der Beratung von Eltern arbeiten – das machen wir auch –, um mittelfristig wieder – zu diesem Ziel bekenne ich mich – zu einer verbindlicheren Grundschulempfehlung zurückzukehren.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Was ist der Unterschied zur gegenwärtigen Situation und zu dem, was sich die FDP/DVP vorstellt? Es handelt sich um ein gründliches Vorgehen; wir diskutieren mit den weiterführenden Schulen, mit Lehrerinnen und Lehrern, mit Eltern, übrigens auch mit Schülern. Ich glaube, dass wir eine mehrstufige Herangehensweise brauchen. Ja, ich glaube tatsächlich, dass wir wieder eine stärkere Überprüfbarkeit brauchen, wo die Schülerinnen und Schüler stehen. Um ein Kind in Klasse 2 fördern zu können – ein Bekenntnis: Lesen, Schreiben, Rechnen sind aus meiner Sicht wichtig, übrigens immer in korrekter Form; das brauchen wir zwingend –, muss ich wissen, was das Kind kann.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Nur dann kann ich es fördern. Wenn ein Kind in Klasse 2 Rechtschreibung altersgerecht beherrscht, vielleicht sogar besser ist, kann ich es motivieren, noch stärker daran zu arbeiten. Wenn es Förderbedarf hat, dann brauchen wir Fördermaßnahmen, um es dann gezielt zu fördern. Dann müssen wir die Schulen stärker unterstützen. Das ist unsere Aufgabe. Da ist den Lehrerinnen und Lehrern kein Vorwurf zu machen. Aber ich muss doch wissen, wo das Kind steht, und kann doch nicht einfach nur einschätzen. Deshalb brauchen wir natürlich Leistungsstandserhebungen – dazu bekenne ich mich –, die – auch das möchte ich in aller Offenheit sagen – durchaus einen Mehrwert haben müssen; das heißt, sie müssen erkennbar sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb bekenne ich mich dazu: Sie sollten benotet sein. Darüber hinaus brauchen wir noch etwas anderes – es ist mir ein Rätsel, warum man dies vor vielen Jahren durch eine Verwaltungsvorschrift in Baden-Württemberg abgeschafft hat –, nämlich eine durchgängige Beratung von Klasse 1 bis Klasse 4, gern von der übergangsorientierten frühkindlichen Bildung über die Schuleingangsuntersuchung beim Übergang von der Kita zur Grundschule, dann über die vier Klassen in der Grundschule. Es geht um Begleitung, da, wo Lehrerinnen und Lehrer und Eltern ein Kind über die Jahre hinweg gemeinsam bewerten.

Ja, vor diesem Hintergrund schauen wir durchaus mit Interesse nach Bayern, wo das seit Jahrzehnten gang und gäbe ist, wo es zu einer gemeinsamen Einschätzung kommt, welchen Förderbedarf, welche Stärken und auch welche Schwächen ein Kind hat. – Das ist übrigens nicht schlimm, sondern schlimm ist, die individuelle Förderung nicht bieten zu können.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr gut!)

Deshalb arbeiten wir an einer solchen Bewertung, die dann – was bislang per Verwaltungsvorschrift ausgeschlossen ist – sehr wohl von der Grundschule an die weiterführende Schule übergeben werden kann. Unsere Grundschulpädagoginnen und Grundschulpädagogen haben doch Erfahrung. Wieso sollen wir die Erfahrung nicht konkret einsetzen und in die weiterführende Schule mitgeben – wiederum zum Wohl des Kindes –, sodass nicht bei null angefangen werden muss und Kinder sich teilweise über Monate überhaupt erst wieder erarbeiten müssen, wo sie stehen?

Deshalb: Leistungsstandserhebungen plus Bewertungen durch die Eltern, und daraus ergibt sich eine Empfehlung für die Klasse 4.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Born zulassen?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Ja, gern.

Abg. Daniel Born SPD: Frau Ministerin, danke, dass ich die Zwischenfrage stellen darf. – Einfach nur zur Information: Tragen Sie uns jetzt vor, woran im Moment die grün-schwarze Landesregierung arbeitet, oder tragen Sie uns vor, was Sie in Ihr Wahlprogramm schreiben wollen?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Nein. Es gibt noch eine Zwischenstufe, die Sie vielleicht nicht kennen. Das ist die, dass ein Ministerium an einem Konzept arbeitet – was übrigens Teil dessen ist, wofür wir bezahlt werden –, um dieses dann hier ins Parlament einzubringen und Ihnen zur Diskussion zu stellen. Daran arbeiten wir. Das ist klassisches politisches Vorgehen, und das hat sich bewährt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann
CDU: Sehr gut!)

Vor diesem Hintergrund müssen wir abwägen, wie wir dann auch im Übergang in Klasse 5 mit den Kindern umgehen. Ich will die Eltern eben nicht entmündigen. Die Eltern sind für uns ein entscheidender Partner. Deshalb wird es natürlich auch Fälle geben, bei denen das Ergebnis einer solchen eingekreisten Grundschulempfehlung mit verschiedenen Säulen und verschiedenen Herangehensweisen dazu führt, dass Eltern sagen, sie wollen es trotzdem probieren – bleiben wir mal beim Beispiel Gymnasium. Dann sollen sie dies auch probieren können – aber die Frage ist, wie lange. Man sollte nicht das Kind bis Klasse 6, 7 und 8 überfordern, um dann festzustellen, dass das Kind zu diesem Zeitpunkt – vielleicht in ein, zwei Jahren – nicht Gymnasialreife hat.

Wir arbeiten an einer konkreten Beratung, an einem gemeinsamen Vorgehen von Lehrerinnen und Lehrern mit ihrer hohen Kompetenz und der Einschätzung der Eltern, zum Wohl des Kindes. Das ist ein Prozess, den wir in Abstimmung mit den weiterführenden Schularten, aber auch mit den Grundschulen machen müssen. Wenn wir diese Überlegungen abgeschlossen haben, werden wir diese natürlich in die politische Diskussion einbringen, um einzuschätzen, wie die politischen Vorgehensweisen und Möglichkeiten aussehen können.

Es handelt sich um ein wichtiges Thema. Vor diesem Hintergrund kann ich den Gesetzentwurf der FDP/DVP nachvollziehen. Er ist gut gemeint, aber in der Umsetzung aus meiner Sicht nicht nach vorn gerichtet, sondern rückwärtsgewandt, und spiegelt die Bedarfe von Eltern, Schulen und Kindern nicht wirklich wider. Wir trauen uns etwas Besseres zu und werden das Konzept vorstellen, wenn wir es in aller Ruhe, mit großer Gründlichkeit und großer Sachlichkeit erarbeitet haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat für die FDP/DVP-Fraktion noch einmal Herr Abg. Dr. Kern das Wort.

(Zurufe)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf die Argumente der anderen Redner eingehen.

Frau Boser, Sie haben gesagt, die Probleme der Gegenwart könne man nicht mit Maßnahmen von früher lösen.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE nickt.)

– Da nicken Sie auch.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ja!)

(Dr. Timm Kern)

Das ist nach unserer Auffassung eine völlig falsche Situationsanalyse. Denn die Probleme der Gegenwart, nämlich die hohen Zahlen von Sitzenbleibern, Schulwechslern und von Schülern, die am Gymnasium überfordert sind, sind doch ein Resultat Ihrer verfehlten Bildungspolitik in der vergangenen Legislaturperiode.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Wer sagt das?)

Die Ministerin hat ganz klar gesagt: Aus der Realität ergibt sich ein Handlungsbedarf. Sie sehen offensichtlich keinen Handlungsbedarf.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nicht in dieser Weise!)

Ich finde es schon bemerkenswert, dass die bildungspolitische Sprecherin der größten Fraktion hier im Haus auf die konkreten Zahlen, die ich hier vorgetragen habe,

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Die nicht stimmen!)

nämlich dass sich die Sitzenbleiberzahlen erheblich erhöht haben – verdreifacht an den Gymnasien, verfünffacht an den Realschulen, bis Sie dann das Sitzenbleiben in der fünften Klasse der Realschulen abgeschafft haben –, keine Antwort gibt. So kann man natürlich mit den Problemen à la Grün auch umgehen. Das ist für uns keine Lösung. Auf diese Zahlen haben Sie keine Antwort gegeben,

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Doch!)

sondern Sie haben gesagt, dazu gebe es keine belastbare Studie.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ja!)

Für uns sind die Zahlen inakzeptabel. Deshalb sind wir für den konsequenten Schritt, nämlich die Wiedereinführung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stelly. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Kern, lassen Sie noch eine Zwischenfrage der Kollegin Boser zu?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Vielleicht am Ende noch. – Dann habe ich noch eine Frage, die ich auch an Sie, Frau Boser, stelle. Wenn ich an Realschulen oder Gymnasien in diesem Land bin, wird mir immer, und zwar egal, an welchen Realschulen und Gymnasien, gesagt, dass die enorm gestiegene Heterogenität ein riesenproblem an diesen Schulen ist. Sie sagen: „Da gibt es gar keine Probleme.“

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

Da würde mich einmal interessieren: Können Sie Realschulen oder Gymnasien nennen, die nicht diesen Druck haben und trotzdem versuchen, den Kindern gerecht zu werden? Die machen einen großartigen Job, aber wir, der Landtag, müssen ihnen helfen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Kollege Röhme, Sie haben gesagt, Sie, die CDU, wollen zentrale Klassenarbeiten in der Grundschule einführen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU: Jawohl! Sie haben das richtig verstanden!)

Das mag ja in die richtige Richtung gehen. Aber wenn die Noten, die dort gegeben werden, eben keine Verbindlichkeit haben, dann ist das nicht mehr als ein halbgarer Schritt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU: Zentral gestellte Aufgaben, Kollege Kern!)

Sie sind nicht konsequent genug. Konsequent wäre es, wenn Sie unserem Gesetzentwurf zustimmten, weil Sie ja in Wirklichkeit auch davon überzeugt sind, dass dieser Gesetzentwurf der FDP/DVP der richtige ist.

Frau Ministerin, ich darf zu Ihnen noch Folgendes sagen. Der Handlungsbedarf sei offensichtlich, haben Sie gesagt. Sie haben auch in der Presse gesagt, die Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung sei ein Fehler gewesen. Aus der Realität ergebe sich ein Handlungsbedarf. Ihre Lösung ist jetzt – ich zitiere –: „Wir wollen eine verbindlichere Form der Grundschulempfehlung.“ Das kann nur jemand sagen, der sich in einer Komplementärkoalition befindet und sich eben mit seiner eigenen Überzeugung gegenüber den Überzeugungen der Grünen nicht durchsetzen kann. Dies ist ein weiteres Beispiel für die grün-schwarze Bildungspolitik: Kein Hü, kein Hott, es bleibt so, wie es ist.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Da haben Sie jetzt aber nicht zugehört! Das war ja schon eindeutig!)

Das können unsere baden-württembergischen Schulen nicht gebrauchen. Der Absturz der baden-württembergischen Leistungen bei den Schulen, der sich seit Jahren unaufhaltsam fortsetzt, ist für die FDP in Baden-Württemberg dringender Handlungsauftrag.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wir können uns in Baden-Württemberg kein zweitklassiges Bildungssystem leisten. Wir wollen ein erstklassiges Bildungssystem.

(Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Unser Gesetzentwurf ist der erste richtige Schritt in diese Richtung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stelly. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, jetzt haben wir keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Die Aussprache ist beendet.

Ich schlage vor, dass wir den Gesetzentwurf Drucksache 16/7463 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultur, Jugend und Sport überweisen. – Das ist so beschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung
– Gesetz zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-
Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG) – Drucksache 16/7780**

Die Fraktionen sind übereingekommen, in der Ersten Beratung auf die Aussprache zu verzichten. Auch die Regierung verzichtet auf die mündliche Begründung des Gesetzentwurfs. Deswegen schlage ich Ihnen vor, den Gesetzentwurf Druck-

sache 16/7780 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu überweisen. – Damit sind Sie einverstanden. Das ist so beschlossen.

Damit haben wir Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angekommen.

Wir treffen uns am 11. März um 10:00 Uhr wieder.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 13:25 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der FDP/DVP

Umbesetzung im Notparlament

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung (Notparlament)	stellvertretendes Mitglied	–	Weinmann

03.03.2020

Dr. Rülke und Fraktion